

# GEDENKEN, NACH-DENKEN, VORAUS-DENKEN

Gedenkstätten, Dokumentationszentren und andere Einrichtungen

- als außerschulische Lernorte für die historisch-politische Bildung,
- als Stützpunkte einer demokratischen Erinnerungskultur und
- als Wegweiser zur Aufarbeitung der Geschichte von 1933 bis 1990

Anregungen aus der Praxis der Gedenkstättenpädagogik

Die Broschüre wurde im Auftrag des Kultusministeriums erarbeitet und gestaltet vom Arbeitskreis „Aufarbeitung“.

Druck und Vertrieb: Heinrich John  
Harz 52  
06108 Halle/S.  
Tel. 03 45 - 3 88 73 14

Bestell.-Nr.:

## **Der Arbeitskreis „Aufarbeitung“ in Sachsen-Anhalt**

Zum Arbeitskreis „Aufarbeitung“ haben sich im Jahr 1998 folgende Einrichtungen zusammengeschlossen:

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

Landeszentrale für politische Bildung

Kultusministerium

Regierungspräsidium Magdeburg mit den Gedenkstätten  
in Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale)

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft  
1945-1989

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Politische Stiftungen in Sachsen-Anhalt

Friedrich-Ebert-Stiftung

Friedrich-Naumann-Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung

Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
in Halle und Magdeburg

Dokumentationszentrum am Moritzplatz des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.

Der Arbeitskreis gibt dem Erfahrungsaustausch zwischen den Institutionen der politischen Bildung über die Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus und der SBZ/DDR in Sachsen-Anhalt Raum. Dabei werden Formen und Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und deren Vermittlung im Rahmen einer teilnehmerorientierten diskursiven politischen Bildung diskutiert.

Die Geschäftsstelle wurde bei der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt eingerichtet.

---

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Kultusministers des Landes Sachsen-Anhalt	4
Vorwort des Innenministers des Landes Sachsen-Anhalt	5
Der Gedenkstättenbeirat im Land Sachsen-Anhalt Josef Kuschel	6
Erinnerungsarbeit: Eine Aufgabe für Schulen Siegfried Eisenmann	7
Erinnerung als Aufgabe Bernd Faulenbach	13
Über den angemessenen Umgang mit Unrecht in der SBZ/DDR. Eine sozialetische Perspektive Thomas Hoppe	15
Historische Orte erfahrbar machen. Gedenkstättenpädagogik an Stätten politischer Verfolgung und Gewaltherrschaft Norbert Haase	20
Gedenkstätten sind Zeugen der Geschichte Juliane Specht und Antje Kreuzmann	23
Gedenkstätten als Orte der politischen Bildung Bernd Lüdke, Magdeburg	25
Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg	27
Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge	34
Gedenkstätte Lichtenburg/Prettin	41
Mahn- und Gedenkstätte Wernigerode	44
Mahn- und Gedenkstätte „Isenschnibber Feldscheune“ Gardelegen	46
Gedenkstätte Rehmsdorf	49
Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale)	52
Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945-1989	59
Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn	66
Grenzdenkmal Hötensleben	73
Dokumentationszentrum am Moritzplatz des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.	76
Informations- und Dokumentationszentrum (IDZ) des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) in der Außenstelle Halle	83
Anhang	
Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt	90
Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, Magdeburg	91
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Bildungszentrum Schloss Wendgräben	92
Weitere Einrichtungen und Ansprechpartner	93
Literaturhinweise	94
Bildnachweise	96

## Vorwort



Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Leserinnen und Leser,

in einer an Grundsätzen der Menschlichkeit orientierten Gesellschaft gehört es zu den wesentlichen Aufgaben von Schulen, Schlüsselqualifikationen demokratischen Handelns zu vermitteln. Zudem müssen Schülerinnen und Schüler mit Grundwerten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozial verantworteter Marktwirtschaft als Rahmenbedingungen für unsere Gesellschaft vertraut gemacht werden. Weiterhin ist das Einordnen der komplexen gegenwärtigen politisch-gesellschaftlichen Prozesse in einen historischen Kontext von großer Bedeutung. Gedenkstätten können dazu beitragen und außerdem Historisches altersgerecht vermitteln und nacherlebbar machen.

In der vorliegenden Broschüre werden interessante Sachinformationen über die Möglichkeiten der sinnvollen Einbeziehung der Angebote von Gedenkstätten in die Unterrichtsarbeit zu politisch-historischen Themen gegeben. Viele der Gedenkstätten unterbreiten spezielle Bildungsangebote für Schulklassen, zum Beispiel thematische Führungen oder die Gestaltung von Projekttagen. Diese Angebote sind am Ende eines jeden Beitrages zusammengefasst.

Gleichzeitig wird durch das Schildern von Einzelschicksalen bzw. durch authentische Berichte von Opfern und Tätern ein erlebbarer Zugang zu Kapiteln deutscher Geschichte dieses Jahrhunderts im Sinne von „oral history“ ermöglicht. Dabei werden Strukturen und Mechanismen totalitärer Systeme und deren Auswirkungen auf persönliche Schicksale aufgezeigt.

Ich empfehle Ihnen die vorliegende Broschüre für Anregungen zur Gestaltung eines lebendigen Unterrichts.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Gerd Harms'.

Dr. Gerd Harms  
Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt

## Vorwort



Im 20. Jahrhundert herrschten in Deutschland zwei menschenverachtende diktatorische Regime. Unsägliches Leid ging von der nationalsozialistischen Diktatur aus. Millionen Menschen wurden aus rassistischen, ideologischen und politischen Gründen verhaftet, gefoltert, zur Zwangsarbeit missbraucht und ermordet. Für Sinti und Roma war im Staat der Nationalsozialisten ebenso wenig Platz wie für Juden, geistig und körperlich Behinderte oder Zeugen Jehovas. Der von den Nazis entfesselte 2. Weltkrieg brachte millionenfachen Tod in vielen Regionen der Welt.

Die nationalsozialistische Diktatur wurde durch die vereinte Kraft der Alliierten gestürzt. Nach der Besetzung durch die „Rote Armee“ wurde aber in einem Teil Deutschlands erneut ein Unrechtsstaat errichtet, in dem zunächst im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht und später dann einer deutschen Partei- und Staatsführung Menschen vielfaches Leid zugefügt wurde. Die Bürgerbewegung von 1989 bereitete dieser zweiten deutschen Diktatur ein Ende und leitete den Prozess des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten ein.

Der Wert und die Qualität der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik mit ihrer Garantie der Grundrechte wird vor dem Hintergrund der überwundenen Diktaturen jedem Einsichtigen deutlich.

Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, zuletzt auch die Ereignisse auf dem Balkan, lehren aber, dass wir als Menschen gefährdet sind und bleiben. Deshalb ist es von elementarer Bedeutung für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, die Menschen - insbesondere die Jugend - über die Menschenrechtsverletzungen während der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu informieren und sie zu motivieren, sich für die weitere Gestaltung unserer Gesellschaft aktiv einzusetzen. Dies kann nur durch eine offene und am historischen Gegenstand orientierte Arbeit geschehen, die keine Tabus kennt und auch unbequemen Fragen - die bis in die Gegenwart reichen können - nicht ausweicht. Wir haben uns auch dem Problem zu stellen, ob der rasante gesellschaftliche Wandel nicht auch zu Konsequenzen bei den Formen führen muss, mit denen historisches Wissen vermittelt wird.

Das Land Sachsen-Anhalt hat fünf Gedenkstätten für die Opfer von Gewaltherrschaft in seiner Trägerschaft übernommen. Dabei handelt es sich um Einrichtungen, in denen die verschiedenen Formen der Menschenrechtsverletzungen während der diktatorischen Regime des 20. Jahrhunderts dargestellt und der heutigen Generation nahegebracht werden.

Darüber hinaus - und dies muss auch erwähnt werden - werden im Land verschiedene Gedenkstätten durch Kommunen getragen bzw. durch eingetragene Vereine betrieben. Erst die vielfältige Verankerung der Gedenkstättenarbeit und bürgerschaftliches Engagement werden im Zusammenwirken mit den staatlichen Einrichtungen jene Kultur des Erinnerns hervorbringen, die für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft notwendig ist.

Deshalb begrüße ich es, dass in der vorliegenden Broschüre verschiedene Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen präsentiert werden und gleichzeitig jene Partner zu Wort kommen, die eigene Bildungsangebote unterbreiten bzw. bei der Vermittlung der Bildungsangebote der Gedenkstätten für die Opfer von Gewaltherrschaft unterstützend wirken. Möge diese Broschüre einen Beitrag zur weiteren Erhöhung der Wirksamkeit der Gedenkstättenarbeit leisten.

Dr. Manfred Püchel  
Minister des Innern

## Der Gedenkstättenbeirat im Land Sachsen-Anhalt

Josef Kuschel

Im Frühjahr 1995 konstituierte sich der Gedenkstättenbeirat im Land Sachsen-Anhalt. Ihm gehören zehn Mitglieder an, denen jeweils ein stellvertretendes Mitglied zur Seite steht. Im Gedenkstättenbeirat sind Vertreter der Opferverbände, der jüdischen Religionsgemeinschaft, der Kirchen, der Landeszentrale für politische Bildung und ihres Kuratoriums sowie der Wissenschaft und Museen vertreten. Die Amtsperiode des Beirates beträgt fünf Jahre. Seine Aufgaben sind in einem Runderlass aus dem Jahre 1994 geregelt. Dementsprechend berät er das für die Aufgaben der Gedenkstättenarbeit zuständige Ministerium des Inneren in allen Angelegenheiten, die die Gedenkstättenarbeit betreffen.

Seit seiner Konstituierung im Frühjahr 1995 hat der Beirat 20 Sitzungen durchgeführt und intensiv über die weitere Gestaltung der einzelnen Gedenkstätten im Land Sachsen-Anhalt, d. h. sowohl der vom Land als auch der von den Kommunen getragenen Einrichtungen, beraten. Bei der Befassung mit den einzelnen Gedenkstätten wurde deutlich, wie unterschiedlich die Situation Mitte der 90er Jahre war und zum Teil auch heute noch ist. In der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, die bereits während der DDR-Zeit eingerichtet wurde, mussten nach dem politischen Umbruch zunächst umfangreiche Veränderungen eingeleitet werden. Wie z. B. in der Gedenkstätte Buchenwald orientierte sich auch hier die während der DDR-Zeit eingerichtete Ausstellung nicht den tatsächlichen Geschehnissen des KZ-Außenlagers. Auch in Langenstein-Zwieberge mussten die Bildungsangebote überarbeitet werden und Konzepte über den Umgang mit der DDR-Architektur entstehen. Der Prozess der Umgestaltung dieser Gedenkstätte ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Im Gegensatz zu Langenstein-Zwieberge kann der Aufbau der Gedenkstätten in Marienborn und Magdeburg ohne die Vorbelastung der DDR-Gedenkstättenpolitik erfolgen.

Während der 1. Amtsperiode des Gedenkstättenbeirates wurde erkennbar, dass es für die Entwicklung der einzelnen Einrichtungen keine Patentrezepte gibt und mitunter ein Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen hergestellt werden muss. Dies erfordert in jedem einzelnen Fall eine offene und sachliche Diskussion.

Der Gedenkstättenbeirat ist vor Kurzem in seine 2. Amtsperiode getreten. Mit Beginn der neuen Amtszeit ist er um einen wissenschaftlichen Beirat erweitert worden. Dadurch erhoffen wir uns die notwendige noch engere Kooperation mit den Forschungseinrichtungen des Landes. Die Mitglieder des Gedenkstättenbeirates werden auch zukünftig versuchen, die Entwicklung der Gedenkstätten mit kritischem Auge zu begleiten und das Land sowie auch die Kommunen mit Rat und Tat zu unterstützen.

## Erinnerungsarbeit: Eine Aufgabe für Schulen

Siegfried Eisenmann

### Gedenken als schulische Bildungsaufgabe

Gedenken, nicht nur in der Schule, ist vor allem zeitspezifisches Deuten und Sinn-Bilden. Im Kernpunkt besteht es im Nachdenken über eine Vergangenheit, die unsere Gegenwart und Zukunft unmittelbar betrifft. Dies ist nicht nur legitim, sondern sogar konstitutiv für eine Gesellschaft, denn wessen gedacht und wie Erinnerungsarbeit gestaltet wird, sagt viel über gesellschaftliches Selbstverständnis aus. Die Ausprägung einer angemessenen Gedenkkultur wird im Schulgesetz von Sachsen-Anhalt zwar nicht explizit als Teil des Erziehungs- und Bildungsauftrages beschrieben, ohne schulische Erinnerungsarbeit ist dieser aber nicht zu erfüllen. Insbesondere die Ziele, die sich mit der Achtung, Würde und Gleichberechtigung der Menschen sowie der Selbstbestimmung in Verantwortung gegenüber Andersdenkenden beschäftigen, bilden einen normativen Rahmen für Gedenken als schulische Bildungsaufgabe.

Schulische Erinnerungsarbeit versteht sich dabei insbesondere als Förderung persönlichen Gedenkens. Dieses ruft konkrete Bilder hervor, lässt Fremderlebtes und unbekannte Personen vor dem inneren Auge lebendig werden. Ergänzend dazu werden gelegentlich Gedenkveranstaltungen durchgeführt, die es sich zur Aufgabe setzen, kollektive Identitäten zu fördern. Da dies bis in die Gesellschaft insgesamt hineinreicht, wird auf diesem Weg zum kulturellen Gedächtnis der jeweiligen Generation beigetragen.

Bezogen auf das einzelne Individuum, auf die Identität von Schülerinnen und Schülern, steht die Mündigkeit im Kant'schen Sinne im Vordergrund: Sie sollen ihren politisch-historischen Verstand ohne Leitung eines anderen benutzen können. Schulische Erinnerungsarbeit ist Bestandteil dieser Befähigung zur Mündigkeit, da Fragen und Probleme bearbeitet werden können, die sich auch auf andere Lebens- und Entwicklungszusammenhänge transferieren lassen:

- Systemunrecht - wie entsteht es?

- Welche Erfahrungen haben Menschen im Umgang mit politischer Verfolgung und Gewaltherrschaft gemacht?
- Welche Wertvorstellungen und welche Bedingungen förderten, hemmten bzw. beseitigten die Zustände?
- Worin zeigt sich, dass erst das Handeln von Menschen jeweils auf bestimmte sachliche Bedingungen gerichtet ist, die dieses Handeln erleichtern, beschränken oder zu verhindern suchen?
- Inwieweit zeigt sich, dass es beim Handeln von Menschen, das auch Unterlassen sein kann, Mitverantwortlichkeiten gibt, die es zu erkennen und zu beurteilen gilt?

Solche Problemkreise stellen Brennpunkte schulischer Erinnerungsarbeit dar und machen deren Wert für die Persönlichkeitsentwicklung deutlich. Hinzu kommt eine Fähigkeit, deren Ausprägung von enormer Wichtigkeit für die schulische Arbeit insgesamt ist. So sollen die Schülerinnen und Schüler in und durch schulische Erinnerungsarbeit erkennen, möglichst erfahren, was ideologiekritisches Verhalten wirklich bedeutet hat und auch heute noch bedeutet: So sollen sie z. B. schriftlichen Quellen ansehen, ob diese „wie gedruckt lügen“, an Bildern erkennen, was der Hersteller mit ihnen „ins rechte Licht rücken“ will oder untersuchen, warum historische Verhältnisse unterhalb menschen- oder verfassungsrechtlicher Normen blieben, obwohl sie das Gegenteil davon verkündeten.

Letztendlich will und kann schulische Gedenkarbeit Maßstäbe kultureller Praxis ausbilden, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung angemessen sind. Schule trägt damit zur Entwicklung einer demokratischen Erinnerungskultur bei. Insbesondere die Möglichkeit, Deutungen in komplexe Zusammenhänge zu rücken, die durch Einzelne nur schwer zu erkennen sind, stellt ein unverzichtbares Potenzial schulischer Erinnerungsarbeit dar. Das Aufzeigen von Strukturen, Trägern und Mitteln innerhalb von Wandlungsprozessen ist ebenso ein Ansatzpunkt, wie das Wachsen von Erinnerung und das Erwerben der Fähigkeit zu reflektierter Erinnerungsarbeit. Letztlich münden die schulischen Bemühungen um Gedenken in einen Beitrag zur Aktualisierung des jeweiligen kulturellen Gedächtnisses einer Gegenwart.

### Gedenkstätten als Lernorte

Die Nutzung von regionalen Gedenkstätten als außerschulische Lernorte eröffnet für den Unterricht im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld besondere Chancen der Annäherung an Geschichte, sind doch hier durch die Authentizität und zugleich die Unmittelbarkeit des Ortes für Schülerinnen und Schüler spezifische rationale wie auch emotionale Zugänge zu historischen Gegenständen und Prozessen möglich. Indem der Unterricht von Fragen der Gegenwart an die Vergangenheit ausgeht, müssen Fragen an die mit den Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt verbundenen Fixpunkte kollektiver historischer Identität des 20. Jahrhunderts so gestellt werden, dass bestimmte positive wie negative Erscheinungen der Gegenwart mit ihrem Ursachen-Wirkungs-Gefüge für Schülerinnen und Schülern transparenter werden, so dass sich zukünftiges Handeln daran orientieren kann. Diese anspruchsvolle Zielstellung setzt jedoch eine durchdachte Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung, also einen sinnvollen Einbezug des Lernortes Gedenkstätte in den Unterricht voraus: Den Lehrerinnen und Lehrern obliegt es dabei einerseits, die Gegebenheiten und das aktuelle Konzept der jeweiligen Gedenkstätte zu erkunden sowie terminliche, personelle und inhaltliche Absprachen mit den dortigen Mitarbeitern zu treffen. Andererseits haben sie ausgehend vom schon realisierten und noch geplanten Unterricht im Sinne von Gegenwarts-/Schülerorientierung für (oder besser mit) die (der) betreffenden Klasse bzw. Lerngruppe sinnvolle Zielstellungen wie konkrete Arbeitsaufträge mit Zeitrahmen, Zuständigkeiten und Formen der Ergebnissicherung zu entwickeln. Gerade für das schülerzentrierte Vorgehen bieten sich in der Vorbereitungsphase Varianten der spontanen wie gelenkten Assoziation und Ideenfindung an, welche dann durch eine damit verbundene Strukturierung und Hierarchisierung in ein gemeinsames Konzept für die Nutzung der Gedenkstätte münden. Dieses Konzept sollte im Sinne von Problemorientierung die avisierten Themen und Inhalte nicht als fertige historische Ergebnisse, sondern als offene Probleme möglichst in Frageform formulieren. Bei der Suche nach Lösungen bzw. Antworten sollten die Schülerinnen und Schüler im Sinne von Handlungs-

orientierung durch praktisches und dabei zugleich selbstständiges Tun zu historischen Erkenntnissen gelangen, was im Sinne von Methodenorientierung die Beherrschung differenzierter Arbeitsweisen und Methoden voraussetzt. Mit Blick auf den verbindlichen Methodenkanon in den Rahmenrichtlinien für das Fach Geschichte müssen die an der Erkundung einer Gedenkstätte Beteiligten insbesondere Textquellen analysieren, Biographien interpretieren, Denkmäler untersuchen, historische Statistiken interpretieren und Zeitzeugen befragen können. Im Rahmen angemessener Methodenkompetenz, die sich in der Qualität des Umgangs mit verschiedenen Quellenarten und Darstellungsformen widerspiegelt, sollen die Schülerinnen und Schüler neben rationalen Sachurteilen auch zu moralischen Werturteilen kommen, die ihr aktuelles und zukünftiges Handeln prägen. Über die Setzung inhaltlicher Schwerpunkte und die Entscheidung für methodische Zugänge, also die themengebundene Ausprägung von Sach- und Methodenkompetenz, hinaus gilt es ebenso, angemessene und effektive Sozialformen des Lernens auszuwählen - Kleingruppen- und Partnerarbeit erscheinen dabei vor allem sinnvoll. Die Erkundung der Gedenkstätte muss - als spezifischer Zugang zur Geschichte eingebunden in einen thematischen Quer- oder Längsschnitt - vor allem exemplarisch angelegt sein, d. h., sie sollte es ermöglichen, dass Schülerinnen und Schüler an einzelnen Beispielen über das Besondere das Allgemeine erkennen. Beim naheliegenden biographischen Ansatz, also der Betrachtung einzelner mit der heutigen Gedenkstätte verbundener menschlicher Schicksale, sollte dabei nicht auf einen Perspektivenwechsel verzichtet werden. Zum einen muss vor dem Hintergrund konkreter historischer Verhältnisse auf die Opfer mit ihren individuellen Schicksalen (u. a. auch unter der Maßgabe der Würdigung und des Gedenkens) eingegangen werden, zum anderen müssen einzelne Täterschicksale beleuchtet werden, um hier das individuelle Wechselspiel von Person und Struktur, persönlicher Autonomie und gesellschaftlichem Sachzwang herauszustellen, dass und wie „normale“ Menschen als Mitgestalter negativ belegter Ereignisse und Prozesse deutscher Geschichte agierten.

### Ansatzpunkte in den Rahmenrichtlinien Sachsen-Anhalts

Die seit 1999 gültigen Rahmenrichtlinien für Sekundarschulen und Gymnasien/Fachgymnasien des Landes Sachsen-Anhalt bieten in qualitativ und quantitativ differenzierter Weise Ansatzpunkte für die Aufgabe der Schule, Erinnerungsarbeit zu leisten. Möglichkeiten ergeben sich vor allem im Fach Geschichte, dessen Ziel- und Aufgabenstellung auf die historisch-politische Bildung der Schülerinnen und Schüler gerichtet ist. Historisches Wissen ist für die Herausbildung eines Geschichtsbewusstseins als Grundlage gegenwartsbezogenen und zukunftsorientierten Handelns und Urteilens unverzichtbar. Darüber hinaus sind oft auch Anknüpfungspunkte für Erinnerungsarbeit in den Fächern gegeben, die mit zeitgeschichtlichen Bezügen vom fachspezifischen Anliegen ausgehend die Auseinandersetzung mit Vergangenen führen, z. B. die Fächer Evangelischer und Katholischer Religionsunterricht.

Schließlich geben die Rahmenrichtlinien weiterer Fächer, auch wenn der Bezug zur Geschichte nicht als grundlegende Aufgabe gestellt ist, konkrete Hinweise zur Bearbeitung einzelner Themen im historischen Kontext. Als Beispiel dafür kann das Fach Ethikunterricht gelten. Für alle bisher genannten Fächer gilt, dass die Bezugspunkte für Erinnerungsarbeit in den verbindlichen Themen und Inhalten zu finden sind. In einigen Fächern erweitern sich die Möglichkeiten, weil in den Rahmenrichtlinien zeitliche und inhaltliche Freiräume eingeplant sind, deren Ausgestaltung den Lehrerinnen und Lehrern unter Beachtung fachspezifischer Zielstellungen überlassen bleibt. So sind z. B. im Fach Sozialkunde die den Lernfeldern zugeordneten Ziele und inhaltliche Schwerpunkte verbindlich, zur Zielrealisierung wird hingegen ein Angebot „möglicher Inhalte und Probleme“ unterbreitet. Die Lehrenden können auch andere als die angebotenen Inhalte einbeziehen, z. B. Prozesse und Entwicklungen der Vergangenheit untersuchen.

### Geschichte

Anknüpfungspunkte im Aufgaben- und Zielbereich

Zentrale Aufgabe des Geschichtsunterrichts ist es, die Entwicklung des Geschichtsbewusst-

seins zu fördern. Geschichtsbewusstsein ist die Art und Weise, in der Vergangenheitserfahrung, Gegenwartsorientierung und Zukunftserwartung miteinander verknüpft werden. Es entsteht, wenn historisches Wissen zum Verständnis von Gegenwartsproblemen, typischen Lebenssituationen und politischen Entscheidungsbedürfnissen für die Gegenwart und mit Blick auf zukünftige Entwicklungen herangezogen wird.

### Beispiele/Möglichkeiten im Themenbereich (Auswahl)

Schuljahrgänge 9/10: Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg (Sekundarschule, Gymnasium/Fachgymnasium)

In diesem Thema setzen sich die Schülerinnen und Schüler mit Führerprinzip, Rassismus und Antisemitismus in allen Lebensbereichen auseinander und untersuchen den Umgang der Nationalsozialisten mit Minderheiten und Andersdenkenden (Rassengesetzgebung, Vernichtungslager, Terror gegen Widerstandsbewegung).

Schuljahrgänge 12/13: Parlamentarische Demokratie und nationalsozialistische Diktatur (Gymnasium/Fachgymnasium)

Die Schülerinnen und Schüler untersuchen Entstehungsbedingungen antidemokratischer, autoritärer und faschistischer Bewegungen und Regime in Europa und setzen sich mit gegenwärtigen Deutungsversuchen des Nationalsozialismus auseinander. Der Kurs will verdeutlichen, dass der Nationalsozialismus keine abgeschlossene und vergangene Phase der deutschen Geschichte sondern ein fortwirkendes Ereignis ist.

Schuljahrgänge 12/13: Deutschland im Widerstreit der Systeme (Gymnasium/Fachgymnasium)

Der Anspruch des Kurses besteht darin, die Verflechtung in der Abgrenzung vor dem Hintergrund der Systemkonfrontation als herausragendes Merkmal der deutschen Geschichte zu untersuchen. Inhaltliche Schwerpunkte: Strukturen und Wandlungsprozesse in beiden deutschen Staaten (1945 - 1990); der Alltag der deutschen Teilung.

### Katholischer Religionsunterricht

Anknüpfungspunkte im Aufgaben- und Zielbereich

Die Rahmenrichtlinien bestimmen für das Fach Katholischer Religionsunterricht u. a. folgende Aufgaben: Er weckt und reflektiert die Frage nach der Deutung der Welt, nach dem Sinn und Wert des Lebens und nach den Normen für das Handeln der Menschen. Er befähigt zu persönlicher Entscheidung in Auseinandersetzung mit Weltanschauungen und Ideologien und fördert Verständnis und Toleranz gegenüber Entscheidungen anderer. Er motiviert zu verantwortlichem Handeln in Kirche und Gesellschaft. Insbesondere sollen die Schülerinnen und Schüler wesentliche Linien der Kirchengeschichte zu dogmengeschichtlichen und politikgeschichtlichen Entwicklungen in Beziehung setzen und in ihren Auswirkungen und Bedeutungen für die Gegenwart beschreiben können.

Beispiele/Möglichkeiten im Themenbereich (Auswahl)

Schuljahrgänge 9/10: Macht und Kirche: Verfolgte Kirche/Kirche der Mächtigen (Sekundarschule, Gymnasium/Fachgymnasium)

Ein Längsschnitt über größere historische Zeiträume soll helfen, dass die Schülerinnen und Schüler unterschiedliche Existenzbedingungen der Kirche in der Geschichte beschreiben und Handlungen der Kirche und ihrer Gliederungen in unterschiedlichen historischen Bedingungen einschätzen können. Wahlweise ist eine Klärung dieser Frage am Beispiel der Kirche im "Dritten Reich" oder in der DDR möglich.

### Evangelischer Religionsunterricht

Anknüpfungspunkte im Aufgaben- und Zielbereich

Der Evangelische Religionsunterricht stellt sich die Aufgabe, die Lernenden beim Aufwachen in schwieriger Zeit, auf ihrer Suche nach Orientierungen und Sinn zu begleiten. Sie sollen zu sich selbst finden und verantwortungsbewusst mit anderen leben lernen. Die Schülerinnen und Schüler sollen

- unterschiedliche Antworten auf die Grundfragen des Menschseins und nach dem Sinn des Lebens aus der Sicht christlicher Glau-

bensaussagen beurteilen und formulieren können,

- andere Religionen und Weltdeutungen miteinander vergleichen, die Bedingungen ihrer Andersartigkeit erkennen und mögliche Auswirkungen auf die eigenen Lebenszusammenhänge überdenken, um einander in Toleranz zu begegnen,
- Kirche in der Vergangenheit und in ihrem gegenwärtigen Erscheinungsbild als Gemeinschaft fehlerhafter und verantwortlicher Menschen beschreiben können.

(Auswahl)

Schuljahrgänge 9/10: Kirchen im Nationalsozialismus (Sekundarschule)

Das Thema ist inhaltlich so angelegt, dass mit dem Wirken der Kirchen zugleich ein Stück Zeitgeschichte rekonstruiert wird. Die Schülerinnen und Schüler sollen u. a. lernen,

- die Einflüsse und Zwänge im nationalsozialistischen Staat zu problematisieren,
- das Schweigen der breiten Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu Ausgrenzung und Ermordung der Juden zu hinterfragen,
- sich einen Einblick in das Leben von Menschen, die aus christlichem Glauben heraus unter Einsatz ihres Lebens gegen das faschistische Unrecht auftraten, zu verschaffen.

Schuljahrgänge 9/10: Kirchen in der DDR (Sekundarschule)

Auf die DDR-Geschichte wird bei diesem Thema insofern Bezug genommen, als die Schülerinnen und Schüler aufgefordert sind, die Aussagen der DDR-Verfassungen zur Freiheit des Glaubens, des Gewissens und zur Religionsausübung kritisch zu analysieren, das "sozialistische Menschenbild" und Erziehungsvorstellungen mit dem christlichen Menschenbild zu vergleichen sowie den Weg der Christen in der DDR im Spannungsgefüge von Freiraum, Anpassung und oppositioneller Haltung zu interpretieren.

Schuljahrgänge 9/10: Kirche und Staat (Gymnasium/Fachgymnasium)

Das Verhältnis von Kirche und Staat ist auch Thema des Evangelischen Religionsunterrichts am Gymnasium. Zum inhaltlichen Schwerpunkt "Die evangelische Kirche im Nationalsozialismus" wird die Auseinandersetzung mit Welt-

anschauung und Staats-auffassung des Nationalsozialismus, Führerprinzip, Sozialdarwinismus sowie Rassismus und Positionen der Kirchen dazu empfohlen, um mögliche Verflechtungen und Konflikte zwischen Staat und Kirche zu erkennen.

### Ethikunterricht

Anknüpfungspunkte im Aufgaben- und Zielbereich

Anliegen des Ethikunterrichts ist es, Fragen eines selbstbestimmten und sozial verantwortlichen Lebens in den Mittelpunkt zu stellen und einer systematischen Vertiefung zugänglich zu machen, um begründete Einsichten für mündiges und verantwortliches Handeln zu schaffen. Demokratie gründet auf der Anerkennung der Freiheit und Gleichwertigkeit aller Menschen. Daher will der Ethikunterricht die konstitutiven Werthaltungen der Demokratie aufzeigen und festigen, zugleich zielt er auf die einsichtige Kenntnis, Anerkennung oder begründete Toleranz einer Vielfalt von Werten und Normen. Sein vorrangiges Ziel ist die Stärkung der persönlichen Urteilskraft.

Beispiele/Möglichkeiten im Themenbereich (Auswahl)

Schuljahrgänge 9/10: Gewissen (Sekundarschule, Gymnasium/Fachgymnasium)

Die Schülerinnen und Schüler sollen u. a. Gefahren der Unterdrückung der Gewissensfreiheit einschätzen und die Bedeutung des Rechts auf Gewissensfreiheit verstehen. Die Rahmenrichtlinien schlagen vor, die Folgen von Einschränkungsversuchen der Gewissensfreiheit in totalitären Systemen auch an den Beispielen "Deutschland nach 1933" oder DDR zu untersuchen.

Schuljahrgänge 9/10: Wert und Würde des Menschen (Sekundarschule, Gymnasium/Fachgymnasium)

Inhaltlich geben die Rahmenrichtlinien u. a. vor, Verletzung der Menschenwürde durch Staat und Gesellschaft zu untersuchen, um Erscheinungsformen von Entwürdigungen in gesellschaftlichen Beziehungen zu erkennen und zu reflektieren. Im Unterricht können dazu Beispiele für ethnische, religiöse, ideologische und politische Verfolgung (auch aus der deutschen Geschichte) dokumentiert und ausgewertet werden.

Schuljahrgänge 12/13: Menschen- und Grundrechte (Gymnasium/Fachgymnasium)

Um unterschiedliche Schutzbemühungen der Menschenrechte in ihrem jeweiligen Gewicht einschätzen zu können, werden in Bezug auf die Grundrechte das Grundgesetz (Art. 1-19) und Verfassung der DDR in der Fassung vom 7. 10. 1974 (Art. 20-39) verglichen.

### Sozialkunde

Anknüpfungspunkte im Aufgaben- und Zielbereich

Der Sozialkundeunterricht hat die Aufgabe, die eigenständige Auseinandersetzung der Lernenden mit der Politik zu fördern und somit zur politischen Mündigkeit der Heranwachsenden beizutragen. Darin eingeschlossen ist die Aufgabe, Handlungsspielräume auszuloten und die Rahmenbedingungen politischen Handelns zu berücksichtigen. Demokratie-Lernen ist in diesem Zusammenhang der zentrale Bezugspunkt des Faches Sozialkunde. Der Sozialkundeunterricht fördert die Fähigkeit und Bereitschaft,

- Chancen zur Einflussnahme in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu erkennen, zu nutzen und zukunftsorientiert zu erweitern,
- in politischen Alternativen zu denken, Positionen zu beziehen und nach demokratischen Regeln zu verwirklichen.

Beispiele/Möglichkeiten im Themenbereich (Auswahl)

Schuljahrgänge 8-10: Demokratie (Sekundarschule, Gymnasium/Fachgymnasium)

Als ein Ziel zu diesem Lernfeld sollen die Schülerinnen und Schüler die Bereitschaft entwickeln, die Chancen zur Einflussnahme auf Herrschaftsverhältnisse kritisch zu hinterfragen. In der Auseinandersetzung mit Formen und Wirkungen demokratischer Machtstrukturen wird die Untersuchung von Machtausübung und Machtkontrolle in anderen politischen Systemen vorgeschlagen und die Erkundung einer Gedenkstätte empfohlen. Im Rahmen des Schwerpunktes "Regeln der Legitimation und Begrenzung von staatlicher Macht" wird angeregt, Probleme der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit mit rechtsstaatlichen Mitteln zu diskutieren (z. B. Strafprozesse zu Todesschüssen).

Das Konzept für die Rahmenrichtlinien aller Fächer ist auf die Verbindung von fachspezifischem und fächerübergreifendem Lernen ausgerichtet. Neben den fachspezifischen Themen enthalten die Rahmenrichtlinien auch Anregungen und Hinweise zur Bearbeitung übergreifender Themenkomplexe unter Beteiligung verschiedener Fächer. Die Lehrenden sind aufgefordert zu prüfen, inwieweit ein Bezug zu weiteren Fächern und anderen Themen hergestellt werden kann.

Damit sind Möglichkeiten gegeben, auch Gedenkarbeit als schulische Bildungsaufgabe über Fächergrenzen hinweg zu realisieren. Anknüpfungspunkte finden sich in den Rahmenrichtlinien weiterer Fächer, z. B. in Deutsch (sprachliche und literarische Bildung durch Literatur aus Vergangenheit und Gegenwart), Musik (Musik als Ausdrucksform politischen Denkens) oder Kunsterziehung (Aneignung und Teilhabe an Formen der Kunst und Kultur in Vergangenheit und Gegenwart).



Holocaust-Mahnmal an der Stadtmauer im Gedenkpark in Schönebeck/Elbe mit den Namen der jüdischen Frauen, Männer und Kinder aus Schönebeck/Elbe, die in Konzentrationslagern ermordet wurden. (eingeweiht am 9. 11. 1998)

## Erinnerung als Aufgabe

Bernd Faulenbach, Bochum



Veranstaltung am 12. 04. 1995 \*

Erinnerungsvermögen unterscheidet den Menschen vom Tier. Die Individuen erinnern sich an früher Erlebtes, besonders gerne an schöne Stunden und positive Erfahrungen; Schlimmes, so scheint es, pflegen Individuen eher zu verdrängen.

Manches, was für Individuen gilt, lässt sich auch für das kollektive Gedächtnis von Gesellschaften feststellen: auch sie erinnern sich an vieles, anderes vergessen sie. Doch trifft für Gruppen, Nationen, Gesellschaften noch mehr als für Individuen zu: Wer vergisst, läuft Gefahr, negative Erfahrungen erneut machen zu müssen. Dies meint der vielzitierte Satz von Santayana: „Wer die Vergangenheit vergisst, ist verurteilt, sie zu wiederholen.“

Die Menschen haben im 20. Jahrhundert beispiellose Erfahrungen machen müssen. Diese gilt es im XXI. Jahrhundert zu bewahren. Die Erinnerung ist nicht zuletzt ein Akt retrospektiver Solidarität mit den Opfern der Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere mit den Opfern des Nationalsozialismus, doch auch mit den Opfern des Stalinismus und an-

deren Gruppen, die politisches Unrecht erlitten haben.

Hier und da wird die Einschätzung vertreten, auch Staaten und Gesellschaften müssten vergessen, um innenpolitische Konsensbildung zu ermöglichen. Dabei wird auf Beispiele wie Spanien und zeitweilig Polen hingewiesen, die die positive Wirkung der Ausklammerung der Erinnerung an die Vergangenheit zu zeigen scheinen. Es gibt jedoch ungleich mehr Beispiele, die die problematischen Aspekte des Vergessens oder einseitiger Betrachtungen der Vergangenheit beweisen. Vergessen führt zu einer Verkennung von Realität, insbesondere von historischen Hypotheken, die keineswegs getilgt sind und an die sich andere erinnern.

Der westdeutsche Umgang mit der NS-Vergangenheit, die teilweise verzögerte Auseinandersetzung während der 50er Jahre, lässt zudem erkennen, dass das Verhältnis der Generationen durch Verdrängung erheblich belastet werden kann. Die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan hat den politischen und psychologischen Preis untersucht, den das

„Beschweigen“ der Verbrechen im öffentlichen Leben, in den Schulen und in den Familien Westdeutschlands gekostet hat: die systematische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit entwickelte sich teilweise als Generationenkonflikt und trug dazu bei, dass die Generation der „68er“ ihrerseits nicht in der Lage war, die Realität der kommunistischen Systeme zu erfassen.

Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR war anders als in der Bundesrepublik: durch politische Instrumentalisierung der Erinnerung wurde diese überformt und hatte ebenfalls Verdrängung zur Konsequenz.

Für die demokratische politische Kultur sind die Folgen der Verdrängung von politischem Unrecht, von Verbrechen der jüngsten Geschichte überaus bedenklich: Die Sensibilität im Hinblick auf Unrecht in der Gegenwart wird geschwächt. Zweifellos hilft die Erinnerung an vergangenes Unrecht, Wiederholungen zu vermeiden, sie hat - wenn sie nicht erstarrt ist - Aufforderungscharakter, Fehler in Zukunft zu meiden, der Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten entgegenzutreten und Zivilcourage zu entwickeln. „Ex negativo“ wird auf diese Weise demokratisches Verhalten begründet. Die Erinnerung hat nicht zuletzt die Aufgabe zur Konsequenz, Strukturen zu schaffen oder zu bewahren - etwa Gewaltenteilung, die Übertragung von Macht auf Zeit, Rechtsstaatlichkeit u. a. - die politische Verbrechen unmöglich machen.

Was leisten die Gedenkstätten für die Erinnerung? Sie bilden so etwas wie Kristallisationskerne für die kollektive Erinnerung. In der Regel an authentischen Orten des Geschehens errichtet, bezeugen sie das Geschehen. Gewiss müssen die Spuren entschlüsselt werden; gleichwohl machen die Orte mit ihrer spezifischen Aura klar, dass das Unrecht kein abstraktes Geschehen war, sondern dass es konkret und brutal war. Hannah Arendt hat die Bedeutung des authentischen Objektes für die Erinnerung wie folgt umschrieben: „Ohne Erinnerungen und die Verdinglichung, die aus der Erinnerung selbst entspringt, weil die Erinnerung der Verdinglichung für ihr eigenes Erinnern bedarf ... würde das lebendig gehandelte, das gesprochene Wort, der gedachte Gedanke spurlos verschwinden ...“

Auf diesem Hintergrund lassen sich die Aufgaben der Gedenkstätten im Rahmen der Erinnerungskultur bestimmen:

- Sie stützen die Erinnerung ab,
- sie beglaubigen das Geschehen,
- sie ehren die Opfer,
- sie dokumentieren Vergangenheit im Hinblick auf die Gegenwart.

Das Land Sachsen-Anhalt hat eine Reihe von Gedenkstätten, die an verschiedene historische Tatbestände und verschiedenartiges Unrecht erinnern. Sie sind Teil einer Erinnerungskultur, die die unterschiedlichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts bewahrt, die untereinander auch nicht nivelliert werden sollten. Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in ihrem einzigartigen Charakter ebenso darzustellen wie die Spezifik des stalinistischen Unrechtes, das nicht bagatellisiert werden darf, doch nicht zur Relativierung der NS-Verbrechen verwendet werden kann und darf. Die Gedenkstätten machen deutlich, dass Unrecht vielfältigen Charakter hatte und unterschiedlich begründet worden ist. Sie können gerade in ihrer vielfältigen Gestalt zur Vergewisserung der Gefährdungen des Humanen in der modernen Welt beitragen und damit helfen, den Gefährdungen zu begegnen.

\* Die Veranstaltung „Erinnerung wagen - Erfahrungen ernst nehmen“ im Magdeburger Rathaus bildete den Abschluss des Begleitprogramms zur Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz „Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED“ und war eine Kooperationsveranstaltung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg.

Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren:

Freya Klier, Autorin und Bürgerrechtlerin in der ehemaligen DDR (nicht im Bild),

Prof. Dr. jur. Wolfgang Schuller, Universität Konstanz,

Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, damals Kultursenatorin des Landes Berlin,

Manfred Rixin, Journalist,

Joachim Gauck, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR,

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, damals Bundesministerin der Justiz,

Karin Schubert, Justizministerin des Landes Sachsen-Anhalt,

Ulrich Kasparick, damals Leiter des Landesbüros Sachsen-Anhalt der Friedrich-Ebert-Stiftung (nicht im Bild)

## Über den angemessenen Umgang mit Unrecht in der SBZ/DDR. Eine sozialetische Perspektive

Thomas Hoppe, Hamburg



Kranzniederlegung bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz

In den Kontroversen um den Umgang mit Systemunrecht in der ehemaligen DDR zeigen sich viele Grundzüge, die auch anderenorts oder zu anderer Zeit in ähnlich fundamentalen Transformationsprozessen zu beobachten sind. Vor Verfolgungseifer mit den Mitteln der Justiz warnen die einen. Wenn andererseits in Gesellschaft und Politik eine Schlussstrichmentalität die Oberhand gewinnt, besteht die Gefahr, dass große Komplexe schuldhaften Handelns einfach verdrängt werden.

### I. Recht und Gerechtigkeit

Wer mit den konkreten Auswirkungen von schwerwiegenden Verletzungen grundlegender Menschenrechte konfrontiert ist, dem wird es schwer, für etwas anderes zu plädieren als für eine harte Bestrafung der Verantwortlichen. Ist das schon Verfolgungseifer oder nicht vielmehr ein Ruf nach Gerechtigkeit, der sich angesichts der oft fortdauernden Leiden der Opfer geradezu aufdrängt? Andererseits: Wer aus aufrichtigen Gründen für einen Schlussstrich

plädiert, mag auf die Schwierigkeiten verweisen, im Bemühen um justizielle Aufarbeitung den zum Teil überaus verschiedenartigen Einzelfällen annähernd gerecht zu werden. Immerhin ist in der strafrechtlichen Sanktionierung die Verhältnismäßigkeit zwischen Strafmaß und individuell zurechenbarem Vergehen zu beachten. Weiter verdient Aufmerksamkeit, wie sich eine konkrete Bestrafung auf die Chancen des Verurteilten auswirken dürfte, nach Strafverbüßung in die Gesellschaft wieder eingliedert zu werden.

Grundsätzlich ist Recht so anzuwenden, dass nicht die Verbindlichkeit dieses Rechts durch die Folgenlosigkeit von Verstößen gegen sie untergraben wird. Wenn auch grösste Verletzungen materialer Gerechtigkeit straflos blieben, würde in letzter Konsequenz die Idee des Rechts als notwendiger sozialer Institution preisgegeben. Die elementaren Kategorien von Recht und Unrecht - jetzt auch als *ethische* Grundbegriffe - gerieten dadurch ins Wanken, und im Ergebnis würde riskiert, dass

sich die alten Unrechtsverhältnisse neu etablieren lassen. Das Rechts- bzw. Unrechtsbewusstsein in einer Gesellschaft spiegelt sich auch in dem Ausmaß, in dem grundlegende ethische Positionen notfalls mit Hilfe des Rechts durchsetzbar sind.

Der Sinn von Strafprozessen liegt deswegen vor allem darin, öffentlich sichtbar werden zu lassen, dass dort, wo strafwürdiges Verhalten vorlag, nicht die Täter im Recht waren, sondern ihre Opfer. Durch diese Klarstellung wird ein entscheidender Beitrag dazu geleistet, deren verletzte Würde wiederherzustellen. Und vielleicht liegt in dieser Wiederaufrichtung ihrer Würde das Wichtigste, was Recht und Politik unmittelbar zugunsten der Opfer zu tun vermögen.

Gleichwohl sind viele von ihnen regelmäßig enttäuscht, ja empört, weil sie die Geringfügigkeit der verhängten Strafen, gemessen an den Größenordnungen des geschehenen Unrechts, deutlich empfinden. Dass sich das Missverhältnis zwischen materiellem Unrecht und strafrechtlicher Sanktionierungsmöglichkeit im Ergebnis zugunsten der Täter auswirkt, relativiert erheblich die Befürchtung, durch strafrechtliche Verfolgung würde neues Unrecht zu deren Lasten geschaffen. Dieses Missverhältnis muss zugleich unter rechtspolitischen Aspekt als problematisch gelten, denn Systemunrecht darf nicht so behandelt werden, dass es dadurch wie ein Bagatelldelikt oder allenfalls wie ein mittelschweres Vergehen wirkt. Dieser Grundsatz verdient ebenso in der Debatte um Begnadigungen von rechtskräftig Verurteilten Beachtung.

## II. Reintegration der Belasteten

Auch jenseits des Strafrechts steht die Frage nach einem angemessenen Umgang mit jenen, die für systemisch verübtes Unrecht verantwortlich sind, im genannten Spannungsfeld: Einerseits soll der Gefahr einer Schlussstrichmentalität entgegengewirkt, andererseits muss ernsthaft nach Möglichkeiten einer Reintegration von Belasteten in die Gesellschaft gesucht werden. Welcher Voraussetzungen auf Seiten der Täter, der Opfer und der übrigen Gesellschaft bedarf es dafür? Wie wird Reintegration unter Verhältnissen möglich, in denen sich zuweilen scharfe Grenzen zwischen Tätern und Opfern nicht ohne weiteres ziehen lassen, weil unterschiedliche Grade der Einsicht in Unrechtszusammenhänge und die vielfältigen

Wege subtiler Verstrickung dazu führen können, dass Täter zugleich Opfer sind und Opfer auch zu Tätern werden?

Das Handeln mancher Täter vollzieht sich unter Umständen, die die Sensibilität für das Leid ihrer Opfer erschweren oder beseitigen können. Andere werden systematisch in Situationen hineingetrieben, in denen ihnen scheinbar keine Wahl bleibt, die es ihnen ermöglichte, der Korrumpierung ihrer Integrität zu entgehen. In vielen Fällen werden Menschen nicht abrupt vor eine solche ultimative Wahl gestellt, sondern eher allmählich und schleichend in Versuchung geführt, schließlich verstrickt. Immer stärker gewinnt dabei das Empfinden einer schließlich gegen Null tendierenden Wahlfreiheit im Bereich des persönlichen Handelns Raum. So wird die Verantwortung für dieses Geschehen und seine zerstörerischen Folgen für das Leben konkreter Menschen gewissermaßen psychologisch an höhere Stelle verwiesen. Mechanismen autoritärer Herrschaft sind gerade dann erfolgreich, wenn sie - auch nur zeitweise - den Menschen das Empfinden vermitteln, sie könnten sie von ihrer ursprünglichen moralischen Verantwortung entlasten. Der durch derartige Herrschaftstechniken angerichtete Schaden reicht womöglich tiefer, als es äußere Verletzungen, ja selbst das Zerschneiden lebensgeschichtlicher Perspektiven von sich aus vermögen.

In vielen Fällen wirkt die Last der Verstrickung fort - oft jahrzehntelang. Täter und Opfer können oft nicht miteinander reden; vor allem diejenigen, die auf der Seite der Täter standen, verweigern sich auf die eine oder andere Weise entsprechenden Versuchen. Ein komplexes Bündel an Gründen mag hierfür ausschlaggebend sein: Furcht vor den sozialen Konsequenzen, wenn man sich wirklich öffnet und eigene Schuldanteile preisgibt; das Verleugnen dieser Verantwortung vor sich selbst; die hartnäckig verteidigte Überzeugung, trotz allem „auf der richtigen Seite gestanden“ zu haben. Nicht selten begegnet die Deutung der eigenen Situation als tragisches Verhängnis, in welchem die Täter insgesamt als Opfer des Systems erscheinen. Gespräche scheitern aber auch dort, wo ehemalige Täter die Gesprächsbereitschaft ihrer Opfer zur stillschweigenden Wiederherstellung der alten Hierarchien und Machtverhältnisse zu missbrauchen versuchen. Wirkliche Reintegration wird erst dort möglich, wo Belastete sich bereit finden, über ihre Rolle im alten System und darüber,

ob und wo sie schuldig wurden, ernsthaft zu reflektieren. Unter welchen Bedingungen können sie es wagen, sich ihrer Verantwortung zu stellen, statt sie zu verleugnen oder zu verdrängen? Gerade der Umgang mit Menschen, die verstrickt wurden, bedarf sorgfältiger Differenzierung. So ist es verhängnisvoll, wenn sich die Bereitschaft ehemaliger Informanten der Staatssicherheit, sich zu offenbaren und Reue zu zeigen, nicht zu ihren Gunsten auswirkt, sondern ihnen nochmals gravierend schadet. Wo der Reuige bestraft und im Ergebnis die Beweislast zu seinen Ungunsten verkehrt wird, hingegen derjenige, der seine Verstrickungen geschickt verbirgt und ableugnet, dafür noch mit dem Erfolg dieser Strategie belohnt wird, hat dies nicht nur schwerwiegende Folgen für das gelebte gesellschaftliche Ethos. Es untergräbt darüber hinaus die Voraussetzungen dafür, dass Rechtsstaatlichkeit als - trotz aller Unzulänglichkeiten - gerade im Interesse von mehr Gerechtigkeit unverzichtbares Verfassungsprinzip bejaht wird.

### III. Hilfe für die Opfer

Die Forderung nach Barmherzigkeit für die Täter darf jedoch nicht gegen diejenige nach Gerechtigkeit für die Opfer ausgespielt werden. Als ungerecht empfinden diese in der Regel nicht bereits das Bemühen um einen differenzierenden Umgang mit Belasteten, sondern die Verlagerung der öffentlichen Diskurse auf fast ausschließlich dieses Problem, ohne dass zugleich gefragt würde, auf welche Weise man dem beschädigten Leben der Opfer Gerechtigkeit zuteil werden lassen könnte. Es verfestigt sich der Eindruck, als seien viele von ihnen auch unter den neuen Systemvoraussetzungen dazu verurteilt, der übrigen Gesellschaft gegenüber benachteiligt zu bleiben, wenn nicht in die Isolation zu geraten.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Vorenthaltene Bildungschancen führen in vielen Fällen dazu, dass ein unangemessener sozialer Status rückwirkend nur schwer korrigiert werden kann. Bei vielen Belasteten ist es dagegen umgekehrt: Ihnen gelingt es häufig, ihre unter den alten Verhältnissen privilegierte Situiertheit in der Gegenwart wiederherzustellen bzw. zu behaupten. Bis ins Rentenrecht hinein wirken sich solche Asymmetrien auch heute aus. Noch weit gravierendere Ungerechtigkeiten liegen dort vor, wo Menschen aufgrund der Eigenart „moderner“ Methoden politischer Verfolgung

häufig nicht unmittelbar nachweisbare körperliche, dafür aber schwerste psychische Langzeitschädigungen erlitten haben, die ursächlich, z. B. als Haftfolgen nachzuweisen schwer fällt. Wenn sie im Blick auf etwaige Entschädigungen die Beweislast haben, kann ein Verfahren, das auf den Nachweis solcher Schäden gerichtet ist, von den Betroffenen als erneute Demütigung empfunden werden – zusätzlich zu der Ungewissheit, die mit seinem Ausgang verbunden ist. In beinahe unerträglichem Kontrast hierzu steht die Tatsache, dass die meisten Einzelhandlungen, mit denen im Rahmen von „Zersetzungsstrategien“ gegen Menschen vorgegangen wird und die zu diesen Folgen führen, kaum oder gar nicht justiziabel sind.

Jedoch rückt auch das Entschädigungsproblem, so viel es für die Lebensverhältnisse vieler Opfer bedeutet, an die zweite Stelle, sobald man fragt, ob den Betroffenen überhaupt angemessene Hilfsangebote offen stehen. Ihnen droht dort Isolation, wo ihre soziale Umwelt ihrem Schicksal und dessen fortwirkenden Folgen gegenüber Unverständnis, Desinteresse und Fremdheit signalisiert. In der Psyche von Menschen, die traumatisierende Situationen durchleben mussten, kommt es zu Prozessen, die eine grundlegend veränderte Weltwahrnehmung und eine neue Verhältnisbestimmung zu anderen Menschen zur Folge haben. Denn in Situationen, in denen man extremer physischer oder psychischer Gewalt zum Opfer fällt, wird derjenige, von dem einem dies widerfährt, nicht als Mit-, sondern als Gegen-Mensch erlebt. Das herkömmliche Grundvertrauen in die Normalität lebensweltlicher Abläufe überlebt solche Erfahrungen in der Regel nicht, und es lässt sich auch nicht bereits dadurch wiederherstellen, dass ein politischer Systemwechsel stattfindet und materielle Entschädigungsleistungen erfolgen. Menschen mit einem solchen Schicksal empfinden sich von ihrer Außenwelt innerlich beinahe hermetisch getrennt, und ihnen ist eine mehr als oberflächliche Kommunikation fast nur noch mit jenen möglich, die etwas Vergleichbares erleiden mussten.

Eine elementare Forderung der Gerechtigkeit ist es deswegen, dass eine Gesellschaft, die sich aus guten Gründen die Frage nach einem angemessenen Umgang mit Belasteten nicht leicht macht, zugleich ebenso entschieden danach strebt, den Opfern von Unrecht und Gewalt konkret und praktisch zu helfen. Durch

seelsorgerliche und therapeutische Angebote gilt es möglichst vielen von ihnen Wege zu eröffnen, auf denen sie das Gefängnis ihrer leidvollen Erinnerungen ein Stück weit aufsprengen, trotz der erlittenen Schädigungen persönliche Formen der alltagspraktischen Lebensbewältigung entdecken und die dazu notwendigen Kraftressourcen in sich erschließen können. Der Umfang solcher Hilfsangebote ist dringend zu erweitern. Erst in solchen „geschützten Räumen“ wird es den Betroffenen oft möglich, die eigene, lange verdrängte Trauer und Bitterkeit über das Erlebene zuzulassen, Prozesse der Auseinandersetzung mit ihr zu beginnen und Zuwendung und Trost ein Stück weit anzunehmen.



Magdeburg

Zu fragen ist, ob nicht auch eine Reintegration von Belasteten wesentlich davon abhängt, wie weit diese ihre eigene ehemalige Rolle zu betrauern imstande sind. Die Kategorie der persönlichen Schuld erschließt sich wohl erst in dem Augenblick wirklich, in dem es zugleich möglich wird, sich ihr gegenüber anders zu stellen als im Modus der Verharmlosung und Verdrängung. Auch für ehemalige Täter kann so die Fähigkeit, Geschehenes zu betrauern, eine befreiende Erfahrung werden.

#### IV. Aufgaben für Gesellschaft und Politik

Von Gesellschaft und Politik ist nicht nur ein substanzieller Beitrag zur Wiederherstellung der Würde der Opfer gefordert. Sie stehen auch vor der Aufgabe, den Entstehungsbedingungen dafür entgegenzuwirken, dass sich vergleichbare Strukturen systemisch bedingten Unrechts erneut etablieren lassen. Der Erfolg dieses Unternehmens hängt aufs Engste davon ab, wie weit es gelingt, im Raum der Öffentlichkeit früher zu Unrecht Verurteilte oder Benachteiligte zu rehabilitieren. Ausschlaggebend hierfür ist die Weise, wie mit

jüngster Geschichte verfahren wird - ob es darum geht, die historische Wahrheit, in all ihrer Differenziertheit, allmählich freizulegen, oder aber ob der Umgang mit historischen Fakten in den Dienst einer „Geschichtspolitik“ gestellt wird, in der er zur Waffe in Machtkämpfen der Gegenwart degeneriert. Nicht nur wie mit Menschen, auch wie mit Geschichte umgegangen wird, ist, so betrachtet, eine politisch-moralische Frage.

Individuelles wie gesellschaftlich-politisches Ringen um die Erinnerung stehen in der Gefahr, die Deutung jüngster Geschichte an unausgewiesenen, vorgängigen Optionen zu orientieren. Auf diese Weise kommen bestimmte, keineswegs nebensächliche Facetten dieser Geschichte unter Umständen nicht in den Blick oder werden unzutreffend gewichtet. Schon die Frage, welche Ereignisse und Sachverhalte im Interesse einer authentischen Erinnerung für relevant zu halten sind, wird im Licht solcher Vorentscheidungen mitbeantwortet. Deswegen ist es überaus prekär, den Prozess einer sorgfältigen Aufklärung über die historische Wahrheit zu verzögern: Nur die möglichst verzugslose Erforschung des Geschehenen und die sofortige Sicherstellung entsprechender Dokumente kann davor bewahren, dass sich von interessierter Seite mit einer selektiven Verwendung geschichtlicher Fakten Politik machen lässt.

Eine Aufklärung über die historische Wahrheit, die diese lediglich rekonstruiert, sich aber im Interesse wissenschaftlicher Objektivität sowohl jegliche Wertung wie jeden Vergleich von vornherein verbietet, kann ungewollt zu einer fatalen „Historisierung“ des Geschehenen beitragen. Trotz aller Aufmerksamkeit für das Partikulare ist es deswegen unumgänglich, das Gemeinsame verschiedener Erscheinungsweisen systemisch bedingten Unrechts festzuhalten; Strukturen und Mechanismen aufzudecken, die immer neu zur Verstrickung in Schuld und zu extremen Erfahrungen von Repression und Leid führen. Ansonsten bleibt es bestenfalls beim namenlosen Entsetzen angesichts der Opfer, doch es dürfte kaum gelingen, gegen die Wiederholung des Geschehenen Dämme zu errichten.

Über die Arbeit an der Vergewisserung über Fakten und ihre sachgemäße Interpretation hinaus bleibt die Suche nach authentischem Erinnern eine kulturelle Herausforderung von überragender Bedeutung. Es geht darum, das von den Älteren leidvoll Erfahrene dem Ver-

gessen zu entreißen und im Interesse einer besseren Zukunft an die Jüngeren zu vermitteln. Durch öffentliche Ehrungen der Opfer, Gedenkstättenarbeit, historisch wie didaktisch mit Sorgfalt konzipierte Publikationen, Medienarbeit und die Thematisierung dieser Problematik im Bereich von Erziehung und Bildung kann es gelingen, solche Formen kollektiver Erinnerung vor politischer Manipulation zu schützen.

Zugleich gilt es, eine Haltung der Indifferenz, wenn nicht gar der Gleichgültigkeit zu bekämpfen. Mit wachsendem zeitlichen Abstand selbst zu Ereignissen, die als Katastrophen anzusehen sind, drohen sich solche Mentalitäten zu verbreiten. Doch Strukturen des Bösen können oft dort entstehen und zu wuchern beginnen, wo die ersten Schritte, nur für sich betrachtet, unspektakulär erscheinen. Die Korruption der Lebenswelt vollzieht sich vorzugsweise schleichend; „das Schlimmste ist, sich daran zu gewöhnen“, notierte Max Frisch. Auch der fatalen Neigung, aus schlechten Zeiten Gutes zu erinnern, lässt sich nur entgegenarbeiten, wo die Konfrontation mit der Realität

von einst noch möglich ist - unverstellt durch nachträgliche Beschönigungen und in einer Form medialer Vermittlung, die nachfühlbar werden lässt, was diese Realität mit Menschen gemacht, besser gesagt: ihnen angetan hat.

Freilich: Selektiv wäre auch ein Rückblick auf Geschichte, der nur das Misslingen beschrieb, ohne zugleich Zeugnis für das abzulegen, was selbst unter widrigsten Systembedingungen an Gutem möglich war und geschehen ist. Es gibt nie nur die Kette der Verbrechen, sondern zumeist auch eine Geschichte des Widerstands gegen sie, sogar wenn dieser Widerstand am Ende erfolglos schien. Erkennbar bleiben muss, dass selbst unter einem ausgefeilten System der Repression menschliches Leben nicht schlechterdings sinnlos war. Die Konfrontation mit Versuchungen, dem Bösen nachzugeben, kann zuweilen den moralischen Blick nicht trüben, sondern sogar schärfen. Auch diese Erfahrung verändert die Wahrnehmung der Welt in einer Weise, dass sie für das Gelingen ihrer künftigen Gestaltung Bedeutung gewinnt.



Mahnmal für die jüdischen Opfer, aufgestellt 1988 in der Nähe der ehemaligen Magdeburger Synagoge. Die Aufschrift auf der abgewandten Vorderseite lautet: „Dem Nazi-Terror fielen 1521 Magdeburger jüdischen Glaubens, darunter 287 unschuldige Kinder zum Opfer“.

## **Historische Orte erfahrbar machen. Gedenkstättenpädagogik an Stätten politischer Verfolgung und Gewaltherrschaft**

Norbert Haase, Dresden

Wenn Schulklassen Gedenkstätten besuchen, dann sind sie nicht selten unzureichend darauf vorbereitet. Historische Wissensdefizite und Deutungsunsicherheiten, hohe Erwartungshaltungen seitens der Schülerinnen und Schüler sowie der sie begleitenden Pädagogen und eine oft relativ zu knapp bemessene Zeit hinterlassen Unzufriedenheit und Ratlosigkeit, manchmal Frustration, sie haben „unangemessenes“ Verhalten an den Orten des Gedenkens zur Folge. Gemeinhin wird von Gedenkstättenbesuchen erwartet, sie könnten der wirksamen Imprägnierung gegen extremistisches Gedankengut dienen und Grundwerte der Demokratie wie Toleranz gegenüber Minderheiten oder die Wahrung der Menschenwürde vermitteln. An der Realität gemessen kann dieser hohe Anspruch indes nur unter bestimmten Voraussetzungen eingelöst werden. Nachfolgend sollen Anregungen für Gedenkstättenbesuche im regionalen Umfeld gegeben werden. Angesichts der Komplexität des Gegenstandes werden allerdings nur Hinweise auf Pfade bedeutet, die eigenständig erkundet werden müssen.

Rückblickend auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts steht die Gedenkstättenpädagogik heute – in den neuen Bundesländern zumal – vor grundsätzlich anderen Ausgangslagen als vor 1989. Nicht die legitimatorische Funktion des Antifaschismus für die Parteidiktatur der SED dominiert wie zu Zeiten der DDR zeit-historische Gedenkstätten, sondern neben eine vielgestaltige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, seinen Opfern und Tätern, ist heute eine Beschäftigung mit dem kommunistischen System, insbesondere mit der Geschichte politischer Verfolgung unter der SED-Diktatur, getreten. Der Gedenkstättenbegriff unterliegt demzufolge einem Bedeutungswandel. Eine Reihe von Stätten in Ostdeutschland, Lagerstandorte, Gefängnisse und Justizgebäude, repräsentieren angesichts ihrer spezifischen Nutzungsgeschichte tatsächlich die Erinnerung an beide Diktaturen. Aus der Perspektive einer freiheitlichen Demokratie und ihrer verbrieften menschenrechtlichen

Grundlagen sind diese Gedenkstätten heute gleichsam negative Fixpunkte der kollektiven historischen Identität einer demokratischen Zivilgesellschaft. Mit der Kennzeichnung und Erschließung solcher historischen Orte ist das Bekenntnis verbunden, dass sich Gleiches oder Vergleichbares nicht wieder ereignen soll – weder in Form staatlicher Willkür noch als individuelle Akte der Verletzung elementarer Menschenrechte. Gesellschaftlichen Tendenzen der Verdrängung und Relativierung vergangenen Unrechts soll durch Gedenkstättenarbeit entgegengewirkt werden, auch um antidemokratische Traditionen und Werthaltungen einzugrenzen. Eine „Didaktik der Menschenrechte“ am Beispiel ihrer Verletzung zielt auf ein mit den Gedenkstätten verbundenes handlungsorientiertes, selbstreflexives Lernen.

Eine Negativkonkurrenz der Diktaturen, eine Hierarchisierung von Opferschicksalen ist für die Gedenkstättenarbeit dabei kontraproduktiv. Voraussetzung ihrer glaubwürdigen Praxis in Gegenwart und Zukunft ist die zwar je spezifische, aber dennoch ungeteilte Erinnerung an Menschenrechtsverletzungen jedweder Art und Herkunft. Anzustreben ist zugleich der Erhalt einer Urteilsfähigkeit über die historischen Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Diktaturen, insbesondere in der Einordnung des in der Geschichte einzigartigen Verbrechens der Shoah.

In den Gedenkstätten finden wir das Geschehene beglaubigt. Die historischen Orte verdinglichen die Erinnerung. Sie stehen für konkrete Taten, Leiderfahrungen, erinnern an Opfer politischer Verfolgung, an Menschen im Widerstand gegen die Diktatur. Sie verknüpfen Regionalgeschichte mit der Historie der Weltanschauungsdiktaturen des 20. Jahrhunderts. Die Aura einer Gedenkstätte kann zusätzlich dadurch verstärkt werden, wenn Zeitzeugen im Gespräch mit Besuchern durch die Schilderung ihrer persönlichen Erfahrungen die „Authentizität“ des Ortes bekräftigen. Nach wie vor haben die verschiedenen Opfergruppen ein Recht auf eine öffentliche Wahrnehmung des ihnen widerfahrenen Unrechts in der postdiktatorischen Gesellschaft. Die Aufnahme ihrer Erfahrung in das kollektive Gedächtnis stellt demnach eine Art Rehabilitierung für die vormals Gedemütigten dar. Dabei besteht durchaus die Gefahr, dass historische Erfahrung und konstruierte Erinnerung verwechselt werden. Die Gedenkstätten sprechen nicht für sich, sie

bleiben erklärungsbedürftig, müssen historisch entschlüsselt werden, d. h. sie müssen auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Forschung in den historischen Kontext eingeordnet werden.

Im Zuge des Gangs der Generationen durch die Zeit und einer irreversiblen Historisierung der Geschichte des „Dritten Reiches“ und der unmittelbaren Nachkriegszeit tritt das traditionelle Gedenken heute unausweichlich immer mehr in den Hintergrund. Eine „Normalisierung“ des Umgangs mit dieser Geschichte hält Einzug. Die noch lebenden Zeitzeugen werden immer weniger, das persönliche Zeugnis wird immer mehr in medialer Form, d. h. durch Literatur, Film oder Hördokument etc., vermittelt. Dadurch erhalten kulturelle Erinnerung und kollektives Gedächtnis zunehmend Gewicht. Gedenkstätten, ursprünglich Orte der Trauer, sind zu „Lernorten“ einer selbstständigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geworden, insbesondere dort, wo sie durch Dauer- ausstellungen zu zeithistorischen Museen gestaltet wurden. Mittels einer Realbegegnung am authentischen Ort lassen sich konkrete Taten, Verbrechen und Leid besser vergegenwärtigen als dies in allzu abstrakten Unterrichtsformen und anderen Methoden der Fall ist. Das größere Maß an Unmittelbarkeit ermöglicht eine Verknüpfung sinnlicher Wahrnehmung und kognitiver Durchdringung der vorgefundenen Realität. Wenn der Gedenkstättenbesuch Ausgangspunkt einer diskursiven Vergegenwärtigung und reflexiven Bewältigung der Zeitgeschichte dient, erleichtert dies die differenzierte Auseinandersetzung mit politisch-historischen Grundfragen und die Stärkung humaner Wertorientierungen.

Ein Blick auf die Gedenkstätten zur Erinnerung an die beiden Diktaturen in Deutschland im 20. Jahrhundert in Landsträgerschaft Sachsen-Anhalts zeigt, dass ein universeller Ansatz für die schulische Bildungsarbeit seine Grenzen hat. Dennoch bewirkt der angenommene „antitotalitäre Konsens“ unserer Gesellschaft die Verklammerung der in ihrer spezifischen Geschichte sehr unterschiedlichen Orte, deren historische Kontexte weder gleichgesetzt noch nivelliert werden sollten. Während die KZ-Gedenkstätte Lichtenburg den Blick auf den nationalsozialistischen Terror nach der Machtübernahme 1933 und das Schicksal weiblicher KZ-Häftlinge lenkt, ist der authentische Ort der „Euthanasie“-Tötungsanstalt Bernburg aus-

schließlich mit der Geschichte des Krankenkamordes im NS-Staat nach Beginn des Zweiten Weltkrieges verbunden. Wie kein zweiter Ort in Sachsen-Anhalt steht die KZ-Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge wiederum stellvertretend für das Gedenken an die Sklavenarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft, auch an die jüdischer Häftlinge. Die Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle, Zuchthaus und Hinrichtungsgefängnis vor 1945, Haftanstalt der DDR bis in die jüngste Zeit, ist ein Ort mit mehrschichtiger Vergangenheit. In zwei Diktaturen wurde Menschen hinter den Hallenser Gefängnismauern Unrecht zugefügt. Ein Besuch dieser Gedenkstätte kann u. U. durch den Vergleich den Blick für eine Einordnung kommunistischen Unrechts schärfen. Unrechtsgeschichte der SED-Diktatur wird in den Gedenkstätten „Moritzplatz“ in Magdeburg und der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn dokumentiert, die einerseits die Repressionsformen des Ministeriums für Staatssicherheit dokumentieren, andererseits den Blick auf das unmenschliche DDR-Grenzregime und die Geschichte der deutschen Teilung lenken.

Diese Themenübersicht zeigt bereits, dass eine Einlassung auf den historischen Ort eine je spezifische Vorbereitung und curriculare Einbindung im Rahmen des Geschichtsunterrichts (oder anderer relevanter Fächer) zum Nationalsozialismus und zur DDR-Geschichte verlangt. Aus der historischen Auseinandersetzung können dann auch Gegenwartsbezüge, etwa die Befassung mit humanitären, menschen- und bürgerrechtlichen Fragen, entwickelt werden.

Die politisch-historische Vermittlung kann sich dabei nicht allein auf die Gedenkstätte und die Opfer beschränken, gilt es doch, sich gleichermaßen mit den Täterbiographien und den politischen Systemen auseinanderzusetzen, etwa auch die Integrationsangebote sowie die Faszination, die von Diktaturen ausgehen, kritisch zu reflektieren.

Der Besuch einer Gedenkstätte kann die unterschiedliche Behandlung der historischen Inhalte der Diktaturgeschichte im Unterricht nicht ersetzen. Er muss vielmehr integrativer Bestandteil pädagogischer Bemühungen auf diesem Gebiet sein und stellt letztlich hohe fachliche Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer.

Nach jahrelangen Erfahrungen haben sich in der Gedenkstättenpädagogik in Deutschland

inzwischen Standards herausgebildet, die Pädagogen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit konstruktiv aufgreifen können.

Vor Ort werden die Schülerinnen und Schüler mit schlimmen, kaum fassbaren Tatsachen wie Folter, Hinrichtungen, Massenmord und Tod konfrontiert, nicht selten zum ersten Mal in ihrem Leben. Die starke emotionale Wirkung, die durch diese Konfrontation ausgelöst wird, sollte nicht unterschätzt werden. Angesichts eines Überwältigungsverbotes in der politischen Bildungsarbeit ist ein produktiver und sensibler Umgang mit derartigen emotionalen Zugängen gefordert. Gerade bei jungen Menschen muss der Auseinandersetzung mit den emotionalen Bestandteilen eines Gedenkstättenbesuches genügend Raum gelassen werden. Die Schockierung der Jugendlichen kann ebenso wenig Ziel historisch-politischer Bildung sein wie die bloße „Betroffenheit“. Empathie mit den Opfern trägt in diesem Kontext zwar durchaus zur Bildung einer moralischen Urteilsfähigkeit bei. Die kognitiven Zugänge im Sinne einer wissenschaftsgeleiteten Aufklärung über die konkrete Geschichte dürfen dahinter indes nicht zurücktreten.

Es ist nicht die vordergründige Mahnung, auch nicht die Vermittlung eines doktrinären Geschichtsbildes, welches im Mittelpunkt eines Gedenkstättenbesuches steht. Eine offene Urteilsbildung von Schülerinnen und Schülern kann vor allem dann erreicht werden, wenn diese durch den Geschichtsunterricht inhaltlich gut vorbereitet eine Gedenkstätte aufsuchen (und auch Zeit für eine Nachbereitung bleibt). Es empfiehlt sich, das Gedenken im Sinne einer Trauer über die Opfer an dem Gedenkort von der eigentlichen historisch-politischen Bildung zu trennen. Dennoch an den Orten des Gedenkens die notwendige Pietät zu wahren, stellt für pädagogische Betreuer und Gedenkstättenmitarbeiter gleichermaßen eine schwierige Belastungsprobe dar, zumal Schülerinnen und Schüler in der Pubertät ihre ethischen Wertmaßstäbe erst noch eruieren und mit den Würdeformen der Gedenkort nicht selten überfordert scheinen. Gerade den Nachgeborenen muss es zugestanden werden, starre ritualisierte Formen des Gedenkens zu verlassen, und die Mitarbeiter in Gedenkstätten sollten diesen Wandel in die Didaktik einbeziehen.

Eine altersgerechte Teilnehmerorientierung des Gedenkstättenbesuchs sollte die Erfah-

rungswelt von Schülerinnen und Schülern aufgreifen, in aller Offenheit Mediendiskussionen und aktuelle Kontroversen integrieren, eine Pluralität der Perspektiven zulassen und Fragen aufwerfen, die mit der eigenen Familienbiographie oder Lebenswirklichkeit zu tun haben, ohne indes in vorschnelle Analogiesetzungen zu verfallen. Gerade der biographische Ansatz, die Befassung mit konkreten Opfer- (und Täter-)schicksalen und deren Verknüpfung mit allgemeiner historischer Aufklärung, hat sich in der Gedenkstättenpraxis bewährt. Spezifische Zielgruppenarbeit – abhängig von bestimmten berufsbildenden Schultypen zur Vorbereitung auf Dienstleistungs- und Verwaltungsberufe – ermöglichen, individuelle Handlungsspielräume am Beispiel bestimmter Berufsgruppen in einer Diktatur auszuloten. Anhand der historischen Lehrbeispiele, wozu eine moderne Bürokratie in der Lage ist, lässt sich so auch eigenes Handeln im demokratischen Rechtsstaat überprüfen. Bestimmte Verbrechen entziehen sich angesichts ihres unvorstellbaren Ausmaßes herkömmlicher Geschichtsaaneignung.

Die Gedenkstätten haben zumindest teilweise – je nach personeller und materieller Ausstattung – ihre Angebote auf die Bedürfnisse einer dergestaltigen Bildungsarbeit ausgerichtet. Das vor Ort gesammelte Wissen, das in Form von aufbereiteten Archivalien, Führungsangeboten und Zeitzeugengesprächen abrufbar ist, kann über ein selbstorganisiertes offenes Lernen und Forschen – etwa in Kleingruppenarbeit – biographisch oder sachthematisch erschlossen werden. Methodenvielfalt, Kontroversität und Multiperspektivität bilden den Ausgangspunkt für die Aneignung einer entwicklungsfähigen Urteilsfähigkeit. Eine besonders effektive, da auf Aktion zielende Form der Auseinandersetzung mit den Gedenkstätten ist die Veranstaltung ganzer Projektstage im Rahmen schulischer Bildung. Mehrtägige workcamp-Projekte in Kooperation mit außerschulischen Bildungsträgern sprengen in der Regel den Rahmen des Lehrplans im Fach Geschichte.

Ein allgemeinverbindliches Vademecum für eine moderne Gedenkstättenpädagogik kann es nicht geben. Gedenkstättenbesuche sind stets mehr als nur die Aneignung historischen Wissens. Ihr Einsatz sollte in Abhängigkeit von der Disposition der Lernenden und der Situation der Pädagogen und der jeweiligen Gedenkstätte vor Ort flexibel gehandhabt werden.

## Gedenkstätten sind Zeugen der Geschichte

Juliane Specht und Antje Kreuzmann



Denkmal für die aus Magdeburg zur Vernichtung deportierten Sinti und Roma

Gedenkstätten, was sind das überhaupt? Diese Frage lässt sich nicht in einem Satz beantworten. Es gibt viele verschiedene Arten von Gedenkstätten, die jeweils etwas anderes aussagen. Jedoch verkörpert jede von ihnen einen Teil wichtiger Geschichte. Sie besitzen sowohl einen lehrhaften als auch meist mahnenden Charakter und sollten zum Nachdenken anregen.

Wir persönlich haben unsere ersten Erfahrungen mit dem Besuch von Gedenkstätten durch unsere Eltern und die Schule gemacht. Manche von ihnen fanden wir sehr interessant, bei anderen dagegen überwog dann doch etwas die Langeweile. Das Interesse richtet sich auch sehr stark danach, über welchen Teil der Geschichte etwas ausgesagt werden soll und wie diese Mahnung übermittelt wird. Unserer Meinung nach sollten Gedenkstätten noch stärker Jugendliche ansprechen, da es sehr wichtig ist, sich mit Geschichte auseinander zu setzen, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Durch den Besuch von Konzentrationslagern und anderen Gedenkstätten wurde uns dann

oft der Lehrstoff aus den Geschichtsbüchern näher gebracht. Wir haben zum Beispiel mit unserer Schulklasse im Rahmen einer Geschichtshausarbeit die Psychiatrische Anstalt Bernburg besucht. Diese Hausarbeit beschäftigte sich mit dem Thema „Euthanasie im Dritten Reich“. Da wir uns nicht nur theoretische Fakten aus Fachbüchern aneignen wollten, besuchten wir die Gedenkstätte in Bernburg. Vor Ort konnten wir uns dann viel stärker in die Thematik hineinversetzen, als wir die Räume sahen, wo vor über fünfzig Jahren so grausame Verbrechen an unschuldigen und kranken Menschen verübt worden waren. Diese Gedenkstätte hat bei der gesamten Klasse einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Wir waren alle sehr betroffen, nachdem wir diese Räume besichtigt hatten. Die Anstalt in Bernburg hat uns auch noch beschäftigt, als wir bereits wieder zu Hause waren, da sie heute noch als psychiatrische Klinik genutzt wird. Wir wurden dort gleichzeitig mit der Vergangenheit und Gegenwart konfrontiert, was dazu führte, dass die Verbrechen der Vergangenheit sehr viel stärker und grausamer auf uns

wirkten, als bei einer Gedenkstätte, die nur Zeuge von der Vergangenheit ist. Wenn man diese Räume persönlich besichtigt, spürt man förmlich, wie greifbar und nah Geschichte ist. Wir hatten uns allerdings schon im Vorfeld mit diesem Thema befasst, so dass unser Wissen aus den Lehrbüchern nun noch plastischer wurde. Unserer Meinung nach helfen Gedenkstätten dabei, sich mit Geschichte auseinander zu setzen. Die Vergangenheit wird meist erst dadurch viel deutlicher, da man dort etwas über Geschichte lernt, was nicht in den Geschichtsbüchern steht. Man kann sich selbst einen Eindruck darüber machen, wie es damals wohl gewesen sein muss und welche Qualen die Menschen erlitten haben mussten.

Doch sind Gedenkstätten nicht immer nur Plätze, wo man Eintritt zahlen muss.\* Meistens sehen wir jeden Tag eine Gedenkstätte. Wir sind uns darüber nur nicht im klaren oder nehmen sie schon gar nicht mehr wahr, da wir sie täglich auf dem Weg zur Schule, Arbeit oder beim Einkaufsbummel sehen. Manchmal ist es nur ein einfacher Stein, den wir gar nicht mehr registrieren, da er alltäglich geworden ist. So erregen dann außergewöhnliche, von Künstlern angefertigte Denkmäler meist mehr das Interesse der Gesellschaft, da sie entweder positiv oder negativ auffallen. Aber nach und nach verliert man auch daran das Interesse, und sie gehören einfach dazu und hinterlassen später nur noch bei Besuchern einen Eindruck. Oft weiß man aber auch nicht, dass in der Vergangenheit an einem bestimmten Ort ein Verbrechen stattgefunden hat. Es wurde entweder vergessen oder ist absichtlich verschwiegen worden und deshalb in Vergessenheit geraten.

Allerdings glauben wir, dass das Interesse an Geschichte und somit auch an Denkmälern nachlässt, da jeder in der heutigen Gesellschaft meist nur mit seinen eigenen Problemen beschäftigt ist. Viele möchten sich dann in ihrer Freizeit nicht mehr mit negativen Dingen auseinander setzen.

Damit sich wieder mehr Jugendliche mit den Zeitzeugen unserer Geschichte beschäftigen, muss man Gedenkstätten auch attraktiv gestalten. Sie sollten Jugendliche ansprechen und nicht nur mit erhobenem Finger über die Fehler der Vergangenheit sprechen, denn dadurch verliert man oft die Lust am Besuch einer Gedenkstätte.

Wir glauben, dass es sehr wichtig ist, sich auch in Zukunft weiter mit der Vergangenheit aus-

einander zu setzen. Gedenkstätten bieten auch denjenigen die Möglichkeit, etwas über Geschichte zu lernen, die keine Geschichtsbücher lesen möchten. Man lernt an diesen Orten manchmal auch mehr über die Vergangenheit als aus Büchern. Sie können einen aber auch dazu anregen, sich nach ihrem Besuch noch stärker mit Hilfe von Büchern oder anderen Geschichtsmaterialien mit diesem Thema auseinander zusetzen.

Obwohl wir die Schule bereits abgeschlossen haben, ist das für uns kein Grund, keine Gedenkstätten oder Museen mehr zu besuchen. Denn so ein Besuch sollte nicht aus Pflichtgefühl, sondern aus persönlichem Interesse geschehen.

(Die Autorinnen errangen den ersten Platz für ihre Arbeit „Widerstand junger Liberaler an der Oberschule Genthin 1947-1949“ beim Schülerwettbewerb „Deutsche Geschichte“ um den Preis des Bundespräsidenten zum Thema „Aufbegehren, Handeln, Verändern. Protest in der Geschichte“, ausgerichtet von der Körber-Stiftung, Hamburg.)

\* Der Besuch von Gedenkstätten ist landesweit bis auf die Gedenkstätte Lichtenburg/Pretzin kostenlos.  
(Anm. d. Redaktion)



**ZUM GEDENKEN AN DIE VON  
1933 BIS 1945 VERFOLGTEN UND  
ERMORDETEN MAGDEBURGER  
SINTI UND ROMA •**

**SIE WURDEN OPFER DES  
VÖLKERMORDES IN AUSCHWITZ  
UND IN ANDEREN  
VERNICHTUNGSSTÄTTEN •**

## Gedenkstätten als Orte der politischen Bildung

Bernd Lüdke, Magdeburg

Kaum ein anderes Bundesland besitzt eine solche inhaltliche Pluralität an Gedenkstätten – sei es historischer Zufall, sei es gestaltende Absicht – wie Sachsen-Anhalt. Exemplarisch genannt seien hier:

- die Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg,
- die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge,
- die Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle,
- die Gedenkstätte Moritzplatz in Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945-1989 oder
- die Gedenkstätte für Deutsche Teilung in Marienborn.

Gedenkstätten als Orte der politischen Bildung haben die Möglichkeiten, authentischen Orten die Erinnerung an Opfer politischer Gewalt wachzuhalten. Ihre Aufgabe ist es, Operationsfeld zu schaffen, das Besucher motiviert, der Opfer zu gedenken und sich mit den Unrecht ermöglichenden Systemen auseinander zu setzen. Die Selbstdarstellung von Gedenkorten ist allein diesem Anliegen anzupassen und auf ihre gesellschafts-politische Verantwortung auszurichten.

Lokalitäten, Mitarbeiter und Organisatoren sind Mediatoren eines im Mittun der Besucher resultierenden Prozesses der politischen Bildung. Deshalb gilt für die Gedenkstättenarbeit das stringente Regelsystem der politischen Pädagogik und Andragogik, z. B. der „Beutelsbacher Konsens“, d. h. auch in der Gedenkstättenarbeit gilt das Überwältigungs- bzw. Instrumentalisierungsverbot und das Verbot der Indoktrination.

Es gilt auch das Gebot der Kontroversität, welches bedeutet, dass unterschiedliche Einstellungen und Auffassungen zur Gedenkarbeit und Erinnerungskultur ihren je eigenen Platz in Gedenkstätten haben.

Gedenkstättenarbeit ist der Versuch einer präventiven Brandverhütung, der Versuch, einer Wiederholung geschehenen Unrechtes entgegenzuwirken. Es geht um einen Lernprozess, der den die Würde des Menschen verletzenden Konsequenzen totalitär-diktatorischen Denkens bis hin zur Vernichtung und – bei aller inhaltlichen Unterschiedlichkeit – der jeder

totalitären Ideologie vorbeugt, die den demokratischen Rechtsstaat aufhebt.

Die Art und der Umfang des Zwanges in totalitären Systemen politisch Andersdenkende auf den „rechten Weg“ zu führen einen und differenzieren die verschiedenen totalitären Systeme zugleich. Gedenkstätten sind – in dieser Sicht – Orte des Lernens eben dieses Zusammenhanges, sind Orte der politischen Bildung.

Wir brauchen eine Präsentation der Gedenkstätten, die keine Hollywood-Inszenierung mit Geheimpolizei und NS-Schergen-Imitationen ist, aber einen realistischen Erlebnischarakter besitzt, der das Historische fassbar macht.

Nüchterne, unpersönliche Kommentare, keine Erlebnisidentifikation ermöglichende, architektonisch zwar korrekte, aber kalte Präsentation, sind kein Weg zum „Nachvollziehen“ der historischen Realitäten, für die die Gedenkstätten Zeugnis ablegen, sondern eher ein Hindernis zur persönlichen Auseinandersetzung der Besucher mit dem, für das die Gedenkstätte „steht“. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass gerade die immer jüngeren Besucher 10 Jahre nach dem Ende der DDR kaum noch für politische Bildung zu relativierende Erinnerungen haben, von Erinnerungen an die NS-Zeit ganz zu schweigen.

Die Landeszentrale hat im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Veranstaltungen, z. B. in der Gedenkstätte am Moritzplatz in Magdeburg und in der Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn, durchgeführt. Teilnehmende waren Multiplikatoren aus verschiedenen Bereichen und politisch Interessierte aus Sachsen-Anhalt, aber auch z. B. aus Niedersachsen. Kaum jemand kannte die Objekte, geschweige denn die Abläufe in ihnen. Wenn das in der jetzigen Generation leider oder schon der Fall ist, dann ist bei Jüngeren fast nichts oder kein Wissen darüber vorzusetzen.

Immer mehr ist das Fernsehen auch eine Schule der Aufnahme von Informationen. Die Gedenkstätten sollten solche mediale Transmissionstechniken für ihre Arbeit nutzen. Dazu reicht kein gutgemachter und -gemeinter Videofilm und keine Fotodokumentation, so nötig und sinnvoll diese einzusetzen sind.

Gedenkstätten müssen sich durch eine neue Präsentation wandeln, ihre Botschaft muss fassbar werden, muss durch Identifikation der Besucher mit den historischen Abläufen die Menschen zum Nachdenken initiieren, zum

Urteilen über das Unrechtsgeschehen motivieren und – wenn möglich – zum politischen Handeln provozieren. Mit ihren komplexen Aufgaben sind Gedenkstätten Medien der politischen Bildung, wenngleich nicht unberücksichtigt bleiben darf, dass sich an einigen Orten auch Gräber befinden.

Friedhöfe kann man im „Grünflächenamt“ einer Stadt akkurat verwalten. Eine Gedenkstätte bedarf der je neu zu setzenden Impulse einer teilnehmerorientierten, innovativen politischen Bildung durch Fachgremien und Institutionen der politischen Bildung des betroffenen Bun-

deslandes. Sie benötigt den jeweils neu zu vollziehenden Dialog zwischen Besuchern, inhaltlich und methodisch ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Gedenkstättenarbeit und in Theorie und Praxis versierten politischen Bildnern.

Diese Aufgaben zu initiieren, zu koordinieren und mit innovativen Impulsen je neu zu versehen ist auch Aufgabe einer Landeszentrale für politische Bildung als Dominanz vermeidendes, aber Prozesse der politischen Bildung steuerndes und ermöglichendes Dienstleistungsunternehmen.



## Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg



Anschrift:  
c/o Fachkrankenhaus  
für Psychiatrie und Neurologie  
Olga-Benario-Straße 16/18  
06406 Bernburg

Ansprechpartnerin: Dr. Ute Hoffmann

Tel./Fax: 0 34 71 - 31 98 16

E-Mail: [gst-bbg@rpm.mi.lsa-gw.lsa-net.de](mailto:gst-bbg@rpm.mi.lsa-gw.lsa-net.de)

Öffnungszeiten:

Di-Do 9 Uhr - 16 Uhr

Fr 9 Uhr - 12 Uhr

jeden 1. So im Monat 11 Uhr - 16 Uhr

sowie zusätzlich nach Vereinbarung, ausgenommen sind Feiertage.

Es wird gebeten, Gruppen mindestens vier Wochen vor dem gewünschten Besuchstermin anzumelden.

Der Besuch der Gedenkstätte ist kostenlos.

Verkehrsverbindungen:

Die Gedenkstätte befindet sich am Ortsausgang Richtung Halle. Der Weg dorthin ist ausgeschildert.

Bahnhof Bernburg: 25 min Fußweg

PKW: - Autobahn A 9: Abfahrt Dessau oder Zörbig, über Köthen  
- von Magdeburg: B 71  
- von Halle/S.: A 14, Abfahrt Könnern

### Geschichte:

Unter dem Begriff „Euthanasie“ wurde in der griechischen Antike die Erleichterung des Sterbeprozesses durch Schmerzlinderung und Zuspriechen verstanden, während er im heutigen Sprachgebrauch für aktive oder passive Sterbehilfe steht. In der Zeit des NS-Regimes diente dieser Begriff als Synonym für den Massenmord an kranken und behinderten Menschen durch Gas, durch Vergiften mit Medikamenten oder durch schrittweisen Entzug der Nahrung. Unter dem Mantel eines vorgeblichen Mitleides wurden sie „erlöst“, weil Behinderte den biologistischen Rassevorstellungen der Nationalsozialisten nicht entsprachen.

Die Kontinuitätslinien des Gedankengutes, die weder 1933 begannen noch 1945 endeten, lassen eine Beschränkung auf eine rein geschichtliche Betrachtung nicht zu, sondern sind untrennbar mit aktuellen Diskussionen um ethische Werte und Normen verbunden. „Euthanasie“ als tödliche Kulmination dieses Gedankengutes unter dem NS-Regime kennzeichnet einen der Tiefpunkte in der Achtung menschlichen Lebens. Obwohl eine Vielzahl der Täter aus den bekannten Vernichtungslagern ihre „Erfahrungen“ zuvor in der Ermordung von Kranken und Behinderten erworben hatten und die „Euthanasie“ damit einen zentralen Platz in der Entwicklung des industriell organisierten Massenmordes einnimmt, sind die „Euthanasie“-Verbrechen im gesellschaftlichen Bewusstsein bestenfalls ein Randthema. Das liegt vor allem daran, dass die Mehrzahl der Opfer sozialen Randgruppen angehörte, während auf der anderen Seite die Täter besonders renommierte Bereiche wie Medizin und Justiz vertraten.

Ein Teil der ehemaligen Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg war von 1940 bis 1941 eine der sechs zentralen „Euthanasie“-Anstalten im Dritten Reich, in denen insgesamt mehr als 70 000 kranke und behinderte Menschen durch Gas ermordet wurden. Der andere Teil fungierte weiter als therapierendes Krankenhaus für diejenigen, die schnell zu heilen waren und dadurch wieder Leistung erbringen konnten.

Im Oktober 1940 kam eine Gruppe von Handwerkern, um im ehemaligen Männerhaus II eine als Dushraum getarnte Gaskammer, einen Sektionsraum und ein Krematorium ein-

zurichten. Am 21. November 1940 traf der erste Transport mit 25 Patienten aus der Brandenburgischen Landesanstalt Neuruppin ein. Bis zum 24. August 1941 waren es 9 385 Kranke und Behinderte, die aus verschiedenen psychiatrischen Einrichtungen Nord- und Mitteldeutschlands nach Bernburg gebracht und ermordet wurden.

Ab August 1941 erfolgte die Tötung von kranken und behinderten Menschen dezentralisiert und reichsweit in fast einhundert psychiatrischen Anstalten durch Überdosierung von Medikamenten und/oder schrittweisen Entzug der Nahrung. Gleichzeitig vollzog sich in drei der „Euthanasie“-Anstalten ein weiterer Massenmord. Im Rahmen der „Sonderbehandlung 14 f 13“ starben KZ-Häftlinge in den drei Gaskammern, allein in Bernburg bis zum März 1943 etwa 5 000 Häftlinge aus den Konzentrationslagern Buchenwald, Flossenbürg, Groß-Rosen, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen. Es handelte sich überwiegend um jüdische Männer und Frauen.

Im Frühjahr 1943 wurde die „Euthanasie“-Anstalt Bernburg aufgelöst. Einige bauliche Spuren wie die Sektionstische wurden zum Teil erst nach Kriegsende beseitigt, andere Reste der Vernichtungsanlage - darunter die Gaskammer - blieben bis in die Gegenwart erhalten.

Den öffentlichen Blick etwas mehr auf die NS-„Euthanasie“-Verbrechen zu lenken, ist keine leichte Aufgabe. Voraussetzung ist die Sensibilisierung für die Behinderung als solche und die Verständigung über Begriffe wie Lebensqualität und soziales Umfeld, da sonst jede Annäherung an das Schicksal der Opfer ausgeschlossen ist. Ebenso wichtig wie die Frage nach den Opfern ist aber auch die nach den Tätern, ihrer Herkunft, ihrer Motivation, ihres weiteren Weges. Die Angebote der Gedenkstätte verstehen sich deshalb als Anregung, dieses Thema in den Unterricht einzubinden.

#### Einzelschicksale:

„Der Tötungsraum war unmittelbar unter uns“ - wie eine der Schreibkräfte die „Euthanasie“ in Bernburg erlebte

*Ich war vom 15. Juni bis 30. September 1941 in Bernburg. Ich war dienstverpflichtet worden. Im Gauhaus hatte man uns gesagt, es gehe gegen „asoziale Elemente“ ...*

*Die Tötungsanstalt war innerhalb der Landes-Heil- und Pflegeanstalt eingerichtet ... Zur*

*Euthanasieanstalt gehörten mehrere Gebäude. Die Büroräume, in denen die Trostbriefe geschrieben wurden, waren im Parterre. Nebenan waren die Untersuchungsräume. Die Kranken wurden bei ihrer Ankunft an unserer Zimmertür vorbeigeführt. Im Parterre war ein langer Gang. Der Tötungsraum war unmittelbar unter uns. Ich habe mir den Tötungsraum gelegentlich einmal angesehen. Alles wirkte sehr sauber.*

*Die Kranken kamen in Omnibussen an. Die Omnibusse sind auch einmal für uns für einen Betriebsausflug nach Thüringen benutzt worden. - Uns wurde gesagt, daß die Kranken bei der Ankunft nochmals den Ärzten vorgeführt würden. Daß die Patienten vergast wurden, wußten wir. Nach einer gewissen Zeit setzten Ventilatoren ein und saugten die Luft aus dem Vergasungsraum ab. Dann wußten wir, daß der Transport vergast worden war. Wir hatten Anweisung, dann die Fenster der über der Gaskammer liegenden Büroräume zu schließen. Die Stimmen der Kranken haben wir von unserem Zimmer aus gehört. Sie wurden manchmal von einer Schwester in barschem Ton aufgefordert, still zu sein, sonst bekämen sie eine Spritze.*

*Ein Sezierraum war auch da. Ich hörte, daß Kranke, die auf Grund ihrer Krankengeschichte medizinisch besonders interessant erschienen, mit einem Kreuz auf dem Rücken gekennzeichnet und später seziert wurden. Ich habe zweier oder dreimal gehört, daß unten von Kranken geklopft wurde. Vermutlich haben einige Kranke also doch Bescheid gewußt. Ich weiß ganz bestimmt, daß ich solche Geräusche gehört habe. Es war ein wiederholtes Pochen.*

aus: Klee, E. (Hg.): Dokumente zur „Euthanasie“; Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/Main 1985, S. 120-122

Auszug aus der Zeugenaussage Susanne S., medizintechnische Assistentin in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg, vor dem Landgericht Frankfurt/Main vom 05. 12. 1961

*Ich sah von meinem Zimmer aus - ich arbeite in der Nähe des Haupteingangs - wie nach der Errichtung dieser neuen Abteilung viele Omnibusse kamen. Mal waren es tagsüber vier Busse, zeitweilig kamen überhaupt keine. Diese Busse hatten schwarz verklebte Fenster, wieviel Personen dort ausstiegen, kann ich nicht sagen. Man hat schon einmal durch die Ritzen in den verklebten Fenstern Leute gesehen und auch schreien gehört. Ich habe dies*

aber nur dadurch gemerkt, weil mich ja auch einmal interessierte, was dauernd mit den Busen kam.

Ich kann heute nicht mehr sagen, bis zu welchem Zeitpunkt diese Busse kamen, auf jeden Fall hörte es mit dem Weggang der Gruppe Dr. Eberl auf. Wenn ich nach Zahlen der antransportierten Personen gefragt werde, so kann ich hierzu gar nichts sagen. Ich weiß auch nicht, wo diese Transporte herkamen. Ich weiß auch nicht, was das für Leute waren, die man nach Bernburg transportierte. Lediglich gerüch-teweise habe ich gehört, daß es sich um Juden, Häftlinge aus Konzentrationslagern und Insassen von Heilanstalten gehandelt haben soll. In diesen Gerüchten war aber, soweit ich mich erinnere, nie von Kindern die Rede.

Soweit ich mich erinnere, hat es in Bernburg bei meinem Eintreffen kein Krematorium in der Anstalt gegeben. Nach dem Weggang der Gruppe Dr. Eberl blieb dort ein Keller zurück, der als Gaskeller erwähnt wurde. Dieser Keller war mit Kacheln ausgestattet. Ob auch eine Verbrennungsanlage vorhanden war, kann ich heute mit Sicherheit weder bejahen noch verneinen. Wenn ich danach gefragt werde, so habe ich den Eindruck, als wenn sich in dem an den Gaskeller anschließenden Raum eine Ofenanlage befunden hat. Das ist aber alles sehr unsicher ...

Zentrale Stelle Ludwigsburg (ZSL), Ordner Sa-Sz

Auszug aus der Zeugenaussage Albert G., Verwaltungsangestellter in der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg, vor dem Landgericht Frankfurt/Main vom 21. 11. 1961

Ich bekam Anfang 1941, es wird im Februar bis April gewesen sein, ich meine jetzt, es ist spätestens März gewesen, von der Gauleitung Frankfurt/Main ein Schreiben und die Aufforderung, mich dort zu melden. Ich war Mitglied der NSDAP seit 1924 und Ehrenzeichenträger. In Frankfurt sagte man mir, ich sei für eine Stelle vorgesehen, die Tätigkeit sei geheim. Ich solle meinen Dienst in Bernburg an der Saale antreten. Dort würde ich auch nähere Anweisungen erhalten ... Ich fuhr mit noch einem Mann aus Frankfurt dorthin. Auf dem Bahnhof in Bernburg riefen wir dann wie angegeben eine Telefonnummer an und wurden mit einem Pkw abgeholt. Das Fahrziel war, wie ich später erfuhr, die Heil- und Pflegeanstalt ...

Dr. E. hat uns dann unterrichtet, über das was dort geschah. Wenn ich gefragt werde, über

was er denn unterrichtet hat, so kann ich das wie folgt sagen: Er fragte mich, ob ich Kleingärtner sei und als ich sagte, daß ich etwas davon verstehe, meinte er, ich wisse doch dann auch, daß das Unkraut vernichtet werden müsse. Gleiches geschehe bei ihnen, Lebensunwerte sollten verschwinden. Man hat dann Herrn St. und mich herumgeführt und die ganze Anstalt gezeigt. Dabei bekamen wir auch den Gasraum zu sehen, in dem die Kranken vergast wurden. Die erste Vergasung, die stattfand, als wir ankamen, mussten wir mit ansehen. Die Leute waren schon in dem Raum drin und wir haben durch eine kleine Scheibe hineingesehen. Der Vorgang des Einschläfern dauerte nicht sehr lange. Ich bin überfragt, wenn ich eine Zeit angeben soll. Ich kann das nur schätzen und möchte meinen, es waren 5 Minuten. Was für Gas durch die Düsen in den Gasraum, der als Baderaum gestaltet war, kam, und ob es überhaupt dorthin kam, und was es für Gas war und wer es hereinliess, kann ich heute nicht mehr sagen. Ich bin falsch verstanden worden ...

ZSL, Ordner Ga-Go

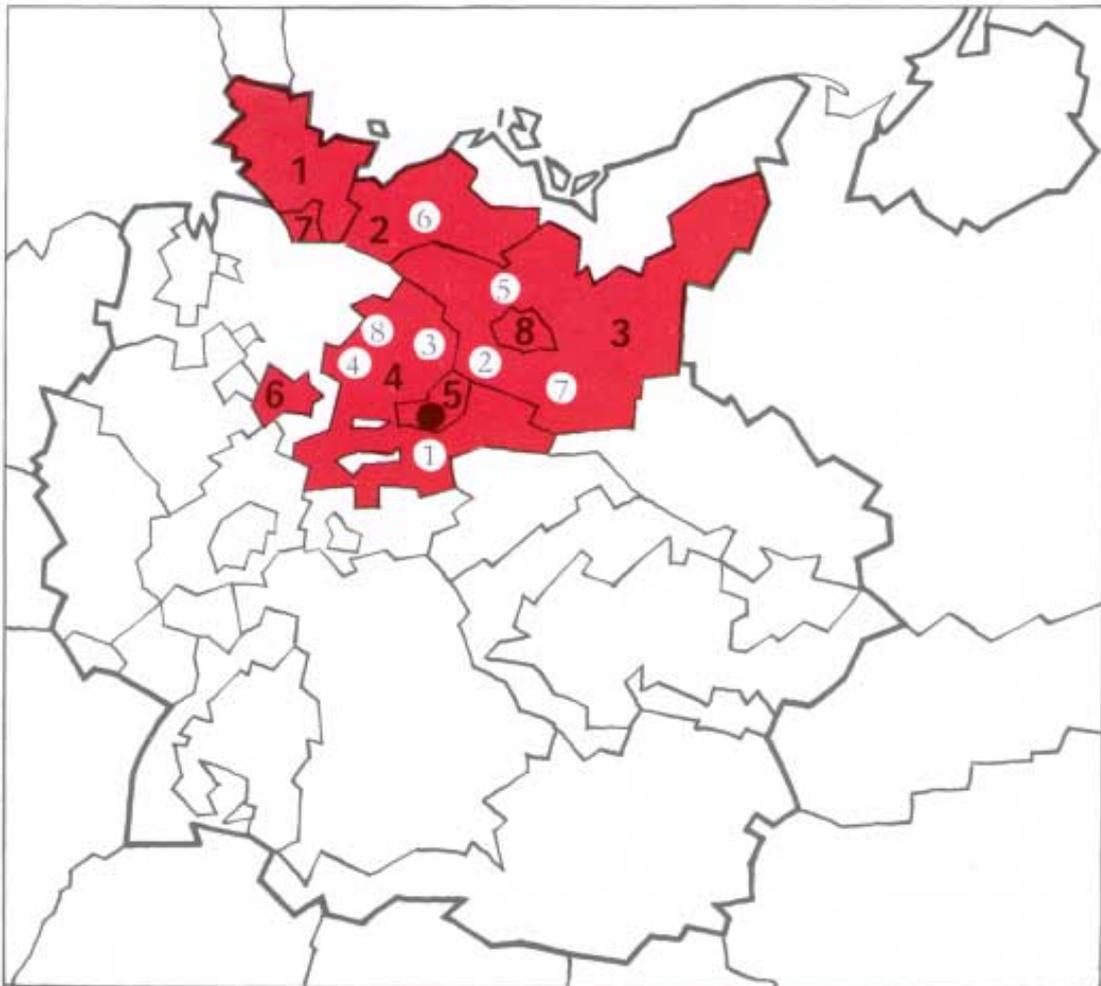
Auszug aus einem Brief von Dr. Friedrich Mennecke an seine Frau vom 25. 11. 1941 über die Tätigkeit der Ärztekommisionen in den Konzentrationslagern im Rahmen der „Sonderbehandlung 14 f 13“

Der erste Arbeitstag in Buchenwald ist beendet ... Zunächst gab es noch ca. 40 Bögen fertig auszufüllen von einer 1. Portion Arier, an der schon die beiden anderen Kollegen gestern gearbeitet hatten ... Anschließend erfolgte dann die „Untersuchung“ der Pat., d. h. eine Vorstellung der einzelnen u. Vergleich der aus den Akten entnommenen Eintragungen. Hiermit wurden wir bis Mittag nicht fertig, denn die beiden Kollegen haben gestern nur theoretisch gearbeitet, so daß ich diejenigen „nachuntersuchte“, die Schmalenbach (u. ich selbst heute morgen) vorbereitet hatte u. Müller die seinen. 12.00 h machten wir erst Mittagspause u. aßen im Führer-Kasino (1a! Suppe, gekochtes Rindfleisch, Rotkohl, Salzkartoffeln, Apfelkompott - zu 1,50 Mk!) keine Marken. Bei der Bekanntmachung mit all den vielen SS-Führern stellte ich auch den U.-Sturmführer fest, der im Dezbr. 1940 Adjutant im Lager Hinzert war. Auch er erkannte mich sofort, erkundigte sich, auch nach Deinem Wohlergehen. - Um 13.30 h fingen wir wieder an zu untersuchen,

aber bald kam die Rede von Ribbentrop, die wir uns erst anhörten. Er hat sehr viel Schönes gesagt, hast Du die Rede auch gehört? Danach untersuchten wir noch bis gegen 16.00 h u. zwar ich 105 Pat., Müller 78 Pat., so daß also damit endgültig als 1. Rate 183 Bögen fertig waren. Als 2. Portion folgten nun insgesamt 1 200 Juden, die sämtlich nicht erst „untersucht“ werden, sondern bei denen es genügt, die Verhaftungsgründe (oft sehr umfangreich!) aus der Akte zu entnehmen u. auf die Bögen zu übertragen. Es ist also eine rein theoreti-

sche Arbeit, die uns bis Montag einschließlich ganz bestimmt in Anspruch nimmt, vielleicht sogar noch länger. Von dieser zweiten Portion (Juden) haben wir dann heute noch gemacht: ich 17, Müller 15. Punkt 17.00 h „warfen wir die Kelle weg“ und gingen zum Abend-Essen: kalte Platte Cervelatwurst (9 große Scheiben), Butter, Brot, Portion Kaffee!

aus: Mennecke, F.: Innenansichten eines medizinischen Täters im Nationalsozialismus. Eine Edition seiner Briefe 1935-1947, Bd. 1; Institut für Sozialforschung Hamburg (Hg.), 1988, S. 243-244



Einzugsgebiet der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg

- 1 Provinz Schleswig-Holstein
- 2 Land Mecklenburg
- 3 Provinz Brandenburg
- 4 Provinz Sachsen
- 5 Land Anhalt
- 6 Land Braunschweig
- 7 Hamburg
- 8 Berlin
- Bernburg

#### ZWISCHENANSTALTEN

- 1 Altscherbitz
- 2 Brandenburg/Görden
- 3 Jerichow
- 4 Königslutter
- 5 Neuruppin
- 6 Sachsenberg
- 7 Teubitz
- 8 Uchtspringe

Bildungsangebote:

A. Rundgang durch die Kellerräume des ehemaligen Männerhauses II (Tötungseinrichtung der „Euthanasie“-Anstalt)

1. Führung durch die Gedenkstätte/Ausstellungsbereich

(Dauer: 45 min)

2. Einführung in die Thematik NS-„Euthanasie“ mit anschließender Führung

(Dauer: 60-90 min)

B. Seminare zu folgenden Themen:

(Dauer: nach Vereinbarung)

1. Propaganda im Nationalsozialismus

2. Jugend im Nationalsozialismus - zum Alltag in Elternhaus, Schule und Ausbildung

3. Die Geschichte der Rassenhygiene bis 1933

4. Die Ideengeschichte der Zwangssterilisation und „Euthanasie“ bis 1933 und ihre Umsetzung unter dem NS-Regime

5. Die NS-„Euthanasie“ am Beispiel der Tötungsanstalt Bernburg

6. Die Täter/innen der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg

7. Die Diskussion um die Sterbehilfe in Vergangenheit und Gegenwart

C. Projekttage

(Dauer: nach Vereinbarung)

zu allen Themen wie unter B angegeben und:

1. Bernburg in der Zeit des Nationalsozialismus - Junkerswerke, KZ-Außenlager Leau und „Euthanasie“-Anstalt

2. Jugend im Nationalsozialismus - zwischen Hitlerjugend und KZ

3. „... dass das Unkraut vernichtet werden müsse ...“ - der Massenmord an Kranken und Behinderten durch das NS-Regime am Beispiel der Anstalt Bernburg

4. „Ich habe damals nur den Dienst gesehen ...“ - zur Rolle des Pflegepersonals in den NS-„Euthanasie“-Anstalten am Beispiel Bernburgs

D. Vermittlung und Moderation von Gesprächsrunden mit Zeitzeugen

(Dauer: 60-90 min)

## E. Allgemeine Bildungsangebote

In der Gedenkstätte finden in unregelmäßigen Abständen auch Seminare zu weiteren speziellen Themen, Lesungen und andere Veranstaltungen statt. Der jährliche Veranstaltungskalender wird auf Anfrage zugesandt und ist über das Internet abzurufen.

Literatur:

Hoffmann, U.: Todesursache „Angina“. Zwangssterilisation und „Euthanasie“ in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg, Reihe „Gedenkstätten- und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt“, Heft 1; Ministerium d. Innern (Hg.), Magdeburg 1996

Hoffmann, U. / Schulze, D.: „... wird heute in eine andere Anstalt verlegt“. Nationalsozialistische Zwangssterilisation und „Euthanasie“ in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg - eine Dokumentation; Regierungspräsidium Dessau (Hg.), 1997

Schulze, D.: „Euthanasie“ in Bernburg. Die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg/Anhaltische Nervenklinik in der Zeit des Nationalsozialismus; Verlag Die blaue Eule, Essen 1999



Gaskammer der „Euthanasie“-Anstalt

### Organisation der Anstalt Bernburg

Zum Einzugsgebiet der Anstalt Bernburg gehören folgende Provinzen und Länder:

Provinz Sachsen, ( Reg. Bez. in Magdeburg, Merseburg und Erfurt)

Land Anhalt,

Provinz Brandenburg,

Land Braunschweig,

Reichshauptstadt Berlin,

Land Mecklenburg,

Hansestadt Hamburg,

Provinz Schleswig-Holstein

#### Zwischenanstalten der Anstalt Bernburg:

In der Provinz Brandenburg: Landesanstalt Teupitz und Landesanstalt Görden bei Brandenburg.

Provinz Sachsen: Landesanstalt Jerichow, Landesanstalt Uchtspringe und Landesanstalt Alt-Scherbitz, Post Schkeuditz.

Land Braunschweig: Landesanstalt Königslutter.

#### Frühere Zwischenanstalten außerdem noch:

Landesanstalt Neuruppin und Wittstock / Dosse (beide in Brandenburg) - wurden aufgelassen, weil zu weit von Bernburg entfernt.

Die Anstaltsleiter dieser Anstalten sind sämtl. eingeweiht. Außerdem ist der Leiter der Anstalt Eberswalde eingeweiht, da er früher die Landesanstalt Teupitz leitete und während unserer Aktion nach Eberswalde versetzt wurde.

Von den Provinz- und Länderverwaltungen sind folgende Herren eingeweiht:

Provinz Sachsen: Landeshauptmann Otto  
Sachbearbeiter Münzel, Merseburg/Sa.  
Oberaltenburg 4

Provinz Brandenburg: Landeshauptmann v. Arnim, Landesmedizinalrat Dr. Baumann und Amtmann Stüwert,  
Potsdam, Alte Zauche 67

# Transport-Liste Nr. 100

161

Abgabe-Anstalt: Neuruppin

durchgeführt am 30. Juni 1941 '65

Gld. Nr.	Name und Vorname	I-Nr.	K-Nr.	Geburtsort und -tag
1	B...., Anna	E	.	Eichstättwalde 22.4.1888
2	B....., Vera geb. S.....	B	.	Gautsch 21.5.1906
3	B...., Anna	B	.	Seiferdau 24.1.96
4	H....., Bergliot	B	.	Ostrowo 21.2.01
5	H....., Anna	B	.	Schloppe 22.3.85
6	H....., Erna	B	.	Havelberg 10.8.08
7	J....., Anna	B	.	Berlin 12.7.87
8	L....., Emma geb. G.....	B	.	Berlin 13.9.87
9	L....., Margarete	B	.	Ein-Niederschöneweide 7.5.07
10	M....., Lina	D	.	Berlin 19.10.07
11	H....., Bronislawa	B	.	Ostrosnitz 29.12.07
12	P...., Ilse <i>mitl.</i>	B	.	Strassenhof 17.3.18
13	P...., Anna	B	.	Berlin 10.12.87
14	P....., Else	B	.	Berlin 17.8.91
15	R....., Marg. geb. A.....	B	.	Zesackerick 29.9.85
16	R....., Luise	B	.	Lodersleben 30.3.96
17	S....., Klara geb. A....	B	.	Zeulerode 15.7.11
18	T....., Frieda	B	.	Gr. Welle 14.7.95
19	A....., Walter	B	.	Dannevalde 14.2.11
20	B....., Hermann	B	.	Költchen 6.8.85.
21	B....., Erich	B	.	Berlin 20.12.87
22	B....., Franz	B	.	Sacro 25.7.89
23	B....., Ernst	B	.	Fehrbellin 6.11.83
24	B....., Wilhelm	B	.	Herzprung 20.11.80
25	B....., Erwin	B	.	Berlin 7.4.86
26	D....., Kurt	B	.	Klettwitz 25.9.12
27	D....., Edmund	B	.	Berlin 6.10.85
28	E....., Erich	B	.	Landsberg 23.8.06
29	E....., Gerhard	B	.	Fürstenwalde 4.8.17
30	F....., Hermann	B	.	Berlin 10.3.76
31	G....., Fritz	B	.	Berlin 8.6.02
32	G....., Otto	B	.	Verchen 24.8.87

## Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge



### Postanschrift:

c/o Landratsamt  
Friedrich-Ebert-Straße 42  
38820 Halberstadt

### Ansprechpartnerin:

Ellen Fauser und Gesine Daifi

Tel./Fax: 0 39 41 - 3 02 48

### Öffnungszeiten:

Mo-Fr 8 - 16 Uhr

Sa, So u. Feiertage

1. April - 30. September 14 - 17 Uhr

1. Oktober - 31. März 14 - 16 Uhr

Der Besuch der Gedenkstätte ist kostenlos.

### Verkehrsverbindungen:

PKW: auf der B 81 über Langenstein;  
auf der B 79 über Halberstadt und Langenstein

Bahn: Bahnhof Langenstein, 5 km Fußweg

Bus: Haltestelle Wilhelm/Langenstein, 6 km Fußweg;  
Haltestelle Langenstein-Rathaus, 3 km Fußweg

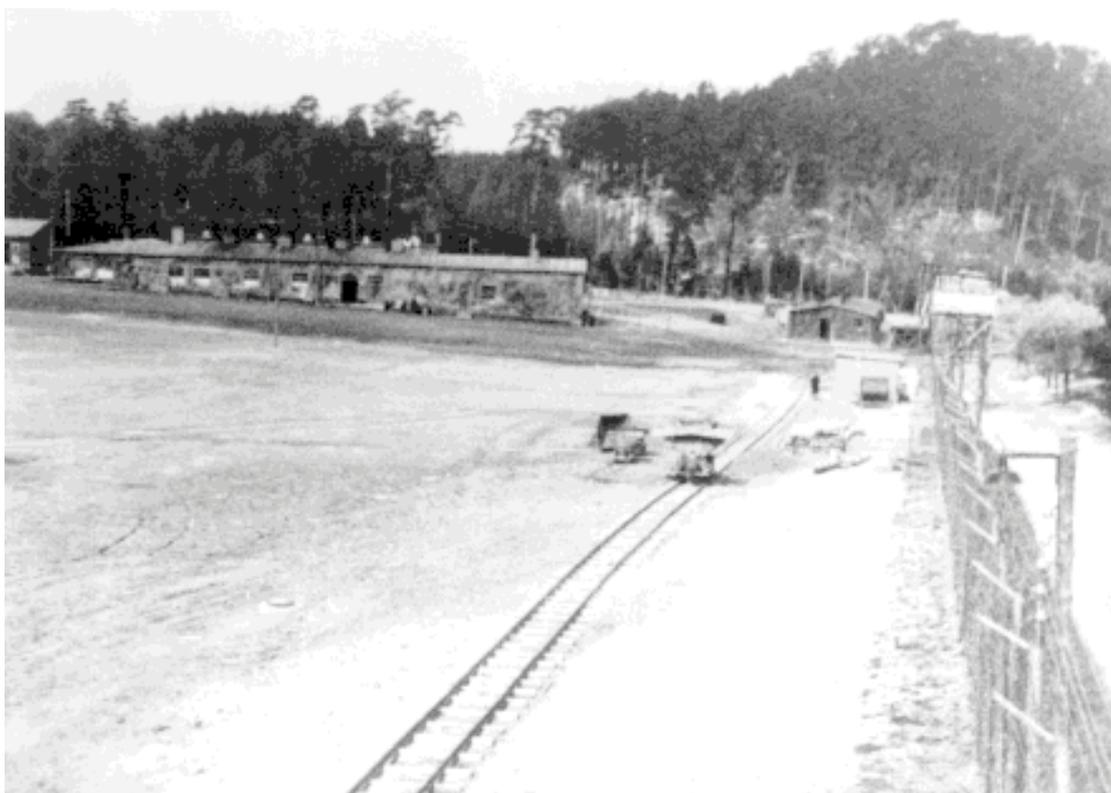
### Geschichte:

1943 / Anfang 1944 war der II. Weltkrieg für das Deutsche Reich bereits verloren. Trotzdem verstärkte der NS-Staat die unterirdische Verlagerung der Rüstungsproduktion.

Ende Februar / Anfang März 1944 erfolgte die Gründung des „Jägerstabes“. Diese Gruppe aus Industriellen und Mitarbeitern des Reichsluftfahrtministeriums sowie des Rüstungsministeriums sollte als eigenständige zentrale Institution den Wiederaufbau der zerschlagenen Luftfahrtindustrie, die Dezentralisierung der wichtigsten Betriebe und die Untertageverlagerung der besonders bedeutenden Produktionen in Angriff nehmen.

Im März 1944 wurde der Chef der Bauabteilung des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes (WVHA), SS-Gruppenführer Dr. Hans Kammler, in den „Jägerstab“ berufen und damit die SS auch in zentrale rüstungswirtschaftliche Entscheidungen einbezogen.

In den Thekenbergen zwischen Langenstein und Halberstadt plante der „Jägerstab“ ein 13 km langes Tunnelsystem u. a. für die unterirdische Produktion von Bauteilen eines Turbinenriebwerkes (Junkers-Flugzeug- und Motorenwerke). Das Projekt bekam den Decknamen „Malachit“. Das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion übertrug die Realisierung des Projektes „Malachit“ (B II)



Teil des ehemaligen Lagergeländes (18.4.1945)

dem SS-WVHA, Abteilung „Besondere Aufgaben“. Die Bauleitung oblag dem Baustab B2 der Waffen-SS unter Leitung des SS-Obersturmführers Wilhelm Lübeck, der das Architekturbüro Heese, Berlin, für die auszuführenden Arbeiten anwies. Hauptauftragnehmer waren die Hermann-Göring-Werke, Salzgitter, für den Ausbruch des Stollens und die Firma Grün & Bilfinger, Magdeburg, für den Abtransport und Einbau des Materials in einer Kippe, alle Transporte des Bauvorhabens, Herstellung eines Teils der Innenverkleidung. Für die Ausführung der Arbeiten waren KZ-Häftlinge eingeplant. In einem kleinen Tal - etwa 1,5 km von den Thekenbergen entfernt - sollte ein KZ-Außenlager zur Unterbringung dieser billigen Arbeitskräfte aus ganz Europa entstehen.

Am 21. April 1944 trafen die ersten 18 Häftlinge auf dem Bahnhof in Langenstein ein. Der erste Unterbringungsort für die Gefangenen war eine beliebte Ausflugsgaststätte am Fuße der Thekenberge („Landhaus am Gläsernen Mönch“) in der Nähe des Ortes Langenstein.

Bis Ende Mai 1944 kamen in kurzen Abständen weitere Häftlingstransporte an. Eine Feldscheune am Ortsausgang Langensteins wurde zu einer weiteren Häftlingsunterkunft. Das Lager umfasste jetzt bereits 820 Gefangene.

Die Mehrzahl der Häftlinge musste von Anfang an am Bau des Stollensystems und der Herstellung einer entsprechenden Infrastruktur arbeiten, einige andere das Häftlingslager und die Unterkünfte der SS-Wachmannschaften in Langenstein-Zwieberge aufbauen.

Der Bau des Stollensystems erfolgte fast nur im 12-Stunden-Schichtbetrieb. Dabei hatten die völlig unzureichend gekleideten, unterernährten und häufig unter Krankheiten leidenden Häftlinge Schwerstarbeit zu verrichten. Die Ausbeutung der letzten Lebensreserven der Menschen führte zur „Vernichtung durch Arbeit“. Zahlreiche Arbeitsunfälle hatten die Verstümmelung des betroffenen Häftlings oder sogar dessen Tod zur Folge.

Am 1. Juli 1944 war der Aufbau des Häftlingslagers offiziell abgeschlossen. Im Gegensatz zu den SS-Unterkünften und -Verwaltungsbaracken standen die Häftlingsbaracken erst im Rohbau.

Immer wieder versuchten Häftlinge, den unmenschlichen Bedingungen durch Flucht zu entkommen. Doch Haarschnitt, Kleidung und vor allem die fremde Sprache verriet die Herkunft der Geflohenen sehr schnell. Kaum jemandem gelang die Flucht. Ein Häftling, dessen Fluchtversuch scheiterte, war zum Tode verurteilt. Nach qualvollen Verhören, die meis-

tens im Polizeigefängnis Halberstadt erfolgten, richtete die SS den Aufgegriffenen hin. In der „Landhauszeit“ diente ein nahegelegener Schießstand als Richtstätte. Nach Fertigstellung des Lagers erhängte man die Häftlinge an einer Kiefer.



Todeskiefer (1968)

Alle toten Häftlinge wurden im städtischen Krematorium der Nachbarstadt Quedlinburg verbrannt. Ihre Asche brachte man anfangs nach Buchenwald zurück, später verscharrte man sie gleich auf dem Quedlinburger Friedhof, nur wenige Meter vom Krematorium entfernt.

Im Februar 1945 erreichten die letzten Häftlingstransporte Langenstein-Zwieberge, darunter erstmals große Gruppen jüdischer Häftlinge. Die Zahl der Gefangenen stieg auf 5 160. Damit war das für 2 000 Häftlinge geplante Lager völlig überfüllt. Die Lage der Häftlinge verschlechterte sich rapide.

Im März 1945 starben bereits täglich im Durchschnitt 22 Gefangene.

Das Massengrab auf dem Friedhof Quedlinburg umfasste inzwischen die Asche von 912 KZ-Häftlingen, weitere vier Massengräber entstanden in der Nähe des Lagergeländes.

Am 5. April 1945 befahl der Oberkommandierende des Lagers, SS-Hauptsturmführer Wilhelm Hoffmann, den Abbruch sämtlicher Arbeiten.

Ein Tunnelsystem mit

- 67 Fertigungsstollen (je 87 x 6,4 m),
- Versorgungsstollen mit 6 Eingängen,
- 7 Schächten zur Belüftung,
- 5 Brunnen,
- einem Graben unter dem Hauptstollen zur Belüftung und zur Ableitung der Abwässer durch Tonrohre und einem Verladebahnhof waren entstanden.

Am 9. April 1945 begann ein Todesmarsch für 3 000 Häftlinge des Lagers Langenstein-Zwieberge. Die SS trieb sie in sechs Gruppen auf mehreren Routen über Quedlinburg, durch die Umgebung von Aschersleben, Köthen, Bitterfeld, Prettin, Wittenberg bis in die Nähe von Buro und Zieko bei Coswig. Eine kleine Gruppe musste noch weiter bis in den Raum Magdeburg hinein gehen, den über 320 km langen Marsch überlebten nur etwa 500 der Gefangenen.

Am 11. April 1945 befreiten amerikanische Truppen (399. Bataillon der 8. Armored Division und 83. Infantry) die im Lager zurückgelassenen 1 400 schwerkranken Häftlinge. Sie beorderten Langensteiner Bürger zum Beerdigen der inzwischen verstorbenen Häftlinge in einem weiteren Massengrab („Südliches Massengrab“).

Die Befreier brachten die Überlebenden zunächst in ein amerikanisches Feldlazarett nach Halberstadt und in das St. Salvator-Krankenhaus Halberstadt.

Die Nationalsozialisten pferchten Menschen aus 23 Ländern mit 38 Nationalitäten im Alter von 13 bis 70 Jahren in Langenstein-Zwieberge ein und zwangen sie zu unmenschlicher Arbeit. Fast 70 Prozent von ihnen starben. Die überlebenden Häftlinge waren für den Rest ihres Lebens von den Qualen in Langenstein-Zwieberge gezeichnet.

#### Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

Die Einweihung eines Mahnmals an den Massengräbern des Lagers fand am 11. September 1949 statt. Auch die ehemalige Hinrichtungsstätte des Lagers, die „Todeskiefer“, und das „Südliche Massengrab“ wurden mit Gedenktafeln gekennzeichnet. Das Stollensystems bezog man nicht in die Gedenkstätte mit ein.

Von 1966-1969 fand eine Umgestaltung der Gedenkstätte statt. Eine starke Vergrößerung der Mahmalanlage hatte die Überbauung der Massengräber zur Folge. Zur Erinnerung an die Opfer des Todesmarsches gestaltete der

Bildhauer E. Roßdeutscher eine Plastik, die auf dem ehemaligen Lagergelände ihren Platz fand. Obwohl ein Wanderpfad entstand, der an Stoleneingängen vorbei zur Gedenkstätte führte und auf die Zusammenhänge zwischen Tunnelanlage und KZ hinwies, wurde das Stollensystem nicht in die offizielle Gedenkstättenarbeit einbezogen.

Ab September 1979 baute die Nationale Volksarmee der DDR etwa die Hälfte des Stollensystems zum Militärdepot aus. Auch das obertägige Gelände der Untertageanlage war damit für die Öffentlichkeit nicht mehr zu betreten. Ein dichter, hoher Zaun umgab nun das Gelände, eine asphaltierte breite Zufahrtstraße entstand, eine neu hergerichtete Eisenbahnstrecke führte in das Depot und ein Zugang für LKW und Personal wurde vollkommen neu gebaut. Über diese Nutzung wurde die Öffentlichkeit nicht informiert.

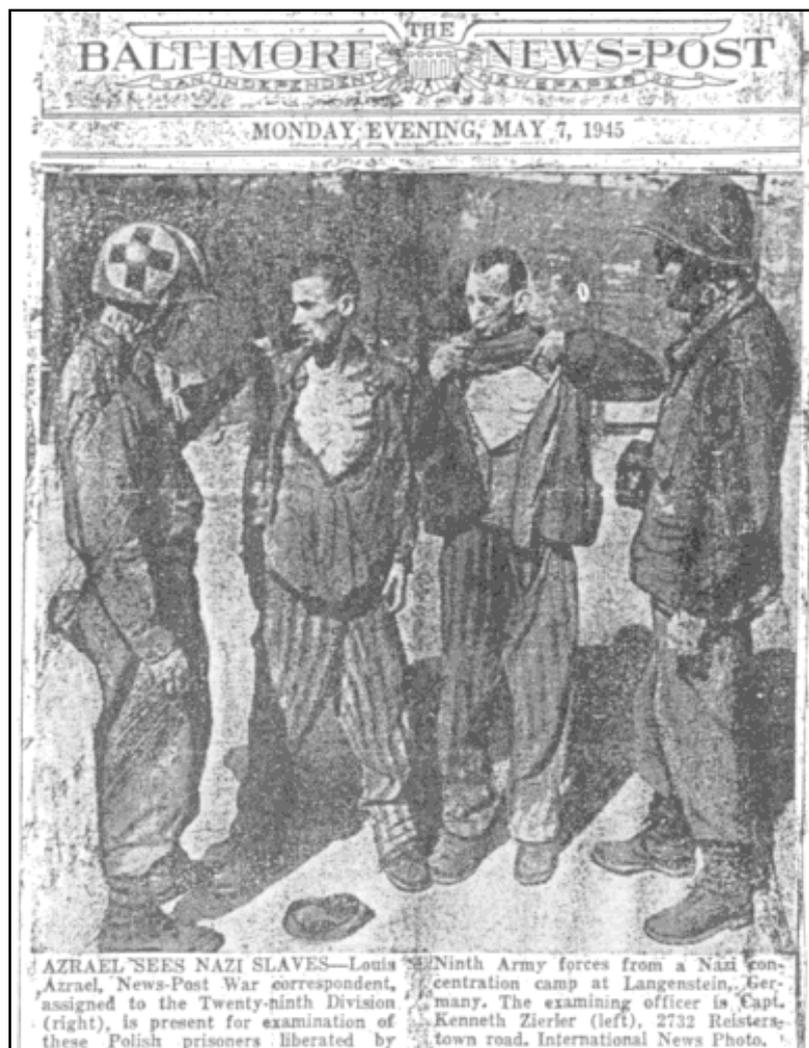
Noch im September 1988 erklärte der für die Gedenkstätte Verantwortliche vor einer französischen Gruppe ehemaliger Häftlinge auf die Frage nach den Tunneln, dass die Stollen vollständig gesprengt seien.

Von 1990 bis 1994 betrieb die Bundeswehr das Militärdepot. Ehemalige Häftlinge und auch die Öffentlichkeit bekamen zu bestimmten Anlässen Zutritt zu einem Teil des Stollensystems.

Ende 1994 erwarben private Unternehmen die Untertageanlage.

1994 ging die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge in Landesträgerschaft über.

1998 wurden am Eingang des ehemaligen „Reichsbahnstollens“ Informationstafeln aufgestellt, der tägliche Weg der Häftlinge vom Lager zum Arbeitsort rekonstruiert und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.



Seite der Baltimore News Post vom 7. Mai 1945. Der amerikanische Kriegsberichterstatter Louis Azrael wird mit befreiten polnischen Häftlingen gezeigt

### Das Weihnachtsgeschenk

Auch dort war Weihnachten.  
Auch für uns, die wir müde waren,  
geprügelt und so müde!

Gewiß, es war Weihnachten,  
für viele jedoch zum letzten Mal  
Weihnachten der tiefen Ruhe,  
der ewigen Ruhe.

In jener Nacht aber  
unter dem strengen, mattblauen Himmel,  
in die stinkenden Baracken  
kam kein Jesus.

Es war der Tod,  
der statt seiner kam.  
Kalt und unbarmherzig.  
Tod, wie viele Lebenstrieb zerschlugst  
du in jener Nacht!!

Zerschlagen durch Erinnerungen, die nun  
Träume waren: ein Gesicht, ein Gefühl,  
ganz deutlich auf einmal ...  
zerschlagen durch Träume! ...

Wir hatten keinen Esel  
uns zu wärmen, keinen Ochsen  
und keinen Esel,  
aber in jener Nacht empfing ein jeder von  
uns seine Seele.

Und deshalb waren unter uns auch so viele,  
die sich einfach treiben ließen,  
stromabwärts, denn dabei

konnte man das Vergangene abrufen,  
zu sich selbst finden und -  
die gesättigten Hunde waren  
in jener Nacht so gnädig -  
in Ruhe sterben ...

An Dany im September 1945

Roger Leroyer, Nr. 93214

#### Einzelchicksale:

Bericht des örtlichen Pfarrers Konrad Hager  
*Inferno*

*Wir schreiben den 17. April 1945. Es war mir einfach unmöglich, das, was ich in den letzten Tagen erlebt und vor allem gesehen habe, gleich niederzuschreiben. Es ist wohl auch das Entsetzlichste, was Menschengenossen erblicken konnten.*

*Es stehen in unserer Chronik sehr viele leidvolle Dinge über Pestilenz, Feuersbrünste, öffentliche Verbrennungen und Quälereien aus dem Dreißigjährigen Kriege, aber keiner meiner Vorgänger war gezwungen, über solche Verbrechen von Menschen eines Volkes zu schreiben wie ich.*

*Am 13. April erschien hier im Pfarramt gegen neun Uhr vormittags die Bäuerin, Frau Elisabeth Abel, eine Witwe, deren Mann kurz vor dem Kriege gestorben war und deren beide Söhne jetzt im Felde standen. Sie ist ausgebildete Rote-Kreuz-Schwester und hat als solche im ersten Weltkriege Dienst getan. Hin und wieder vertritt sie auch unsere betagte Gemeindeschwester. Sie hat auch heute wieder ihre Tracht angelegt, aber ihr Gesicht, sonst gerötet vor Dienstbereitschaft, war bleich vor Schrecken. Im ersten Augenblick glaubte ich an einen schweren Unglücksfall.*

*„Ein Unglück ist es gewiß, Herr Pfarrer!“, stieß sie hervor. „Die Amerikaner haben das KZ-Lager entdeckt und geöffnet. Es muß unbedingt jemand von unserer Gemeinde dorthin gehen ...“ ...*

*Wir legten ihn [den Weg – die Red.] in einer knappen Stunde zurück. Gesprochen haben wir kaum miteinander und waren froh, als wir diesen Pfad des Herzklopfens hinter uns hatten und die weit geöffneten Gittertüre des Lagers vor uns sahen. Der breite, umwaldete Talkessel war von einem hohen Stacheldrahtzaun umgeben, den alle hundert Meter hölzerne Wachtürme überragten, von denen die langgestreckten Baracken und der sogenannte Appellplatz gut zu übersehen waren. Zwischen diesen Holzbehausungen standen erregte Gruppen amerikanischer Soldaten, eilten Sanitäter mit ihren Tragbahnen hin und her, schlichen scheu und verstört ein paar völlig abgemagerte Häftlinge in ihren breitgestreiften, groben Kitteln vorüber. ...*

*Einer zupfte mich dauernd am Ärmel. Er trug über dem linken Auge eine schwarze Klappe. Über die hagere Wange darunter rang der Eiter. ...*

*„Ridder ist mein Name, Doktor Ridder. Ich war zweiter Bürgermeister von Düsseldorf und bin zum Teil jüdischer Abkunft, aber getaufter Christ. Bitte, bitte, telegraphieren Sie doch*

KZ	Flucht	Todesmeldung
1/6	46084 Schewtschenko	28.6. Uchral
	13084 Pawlow	10.7. Anelaw
	63682 Rogowancko	10.7. Pelekuj
	63992 Bojko	16.7. Sinschok
11/6	26025 Lnkiewicz	16.7. Piwek
22/6	19542 Stapanow	4.8. Alonjew
23/6	57553 Jendriusci	12.8. Zaczek
29/6	10356 Stopniaka	22.8. Makarow 24285
	14059 Chondima	1.9. Kitanar
18/6	5059 Paulwaschkin	2.9. Decaine
26/6	10184 Meschin	4.9. Chodaczek
29/6	13613 Lankal	7.9. Kalmykow
4/7	30055 Klybik	12.9. Jalcnek
	42332 Cerny	16.9. Lange
2/7	30834 Koffent	18.9. Bronusz
8/7	48275 Gitti	21.9. Galkin
14/7	29264 Ousch	24.9. Filipow
19/7	45065 Lwica	
9/8	25760 Kalibuda	
19.8.	30024 Norak	

Auszug aus einer Fluchtliste

Auszug aus einer Todesmeldung

Außenkommando Buchenwald 3.1.45 14

An den Häftlingsarzt K.L. Buchenwald: 85735 F

Der Häftling ( ) Nr. 85735 F Rousselet

geb. am 1.3.27 in Paris

ist am 3.1.45 um 19 Uhr gestorben.

Maßgebliche Todesursache: Diagnose: Eustrophie Herzvollops.

Behandlung

Krankheitsverlauf

Sektion der Leiche am

Sektionsdiagnose

Festgestellte Todesursache

Der Arzt im Außenkommando: [Signature]

Der Leiter der Pathologie

Jede Todesmeldung musste vom Häftlingsarzt ausgestellt werden. Diese datiert vom 3. Januar 1945. Deutlich erkennbar sind Alter und Todesursache des französischen Häftlings. Er starb knapp drei Monate vor seinem 18. Geburtstag. Quellen: Die Kraft im Unglück. Erinnerungen an Langenstein-Zwieberge - Außenlager des KZ Buchenwald, Mahn- und Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

*meiner Frau! ... Ich habe nämlich noch vor vierzehn Tagen die übliche Lagerstrafe bekommen, sechszwanzig Hiebe mit dem Gummiknüppel von den Nieren herunter bis zu den Kniekehlen. Dann wurde man auf einen Bock geschnallt. Es ist noch sehr blutunterlaufen.“ ...*

*Plötzlich legte er beide Hände auf meinen rechten Arm und sah mich flehend an: „Sie sind doch ein Geistlicher, bitte, bitte, besorgen Sie mir ein Neues Testament! Ich bin ja ein Christ!“*

*Dann schlug er die Hände an seinen dunkelhaarigen Kopf und schluchzte immer wiederholend:*

*„Liebet eure Feinde! Liebet eure Feinde!“*

#### Bildungsangebote:

##### A. Führungen

(Dauer: 2,5-4 Stunden)

Am authentischen Ort werden in Abhängigkeit von den Bedürfnissen, Interessen, der Altersstruktur und Zusammensetzung der Besuchergruppe Führungen angeboten zu möglichen Schwerpunkten wie:

- Das KZ-Lager Zwieberge als Bestandteil des auf die physische und psychische Zerstörung der Menschen ausgerichteten NS-Regimes
- Das unterirdische Stollensystem in den Thekenbergen als authentischer Ort der „Vernichtung durch Arbeit“ für die deutsche Rüstungsproduktion
- Alltag im Lager Langenstein-Zwieberge - Ziele und Mittel zur Durchsetzung der Nazi-ideologie im Lager
- Widerstehen im KZ-Lager Zwieberge - „... die Kraft im Unglück ...“
- Die Lagerhaft als Bestandteil und Bruch unterschiedlichster Lebenswege
- „Spurensuche“ an den historischen Orten
- Führungen zu bestimmten Zeiträumen und Lagerbereichen sowie zu (bezüglich der Nationalität oder Religion) verschiedenen Gruppen von Häftlingen.

##### B. Seminare zu möglichen Themen:

(Dauer: nach Absprache)

- Veränderung menschlicher Verhaltensweisen als Grundlage für die Entstehung von Ungerechtigkeit, Ausgrenzung, Intoleranz, Rassismus
- Möglichkeiten der Nichtanpassung, Verweigerung, Nutzung von Entscheidungsspielräumen, Zivilcourage im Dritten Reich

- Umgang des Menschen mit Menschen, Hinterfragen eigenen Verhaltens und gegenwärtiger Entwicklungen
- Ist die nationalsozialistische Vergangenheit abgeschlossen und vergessen?
- Reflexion über neue Wege einer Gedenk- und Erinnerungskultur.

##### C. spezielle Angebote für Pädagogen (Umfang und Dauer: nach Absprache)

Im Rahmen von fächerübergreifendem Unterricht und Projekttagen können Lehrkräfte und Schüler sich dem Thema „Nationalsozialismus“ mit unterschiedlichsten Themenschwerpunkten nähern und Arbeitsweisen und Mittel frei wählen. Hierbei steht die von den Gedenkstättenmitarbeitern begleitete Selbstaneignung von Kenntnissen im Vordergrund.

##### D. Gespräche mit Überlebenden des Lagers

Im Rahmen der alljährlich im April stattfindenden „Tage der Begegnung“ können Gespräche mit den überwiegend aus dem Ausland kommenden ehemaligen Häftlingen vermittelt werden.

##### E. Konferenzen, Symposien, wissenschaftliche Tagungen

Alljährlich finden im Rahmen der „Zwieberger Gespräche“ Tagungen mit unterschiedlichen Themen statt.

##### F. weitere Angebote

- Lesungen mit ehemaligen Häftlingen
- Gesprächskreise zu verschiedenen Themen
- Vorträge
- Weiterbildungsveranstaltungen für Pädagogen und Multiplikatoren
- Nutzung der Dokumentensammlung der Gedenkstätte
- Nutzung der Bibliothek und Videothek der Gedenkstätte
- Filmvorführungen

#### Literatur:

Fausser, E. (Hg.): Die Kraft im Unglück. Erinnerungen an Langenstein-Zwieberge - Außenlager des KZ Buchenwald; Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, Halberstadt o. J.

## Gedenkstätte Lichtenburg/Prettin



### Anschrift:

Kreismuseum Wittenberg  
Schloss Lichtenburg  
Schlossstraße 1  
06922 Prettin

Ansprechpartnerin: Kerstin Drabow

Tel.: 03 53 86 - 2 23 82

Fax: 03 53 86 - 2 21 34

### Öffnungszeiten:

November-März Di - Fr 12 - 16 Uhr

April-Oktober Di - Fr 12 - 17 Uhr

Sa, So 13 - 17 Uhr

Führungen sind nach Voranmeldung möglich

Da die Gedenkstätte Teil des Kreismuseums Wittenberg ist, werden für den Besuch des Ausstellungsteils folgende Eintrittsgelder erhoben:

Erwachsene	3,- DM
Rentner, Studenten	2,- DM
Kinder, Schüler	1,- DM
Schüler in Gruppen	0,50 DM

Die Besichtigung des Bunkers ist kostenlos.

### Verkehrsverbindungen:

PKW: aus Richtung Norden: von Lutherstadt Wittenberg auf der B 187 nach Jessen, weiter über Landstraße

aus Richtung Süden: von Torgau über die B 87 nach Zwethau, weiter über Landstraße

### Geschichte:

Bis zum Jahre 1928 befand sich im Schloss Lichtenburg ein Zuchthaus, das wegen seines schlimmen baulichen Zustandes geschlossen wurde. Diese Zustände waren jedoch kein Hindernis, im Schloss 1933 eines der ersten Konzentrationslager einzurichten.

Am 6. April 1933 richtete der Regierungspräsident von Merseburg an den Torgauer Landrat eine Anfrage, wie viele Gefangene im Schloss Lichtenburg untergebracht werden könnten. Der Landrat antwortete ihm, ein Zellenflügel für 66 Schutzhäftlinge und ein Lazarettflügel für 30-35 seien sofort verfügbar. Er wies aber auch auf den desolaten Zustand und die schwierigen Bewachungsmöglichkeiten hin. Dennoch entschied der Regierungspräsident von Magdeburg im Mai, das Schloss als Konzentrationslager einzurichten.

Man belegte das Schloss zunächst mit 40-50 Häftlingen für handwerkliche Tätigkeiten mit geringem Aufwand zur Herrichtung des Lagers. Am 13. Juni 1933 trafen die ersten Häftlinge ein, und bereits am 6. August war das Konzentrationslager Lichtenburg mit etwa 1 500 Häftlingen überfüllt.

Die ersten Häftlinge waren überwiegend Kommunisten und Sozialdemokraten. Mitte Oktober brachte man 35 Gefangene aus Börgermoor, darunter waren der Reichstagsabgeordnete Friedrich Ebert, der Rabbiner Max Abraham, ein Professor der Zahnheilkunde aus Bonn, Alfred Kantorowicz, und andere, bei einem weiteren Transport aus Börgermoor, der Schauspieler Wolfgang Langhoff, die Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner und Carlo Mierendorff. Zu dieser Zeit befanden sich im Schloss Lichtenburg etwa 70% Kommunisten, 20% Sozialdemokraten, 10% der Häftlinge waren aus nicht politischen Gründen inhaftiert.

Die Bewachung erfolgte 1933 durch zwei Polizeihundertschaften, danach durch 150-200 SS-Leute. Zur Leitung des Konzentrationslagers wurden eingesetzt: Lagerleiter Wilke, Kommandant Entsberger, sein Stellvertreter Zimmermann und Direktor Widder.

Die Häftlinge waren physischen und psychischen Qualen ausgesetzt. Ihr Empfang begann mit dem Kahlscheren der Köpfe, Abspritzen mit einem kalten Wasserstrahl, Einkleiden und Fotografieren. Schon bei der Ankunft erlebten viele Häftlinge die ersten Misshandlungen. Stundenlanges Stehen im Hof und Sport bis

zur totalen Erschöpfung gehörten zu den Begrüßungsritualen. Eingeleidet wurden die Häftlinge anfangs mit ausgedienten Polizeiuniformen, später mit der gestreiften Häftlingskleidung. Es erfolgte eine besondere Kennzeichnung der Häftlinge an der Kleidung als politischer Gefangener, Krimineller, Jude, Bibelforscher. Häftlingsvorarbeiter erhielten noch eine zusätzliche Kennzeichnung. Die Gefangenen wurden im gesamten Schloss untergebracht und in Stationen 1 bis 4 unterteilt. Zu jeder Station gehörten 250 bis 500 Häftlinge. In den einzelnen Flügeln des Schlosses waren sie in großen Sälen, im Zellenflügel mit 3-6 Häftlingen je Zelle untergebracht. Für die Nacht gab es Strohsäcke oder Metallbetten. Die karge Verpflegung bestand aus Roggenbrei und einem Brotkanten morgens und abends, mittags aus einem Schlag dünner Suppe. Zur Bestrafung wurde diese magere Kost auch häufig entzogen.

Der Tag begann für die Häftlinge morgens um 5.30 Uhr und endete mit der Nachtruhe um 21.00 Uhr. Nachtruhe bedeutete jedoch nicht unbedingt Ruhe, denn oft wurden sie aus Schikane aus dem Schlaf gerissen, mussten stundenlang wenig bekleidet stehen oder wurden misshandelt.

Der Tag der Häftlinge war mit aufgebürdeter Arbeit ausgefüllt, dazu gehörten: Pflastern des Hofes, Reinigung der Wach- und Diensträume sowie SS-Unterkünfte, Arbeiten im Wald, in Sand- und Kiesgruben und in der Domäne. Dabei mussten sie den großen Pferdewagen, mit Steinen und anderen Gütern beladen, selbst ziehen und Lieder singen. In diesem Zusammenhang entstand der Begriff der „Singenden Pferde“. Handwerker wurden zum Ausbau des Lagers herangezogen. Ein kleiner Stadtpark in Prettin ist ebenfalls von Häftlingen angelegt worden.

Nur alle 4 Wochen war es den Häftlingen erlaubt, einen Brief an ihre Angehörigen zu senden, in dem der Satz: „Mir geht es gut“ nie fehlen durfte. Einmal im Monat konnten sie anfangs besucht werden. Die Frauen oder Angehörigen der Häftlinge saßen dabei auf langen Bänken im Hof, ihnen standen die Inhaftierten im Abstand von etwa 2 Metern gegenüber. Aber auch diese Besuche wurden später unterbunden.

Bei sogenannten Vernehmungen im ungeheizten und verdunkelten Bunker waren die Häftlinge schlimmsten Misshandlungen ausge-

setzt. Oft wurden sie mehrmals am Tag geschlagen und waren von den Schlägen gezeichnet. Sie nannten den Bunker deshalb auch „Färberei“. Zum KZ-Alltag gehörte auch, dass die schweren Toilettenkübel im Laufschrift über den gepflasterten Hof geschleppt werden mussten. Stürzende wurden dabei mit Gummiknüppeln geschlagen.

Der erste Häftling, der sein Leben verlor, war der 21-jährige Friedrich Heinrich. Die genaue Zahl der Todesopfer des KZ Lichtenburg ist nicht bekannt.

Von Häftlingen, die nach ihrer Entlassung ins Ausland entkommen konnten, erschienen Veröffentlichungen, in denen auch über das Lager Lichtenburg berichtet wurde. In Büchern und Erlebnisberichten schilderten sie ihre Qualen des Lagerlebens. Doch auch Positives wurde von Häftlingen über Prettiner Bürger geschrieben. So erhielten Häftlinge bei Außenarbeiten Obst oder Brote, Tabak und Zigaretten zugesteckt. Wenn sie bei Einwohnern Gartenarbeit leisteten, kam es vor, dass sie Einladungen zu Kaffee und Kuchen bekamen. Es wurde auch berichtet, dass das Gemeindedienerehepaar heimlich Post der Häftlinge beförderte.

Im Juli 1934 brachten LKW 61 im Zusammenhang mit dem Röhmputsch verhaftete SA-Funktionäre. Drei von ihnen überlebten nicht.

In dieser Zeit befanden sich im Konzentrationslager Lichtenburg eine nicht bekannte Anzahl von rassistisch und religiös Verfolgten, auch rund 200 Homosexuelle und 100 Kriminelle.

Auf Grund der Nürnberger Rassegesetze vom September 1935 wurden 34 jüdische Häftlinge von den anderen getrennt und in die sogenannte Rasseschänderkompanie in den Zellenbau verlegt. Wegen Überbelegung wurde 1936 ein Teil der Häftlinge in das KZ Sachsenhausen überführt. 1937 wurde das Männerkonzentrationslager aufgelöst, die letzten Häftlinge trafen am 18. 8. 1937 in Buchenwald ein. Nachdem die männlichen Häftlinge in andere Lager überführt waren, wurde das Konzentrationslager Lichtenburg von 1937-1939 mit weiblichen Häftlingen belegt. Die ersten 200 Frauen trafen am 15. 12. 1937 aus dem Lager Moringen ein. Nach weiteren Transporten erhöhte sich die Anzahl der Inhaftierten auf 800. Bei den Frauen handelte es sich überwiegend um rassistisch Verfolgte, Bibelforscherinnen und Kriminelle.

Die Frauen wurden zu ebenso schweren Arbeiten herangezogen wie vorher die Männer, wobei man den jüdischen Frauen stets die schwersten und schmutzigsten Arbeiten aufbürdete, ohne Rücksicht auf ihre Konstitution zu nehmen. Eine der entlassenen Frauen berichtete über das KZ Lichtenburg: „Dort ist gegenüber Moringen die Hölle.“ Zu den schlimmsten Strafen im Lager gehörte das Auspeitschen auf dem Prügelbock, das auch bei den Frauen praktiziert wurde.

Nachdem in Ravensbrück ein Konzentrationslager für Frauen eingerichtet worden war, transportierte man 867 inhaftierte Frauen am 18. 5. 1939 in das neue Lager, darunter mehrere Österreicherinnen. Nach Überführung aller Häftlinge aus dem KZ Lichtenburg in die genannten anderen Lager wurden hier 1939-1941 SS-Totenkopfseinheiten stationiert.

Anschließend diente das Schloss als Hauptzeugamt der SS, ca. 50 Häftlinge aus Sachsenhausen mussten Lagerarbeiten verrichten.

Nach 1945 wurde die gesamte Schlossanlage durch die Landwirtschaft genutzt. 1965 wurde im Bunker eine Ausstellung zur Mahn- und Gedenkstätte eingerichtet und 1976 eine Ausstellung in den ehemaligen Unterkunftsräumen der Häftlinge.

#### Bildungsangebote:

Projektangebot für Schulen zum Besuch der Gedenkstätte des Männer- und Frauenkonzentrationslagers im Schloss Lichtenburg 1933-1939 mit der Besichtigung des Bunkers und der Ausstellung



Die Gedenkstätte ist ein Teil des Kreismuseums Wittenberg.

#### Literatur:

Drobisch, K: Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg; Kreisverwaltung Wittenberg (Hg.), Wittenberg 1997



#### Auspeitschen

Das ganze Lager steht im Karree  
bis zu den Knien im kalten Schnee.  
Die letzten Kommandos sind verhallt,  
der Häftling fest auf den Bock geschnallt.  
Die mit den Totenköpfen an den Mützen - schwitzen.  
Ärmel hochgekrepelt - von beiden Seiten Peitschen.  
Der den man quält - zählt.  
Dann Schmerzgebrüll - plötzlich ist's still.  
Er fällt vom Bock - halb tot gepeitscht  
und wird von den Schlägern zum Bunker geschleift.

Gedicht von Albert Bergholz, entstanden im KZ Lichtenburg

## Mahn- und Gedenkstätte Wernigerode



Anschrift:  
Veckenstedter Weg 43  
38855 Wernigerode

Ansprechpartnerin: Rotraud Urbaneck

Tel./Fax: 0 39 43 - 63 21 09

Öffnungszeiten:  
Mo - Fr 8 - 15 Uhr

an Wochenenden nach Vereinbarung

Führungen nach vorheriger Anmeldung

Broschürenmaterial, Gedenkmünzen und Ansichtskarten können käuflich erworben werden.

Der Besuch der Gedenkstätte ist kostenlos.

Verkehrsverbindungen:

Bahn: vom Bahnhof 25 min Fußweg oder Stadtlinie 1 und 4 bis Haltestelle Zaunwiese

PKW: aus Richtung Ost und West die B 6 bis Harzklub, abbiegen und zum ersten Kreisverkehr, von dort noch 50 m.

Innerorts ist der Weg ausgeschildert.

### Geschichte:

Bereits kurz nach Kriegsbeginn entstand am Rautalwerk am Veckenstedter Weg ein Arbeitslager für Fremdarbeiter. Im März 1943 wurde dieses Lager erweitert und in ein Außenlager des KZ-Buchenwald umgewandelt. Darüber hinaus richtete die SS in der Stadt Wernigerode und im heutigen Landkreis weitere Arbeitslager und KZ-Kommandos ein. Die Inhaftierten wurden zu brutaler Zwangsarbeit in der Industrie, besonders der Rüstungsproduktion, eingesetzt. Im Lager Veckenstedter Weg befanden sich bis zu 800 Häftlinge. Im November 1944 mussten sich die Gefangenen ein Außenkommando in Hasserode (Steinerne Renne) am dortigen Bahnhof der Harzer Schmalspurbahnen errichten, in das bis zum 25. Dezember 1944 der größte Teil der Häftlinge aus dem Lager Veckenstedter Weg überstellt wurde.

Als die amerikanischen Truppen vor der Stadt Wernigerode standen, trieb die SS die etwa 500 Häftlinge des Lagers „Steinerne Renne“ am 10. April 1945 auf einen Evakuierungsmarsch.

Am Ende eines grauenvollen und mörderischen Weges erreichten am 26. April 1945 lediglich 57 Häftlinge die letzte Station in Leitzmeritz.



Rautalwerke



Bildungsangebote:

## A. Führungen

(Dauer: 45-60 min)

In zwei original erhaltenen Baracken werden die Geschichte des Lagers und in rekonstruierten Räumen die Darstellung der Lebensbedingungen der Häftlinge vermittelt. In einer der ehemaligen Häftlingsbaracken sind drei Räume im Originalzustand erhalten:

- ein Unterkunftsraum
- ein Krankenzimmer
- eine Sanitätsstube.

Die ständige Ausstellung informiert über die Geschichte des KZ-Außenlagers am Veckenstedter Weg, des KZ-Außenkommandos „Steinerne Renne“ und die Todesmärsche.

Insbesondere werden die enge Verbindung von KZ und Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie sowie die Inhaftierungsbedingungen der Häftlinge in Wernigerode thematisiert.

## B. Wechselausstellungen

## C. Videos zum Thema „Erinnern als Vermächtnis“ (Berichte über Verfolgung und Alltag im Nationalsozialismus)

Das Besondere dieser Reihe ist, dass die Berichte nicht von Moderatorenfragen gelenkt sind und die autobiografischen Zeitzeugentexte ohne dramatisierende Effekte wiedergegeben werden. Auf die Mittel des Dokumentarfilms wurde verzichtet.

## D. Projekttag zu ausgewählten Themen, z. B.

- Dokumentation der NS-Geschichte in Wernigerode
- Gedenken - Mahnen - Forschen - Lernen

## E. Nutzung einer themenbezogenen Bibliothek



Unterkunftsraum der Häftlinge

## Mahn- und Gedenkstätte „Isenschnibber Feldscheune“ Gardelegen



### Anschrift:

c/o Stadtmuseum Gardelegen  
Rathausplatz 10  
39638 Gardelegen

Ansprechpartner: Dr. Herbert Becker

Tel.: 0 39 07 - 65 19

Fax: 0 39 07 - 73 06 63 u. 0 39 07 - 71 62 20

### Öffnungszeiten:

Die Mahn- und Gedenkstätte ist ein Gelände, das jederzeit für Besucher offen steht und bei Tageslicht gefahrlos betreten werden kann. Von 8-16 Uhr hält sich dort ein Mitarbeiter auf, bei dem man Informationsmaterial erwerben kann. Führungen sind jederzeit möglich, bedürfen aber der rechtzeitigen Anmeldung im Stadtmuseum Gardelegen. Die akustischen Verhältnisse lassen Führungen bis zu 50 Personen sinnvoll erscheinen. Unterstellmöglichkeiten für ca. 60 Personen sind auf dem freien Gelände vorhanden.

Der Besuch der Gedenkstätte ist kostenlos.

### Verkehrsverbindungen:

Die Gedenkstätte befindet sich am nordöstlichen Stadtrand von Gardelegen, erreichbar über die Landstraße von Gardelegen nach Bismark.

### Geschichte:

Anfang April 1945 wurden die Konzentrationslager Hamburg (Neuengamme) und Dora/Mittelbau (Nordhausen) evakuiert. Einige Evakuierungstransporte, die per Eisenbahn aus verschiedenen Außenkommandos dieser großen deutschen Konzentrationslager abgingen, erreichten ihre Bestimmungsorte nicht, sondern strandeten wegen der sich verschärfenden militärischen Lage zufällig in einigen Dörfern in der Umgebung von Gardelegen.

Diese Evakuierungstransporte erfassten wahrscheinlich insgesamt etwa 2 000 Häftlinge aus zahlreichen europäischen Ländern. Nach dem Stopp dieser Eisenbahntransporte in den Dörfern Mieste und Letzlingen (bei Gardelegen) wurden die Gefangenen zu Fußmärschen gezwungen. Wer entkräftet zu Boden sank oder zu fliehen versuchte, wurde sofort erschossen oder erschlagen.

Im Laufe des 12. April 1945 bekamen die zunächst scheinbar ziellosen Todesmärsche eine Richtung, sie wurden nach Gardelegen geholt. Die Überlebenden der Todesmärsche kamen in eine Wehrmachtsdienststelle, die Reit- und Fahrschule Gardelegen, wo sie in leeren Pfer-

deställen eingeschlossen wurden. Im Laufe des 13. April 1945 stand die Einnahme der Stadt und Garnison Gardelegen durch die schnell in der Altmark vorrückenden amerikanischen Truppen zu erwarten. Am Nachmittag des 13. April 1945 wurden sämtliche Häftlinge aus der Reit- und Fahrschule Gardelegen herausgeführt und in eine große Scheune am nahen Stadtrand gesperrt.

Diese Scheune des Rittergutes Isenschnibbe („Isenschnibber Feldscheune“) war offenbar wohl präpariert, sie wurde in Brand gesetzt, aus der Scheune Fliehende wurden erschlagen oder erschossen. Im Verlaufe mehrerer Stunden suchte man auf diese Weise, alle Gefangenen zu beseitigen.

Der KZ-Wachmannschaft war es gelungen, aus dem Kreise der Häftlinge dafür eifrige Mitäter zu pressen oder zu locken, indem sie diesen Henkersknechten Schonung versprach.

Sofort nach dem Massaker wurde versucht, die Opfer in Massengräbern (Kartoffelmieten) zu verscharren. Diese Aufgabe wurde einer Reihe älterer Männer übertragen, die als unbewaffneter Volkssturm zu der Mordstätte geführt worden waren und zusehen mussten, wie noch vereinzelt Überlebende des Massenmordens umgebracht wurden.

Am 14. April 1945 kapitulierte der deutsche Kampfkommandant namens der Garnison und Stadt Gardelegen, im Verlaufe des 15. April 1945 wurde die noch brennende Feldscheune am Stadtrand von den amerikanischen Spähtruppen entdeckt.

Auf Befehl des amerikanischen Stadtkommandanten mussten sich ab 21. April 1945 zahlreiche männliche Einwohner von Gardelegen einfinden, um die Toten der „Massakerscheune“ aus den Massengräbern zu exhumieren und sie auf einem Sonderfriedhof, nach Art amerikanischer Soldatenfriedhöfe angelegt, in Einzelgräbern zu bestatten. Der „Häftlingsfriedhof“ wurde am 25. April 1945 mit einer militärischen und drei religiösen Zeremonien eingeweiht.

Dieser Sonderfriedhof Gardelegen ist der einzige Friedhof, den die amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges anlegen lassen haben.

Seitdem wird der Sonderfriedhof als Gedenkstätte begriffen. 1953 entstand die Gedenkmauer in ihrer noch heute vorfindbaren inhaltli-

chen Gestaltung. Das Gelände zwischen der Gedenkmauer, die aus der ehemaligen Mordstätte heraus gestaltet wurde, und dem Sonderfriedhof für die Ermordeten wird seit Mitte der 60er Jahre in immer umfassenderem Sinne als Mahn- und Gedenkstätte angelegt und gepflegt.

Es wurzelt in der besonderen Personen- und Ereigniskonstellation um das genannte Gardeleger Massaker vom 13./14. April 1945, dass es bis 1989 eine öffentliche Darstellung des Geschehens gegeben hat, die nunmehr, im Nachhinein, sehr viele konkrete Anhaltspunkte gibt für eine interessante Betrachtung der Handhabung des sogenannten antifaschistischen Erbes und der antifaschistischen Traditionspflege in der DDR.

Die Kompliziertheit und Komplexität dieses authentischen Geschehensortes haben es ratsam erscheinen lassen, vom denkmalpflegerischen Standpunkt aus darauf zu beharren, die Anlage der Mahn- und Gedenkstätte in ihrer um 1965 entworfenen Gestaltung zu belassen.

Die Mahn- und Gedenkstätte Isenschnibber Feldscheune ist somit gleichzeitig eine Gedenkstätte für die Opfer des Massakers vom 13./14. April 1945 wie ein „Denkmal“ für den Umgang mit Gedenkort in der DDR.

Sie wird durch das Stadtmuseum Gardelegen betreut und besteht aus einer Gedenkmauer und einem Sonderfriedhof mit 1 020 Einzelgräbern.



Rund um die Scheune wurden die Leichen der Häftlinge aufgereiht, schließlich zählte man über 1 000 Tote.



Der amerikanische Stadtkommandant ordnete die Exhumierung der ermordeten Häftlinge aus dem Massengrab durch deutsche Zivilisten an.

#### Bildungsangebote:

##### A. Führung über die Mahn- und Gedenkstätte (Dauer: ca. 45 min)

Mit Informationen zum unmittelbaren Geschehensablauf von der Evakuierung der KZ in Mittel- und Norddeutschland im April 1945 bis zur Ermordung von KZ-Häftlingen im Raum Gardelegen.

##### B. Spezialführungen über die Mahn- und Gedenkstätte

1. Die Geschichte der Konzentrationslager seit 1933 als Stätten der Verfolgung von politisch, sozial und rassistisch Unerwünschten
2. Das von der SS installierte Terror-Regime innerhalb der Häftlingsgruppen und die Auswirkungen der Hierarchisierung der Häftlinge
3. Die Zusammenhänge von allgemeiner politischer Verantwortung, spezieller politischer Verantwortung und unmittelbarer Täterschaft bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit
4. Die Geschichte der Mahn- und Gedenkstätten seit 1945
5. Spezielle Aspekte der sogenannten antifaschistischen Traditionspflege und antifaschistischen Geschichtspropaganda in der Geschichte der Mahn- und Gedenkstätte

##### C. Projektstage

Das gesamte Angebot an Führungen kann auch in unmittelbarer dialogischer, unterrichtsnaher Form angeboten werden. Der Arbeitsinsatz (Kriegsgräberfürsorge) an Ort und Stelle ist möglich.

##### D. Diskussionsangebote

Die komplexe Geschehensdarstellung der Führungen kann variabel auf besondere historische und moralisch-ethische Fragen akzentuiert werden. Die Führungen können dialogisch gestaltet werden, z. B.

- die komplizierten Zusammenhänge von politischer Verantwortung und unmittelbarer Täterschaft
- nicht Schuld sein an einem Verbrechen, aber die Verantwortung dafür tragen
- die komplizierten Zusammenhänge von Toleranz Anderseiender und Anderslebender und gesellschaftlicher Disziplin

##### E. Allgemeine Bildungsangebote

An markanten Punkten sind Informationstafeln aufgestellt, die in deutscher Sprache mit Fotodokumenten über das Geschehen im April 1945 sowie über einzelne Entwicklungen bei der Gestaltung der Gedenkstätte seit 1945 informieren. Diese werden laufend inhaltlich aktualisiert und sollen in Kürze durch fremdsprachliche Texte erweitert werden.

## Gedenkstätte Rehmsdorf



### Anschrift:

Heimatstube Rehmsdorf  
Bürgerhaus  
Brunnenplatz 5  
06729 Rehmsdorf

Ansprechpartner: Lothar Czoßek  
Beethovenstraße 1  
06729 Rehmsdorf

Tel./Fax: 0 34 41 - 53 58 43

### Öffnungszeiten:

Mo bis Do 8.00 - 15.30 Uhr  
Fr 8.00 - 11.00 Uhr

sowie nach Vereinbarung (beim Ansprechpartner oder Ordnungsamt der VWG „Dreiländereck“ im Bürgerhaus Rehmsdorf, Brunnenplatz 5, Tel. 0 34 41 - 5 34 50)

Führungen nach telefonischer Vereinbarung

### Verkehrsverbindungen:

Bahn: über Zeitz oder Altenburg

Pkw: A 9, Abfahrt Naumburg, über Zeitz auf B 180 in Richtung Altenburg, Abzweig Rehmsdorf, die Gedenkstätte befindet sich nahe dem Bahnhof

### Geschichte:

Die 1934 gebildete Braunkohle-Benzin-Aktiengesellschaft (Brabag) errichtete bis 1939 vier große Werke in Böhlen, Magdeburg, Schwarzhöhe und Tröglitz bei Zeitz. Sie entstanden in Vorbereitung des Krieges und waren mit ihrer Treibstoffproduktion wichtige Betriebe zu seiner Absicherung. Mit der Aufnahme der Produktion 1939 in Tröglitz wurden 78 000 t Treibstoffe hergestellt, 1942 waren es bereits 247 000 t. Das änderte sich in diesem nationalsozialistischem Musterbetrieb, als anglo-amerikanische Bomben gezielt Betriebsanlagen zerstörten, die für die Treibstoffproduktion wichtig waren. Als am 12. und 28. Mai 1944 das Werk schwer getroffen wurde, kam die Beseitigung der Schäden nur schleppend voran, denn es fehlten die Arbeitskräfte. Da das kriegführende Deutschland sehr stark auf eigene Treibstoffproduktion angewiesen war, kam es zu Vereinbarungen zwischen Vertretern der Brabag und dem Arbeitseinsatzleiter des KZ Buchenwald, die den Einsatz von Häftlingen im Werk festlegten. Sehr schnell einigte man sich auf die notwendigen Einzelheiten wie Unterbringung, Verpflegung und besondere Sicherheitsmaßnahmen.

Dem Außenlager unter dem Decknamen „Wille“ stand nichts mehr im Wege. Häftlinge aus Buchenwald sollten für dringende Arbeiten als billige Arbeitskräfte in der Brabag eingesetzt werden.

Am 4. Juni 1944 fuhren die ersten 200 Häftlinge von Buchenwald ab, die zunächst in Gleina untergebracht wurden. In aller Eile wurde zur Unterbringung weiterer Häftlinge in unmittelbarer Nähe des Werkes ein Zeltlager eingerichtet. Nun kamen in ständiger Folge Transporte von etwa 1 000 Häftlingen aus Buchenwald im Zeltlager an. Ende Juni 1944 waren es bereits 2 980 und im Juli 4202 Häftlinge, die unter kaum vorstellbaren Bedingungen in der Brabag schwerste manuelle Arbeit leisten mussten. Die nationalsozialistische Parole „Vernichtung durch Arbeit“ fand hier ihre Verwirklichung, denn eingelieferte Häftlinge waren bereits nach vier Wochen völlig erschöpft und wurden gegen andere ausgetauscht.

Die Lage des Zeltlagers war in jedem Falle denkbar ungünstig. Es wurden deshalb emsige Vorbereitungen getroffen, im Eiltempo ein festes Barackenlager zu bauen. Eine Gelegenheit hierzu gab es in Rehmsdorf auf dem Gelände einer Fabrik, die Jahre davor stillgelegt worden war. Bis zum Jahresende entstanden 13 feste Baracken zur Unterbringung von Häftlingen, ein Küchenbau und vier Baracken für SS-Wachmannschaften. Der Umzug nach Rehmsdorf in das Barackenlager erfolgte in der Nacht vom 31. 12. 1944 zum 1. 1. 1945.

Das Barackenlager verbesserte in keiner Weise die Lebensbedingungen der Häftlinge. Im Gegenteil, der Standort des Lagers war etwa 3 km vom Werk entfernt. Täglich mussten die Gefangenen nun zusätzlich einen beschwerlichen Fußmarsch auf sich nehmen, der nach harter 12stündiger Arbeit zur Tortur wurde.

In fieberhafter Eile wurde in der Nacht vom 6. zum 7. April 1945 das Lager Rehmsdorf geräumt. Etwa 3 000 noch verbliebene Lagerinsassen wurden auf dem Bahnhof in offene Kohlewaggons gepfercht und mit der Bahn abtransportiert. Der Transportzug wurde über Altenburg, Gößnitz, Chemnitz und Marienberg in Richtung Leitmeritz weitergeleitet. Die Transportbedingungen waren unvorstellbar, denn der Zug kam nur langsam weiter und musste oft stundenlang auf Bahnhöfen stehen bleiben. Als der Zug wegen der Luftangriffe und Zer-

störungen nur noch bis Reitzenhain kam, musste die Wegstrecke bis Theresienstadt als Fußmarsch zurückgelegt werden. Die letzten Tage vor Kriegsende war für die Häftlinge ein qualvoller Leidensweg. Den Tag ihrer Befreiung am 8. Mai 1945 erlebten nur etwa 1 000 Häftlinge.

Die Bilanz des Außenlagers „Wille“, welches in Gleina seinen Anfang nahm, im Zeltlager seine Fortsetzung fand und im Barackenlager Rehmsdorf endete, ist eine traurige. Es muss davon ausgegangen werden, dass in der kurzen Zeit des Bestehens etwa 5 000 vorwiegend jüdische Häftlinge der „Vernichtung durch Arbeit“ zum Opfer gefallen sind. Unbekannt bleiben wird die Zahl der Unglücklichen, die zwar überlebt, jedoch in den Jahren danach an den Folgen der erlittenen Qualen durch die SS-Schergen physisch und psychisch zugrunde gegangen sind. Ihrer in würdiger Weise zu gedenken, sollte Grundanliegen aller Bürger sein. Die vollständige Geschichte des Lagers wird in der Schrift „Vernichtung - Auftrag und Vollendung“ dokumentiert.

#### Bildungsangebote:

Die Geschichte des KZ-Außenlagers „Wille“ wird in der Heimatstube des Ortes dokumentiert.

Führungen beinhalten einen Besuch des Gedenksteins am Bahnhof, die Besichtigung des erhalten gebliebenen Barackenlagers sowie der Heimatstube.

In der Heimatstube liegen neben der angeführten Literatur weitere Dokumente über das Außenlager aus. Dazu gehören:

Erlebnisbericht von Karl Polak (deutsch)

Erlebnisbericht von Israel Lazar (hebräisch und übersetzt in Deutsch)

Erlebnisbericht von Michael Rozenek (deutsch)

Auszüge aus dem Buch „LE LAPIN BLANC“ von Bruce Marshall (Abschnitte: Chapitre XV „Gleina et Rehmsdorf“, Chapitre XVI „Le Convoi da la Mort“, nur in französisch, geeignet für Gymnasien und Schulen mit Französischunterricht)

Zur Information und als Anschauungsmaterial stehen ein Lagermodell und ein Lagerschild zur Verfügung.

Ein Tonband ergänzt den Bericht von Michael Rozenek, der mit eigenen Worten seine Flucht aus dem Transportzug und die Rettung in Niederschmiedeberg schildert.

Als ein Dokument besonderer Art liegt eine amerikanische Militärzeitung vom 29. Juni 1945 aus. Mit Text und durch Bilder wird die Freilegung von Massengräbern bei Mumsdorf und die Umbettung auf den dortigen Friedhof dargestellt.

#### Vorträge

Der Ansprechpartner ist aus eigener Erfahrung in der Lage, umfassende Kenntnisse über das Lager zu vermitteln. Klassen, Gruppen oder Vereine können aus folgenden Themen auswählen:

Gründe der Entstehung des Werkes Zeitz der Brabag

Die Situation nach den ersten Luftangriffen im Mai 1944

Das Lager in Gleina und ein Zeltlager entsteht

Der Bau des Barackenlagers in Rehmsdorf  
Einsatz von Häftlingen innerhalb und außerhalb des Werkes

Lagerleben in Rehmsdorf

Evakuierung und Transport nach Theresienstadt

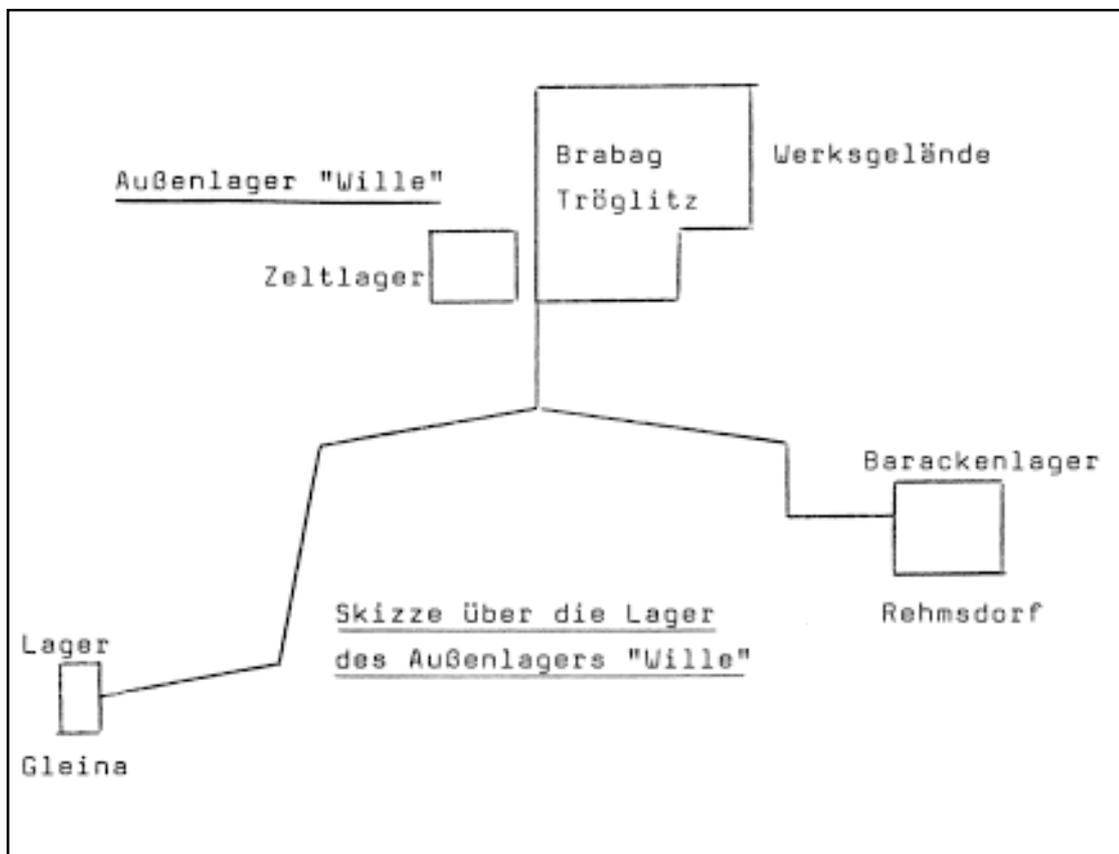
Mahnung und Verpflichtung in unserer Zeit

Die angebotenen Vorträge können bei Bedarf auf 45, 60 oder 90 min begrenzt werden. Anschauungsmaterial ist ausreichend vorhanden. Angeführte Schriften können auch ausgeliehen werden.

An Räumlichkeiten stehen die Heimatstube mit 14 Plätzen und der Bürgersaal im Bürgerhaus mit 50 Plätzen zur Verfügung.

#### Literatur:

Czożek, L. (Hg.): Vernichtung. Auftrag und Vollendung. Dokumentation über das Außenlager Rehmsdorf des KZ Buchenwald; Eigenverlag, Rehmsdorf 1997



## Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale)



Hausanschrift:  
Am Kirchtor 20a  
06108 Halle

Postanschrift:  
Regierungspräsidium Magdeburg  
Dezernat 37 (Gedenkstätte „Roter Ochse“)  
Olvenstedter Straße 1-2  
39108 Magdeburg

Ansprechpartner: André Gursky,  
Michael Viebig

Tel.: 03 45 - 2 20 12 13  
Fax: 03 45 - 2 20 12 77

Öffnungszeiten:

Mo, Mi, Do: 10 - 15 Uhr  
Di: 10 - 18 Uhr  
Fr: 9 - 12 Uhr

Jeden 1. Samstag im Monat sowie zusätzlich nach Vereinbarung.

Der Besuch der Gedenkstätte ist kostenlos.

Verkehrsverbindung:

Straßenbahn 7 ab Bahnhof in Richtung Kröllwitz, Haltestelle Puschkinstraße,

Straßenbahn 3 ab Markt in Richtung Trotha, Haltestelle Puschkinstraße,

Straßenbahn 8 ab Markt in Richtung Kröllwitz, Haltestelle Diakoniewerk

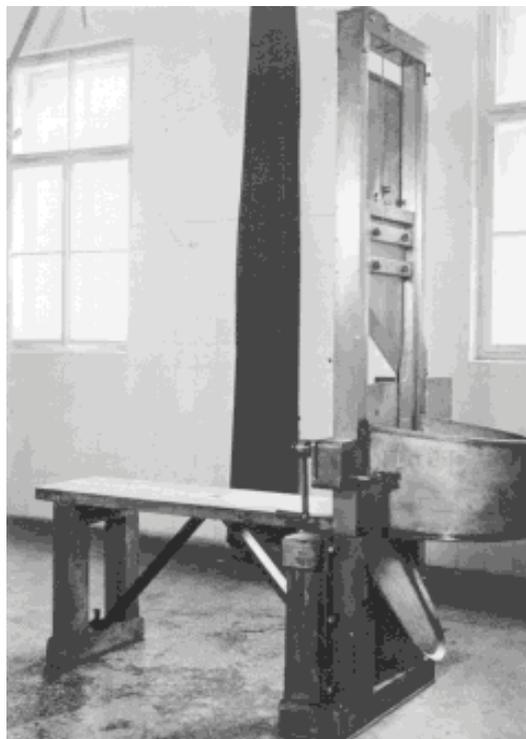
### Geschichte:

Das Gebäude, in dem sich die Gedenkstätte befindet, zählt zu den ältesten Teilkomplexen der im Jahre 1842 eröffneten Haftanstalt. Um die Jahrhundertwende wurde es als Lazarett und Irrenanstalt genutzt.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts vollstreckte der Scharfrichter auf dem Hof der Königlichen Strafanstalt „Am Kirchtor“ die Todesurteile an zwei Anarchisten, die wegen eines Dynamitattentates auf den Kaiser vom Reichsgericht verurteilt worden waren.

Nach der Machtübernahme verhafteten die Nationalsozialisten zahlreiche politische Gegner und lieferten sie im Gefängnis „Am Kirchtor“ ein. Viele der Inhaftierten, angeklagt vor dem Volksgerichtshof, dem Kammergericht Berlin oder dem Mitteldeutschen Sondergericht Halle (Saale), wurden zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt.

Einige der von Gerichten der Saalestadt ab Anfang 1933 zum Tode Verurteilten brachte man zur Hinrichtung zunächst in das halesche Gerichtsgefängnis Kleine Steinstraße, ab 1937 nach Weimar.



Eine solche Fallschwertmaschine wurde auch in Halle verwendet.

Wenige Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges ließen die Nationalsozialisten im „Roten Ochsen“ eine Hinrichtungsstätte bauen. Aus

den im Herbst des Jahres 1942 von ihnen so bezeichneten „Probeführungen“ wurden mit Beginn des Jahres 1943 Massenhinrichtungen, die vorwiegend aus politischen, aber auch aus kriminellen Gründen verurteilte Menschen betrafen. Es handelte sich um Abgeurteilte aus über einem Dutzend Staaten, Menschen nahezu aller Alters- und Berufsgruppen, um Männer ebenso wie Frauen. Bis zum 10. April 1945 wurden über 500 Menschen hingerichtet; ein Großteil von ihnen war vom Reichskriegsgericht verurteilt worden, dem obersten Gerichtshof der deutschen Wehrmacht.

Der Haftalltag der Gefangenen im „Roten Ochsen“ wurde während der NS-Zeit wesentlich durch den Einsatz in der Rüstungsproduktion bestimmt, für die ein größeres Werkstattgebäude entstand. Darüber hinaus setzten die nationalsozialistischen Justizbehörden Gefangene in mehreren Außenlagern ein.

Im April 1945 wurde ein Teil der Inhaftierten „evakuiert“. Ziel dieser Maßnahme war letztlich deren Liquidierung. Viele der vom „Roten Ochsen“ auf den Todesmarsch in Richtung des Konzentrationslagers Flossenbürg geschickten Häftlinge erreichten ihr Ziel nicht. Einige Überlebende kehrten im Juni 1945 nach Halle zurück. US-amerikanische Verbände hatten mit der Besetzung der Stadt am 17. und 18. April 1945 die im Zuchthaus verbliebenen Gefangenen befreit.

Nach Abzug der Amerikaner wurde der „Rote Ochse“ ab Sommer 1945 erneut Ort politischer Strafverfolgung. Im heutigen Haupteingangsbereich der Justizvollzugsanstalt (JVA) Halle richtete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland Militärtribunale ein, deren Zuständigkeit sich auf das spätere Land Sachsen-Anhalt erstreckte. Die Sowjetischen Militärtribunale (SMT) wirkten hier bis in die frühen 50er Jahre, obwohl der „Rote Ochse“ bereits Teil des DDR-Strafvollzuges geworden war. In den ersten zehn Nachkriegsjahren verhängten die Tribunale in der Haftanstalt auch Todesurteile, u. a. wegen Vorwürfen der „Werwolf“-Zugehörigkeit, des illegalen Waffenbesitzes, der Spionage, Wirtschaftsvergehen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Nicht wenige Urteile hoben die SMT wieder auf und wandelten diese durch einen „Begnadigungsakt“ in zum Teil 25-jährige Haftstrafen um, die in den Straf- und Arbeitslagern Sibiriens zu verbüßen waren. 1950 übergaben die sowjetischen Behörden den „Roten Ochsen“ an das

Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR, nachdem im gleichen Jahr die Haftanstalt bereits vorübergehend Außenstelle des Zuchthauses Torgau war und Teile des Gebäudekomplexes der DDR-Justiz zur Verfügung standen. Hinter der Adresse „Am Kirchtor 20a-d“ verbarg sich seit 1952 die Untersuchungshaftanstalt (UHA) des MfS in Halle. Der größere Teil des Komplexes diente dem Innenministerium der DDR als Strafvollzugsanstalt sowohl für aus kriminellen als auch aus politischen Gründen Verurteilte.

Bislang konnten allein für den Zeitraum 1952-1960 ca. 9 000 Zugänge in der Strafvollzugsanstalt „Roter Ochse“ ermittelt werden. Für die UHA des MfS liegen Zahlen erst ab 1955 vor. Bis 1989 sind hier ca. 6 000 Untersuchungshäftlinge registriert worden.

Über die in der Nachkriegszeit hingerichteten Gefangenen aus dem „Roten Ochsen“ liegen bisher keine genauen Erkenntnisse vor. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Vollstreckung entsprechender Urteile in zentralen Richtstätten der DDR, z. B. in Dresden und Leipzig, bzw. bei Verurteilung durch die SMT nach Verschleppung in der Sowjetunion erfolgte.

Das MfS beschäftigte in der UHA „Roter Ochse“ zuletzt ca. 350 Mitarbeiter aus den Abteilungen VIII (Beobachtung/Ermittlung), IX (Untersuchungsorgane), XIV (Untersuchungshaft/Strafvollzug) und XXII (Terrorabwehr).

Die Gedenkstätte Roter Ochse“ wurde am 15. Februar 1996 eröffnet. Sie befindet sich noch im Aufbau. Gegenwärtig sind insgesamt 20 Dokumentationstafeln in drei provisorischen Ausstellungsräumen zu sehen. Gegenüber den Ausstellungsräumen sind zwei „Musterzellen“ für die Zeiträume um 1945 und um 1960 eingerichtet worden. Im Seminar- und Vortragsraum der Gedenkstätte werden außerdem Sonderausstellungen präsentiert.



Gebäude der ehemaligen UHA des MfS

Eine zweite Ausfertigung wird nicht ausgestellt.

*Professors*

Zuchthaus Halle (Saale)

Gef. B. *521/37*

Halle (Saale), den *6. Dezember* 19*40*  
 Abh. *10. O. So. 124/37* *12.42* Uhr

*Armed. Berlin*  
 D. B. S. I. A.

Entlassungsschein

Der *Arbeiter Otto Wolf*  
 wird heute  Verblüfung einer Zuchthausstrafe von *3* Jahren *6* Monaten  
 — Tagen weniger *5 Monaten 1 Woche* Untersuchungshaft  
 aus der hiesigen Anstalt entlassen.

Beginn der Haft (einschl. etwaiger Untersuchungshaft): *4. Juni 1937*

Beendigung der Haft: *6. Dezember 1940*

Entlassungsort: *Münchberg 91.*

Der *B.* *5. Dezember 1940*  
 Sammelbezugslisten zur Entlassung verfasst worden. Er ist  
 — nicht — im Besitz von Bezugskarten für Lebensmittel.

wenden!

Nach Beendigung ihrer Haft wurden politische Gefangene aus dem „Roten Ochsen“ zumeist direkt in Konzentrationslager „überstellt“. In Ausnahmefällen - so wie hier - erfolgte eine Entlassung. Der Betroffene hatte sich wöchentlich bei der Geheimen Staatspolizei zu melden. (Quelle: privat)

Zuchthaus Halle/S.

Eingeliefert — Gefesselt

am 17.8.1943 16<sup>00</sup> Uhr

von: Strafgewängnis  
Wolfenbüttele

Vorstrafen usw.:

- Zuchthaus,
- Gefängnis,
- Haft,
- Geldstrafe,
- Sicherungsverwahrung,
- Arbeitshaus,
- Unterbringung in Heil- und Pflegeanstalt,
- Unterbringung in Irrenheilanstalt

Lebmalig entlassen im Jahre:

in:

(Rufname) (Familienname)

Birger Rösland

geb. am 14.7.95 in Bergen

bei Norwegen Beruf: Polizeikonstabler

Bekanntl. ev. Wohnung: Bergen, Krunstaaswein

Wohnt polizeilich gemeldet: 5 E

Ruf- und gegebenenfalls Geburtsname des Ehegatten: Witwer Zahl der Kinder: 3

Name und Wohnung des nächsten Angehörigen (Name, Adresse usw.):

Gefangenenbuchnummer: 297/43

Unterbringung:

20 AUG 1943

Wahlrechtsbehörde oder sonstige am Aufnahme ersuchende Behörde Geschäftszeichen	Strafentscheidung usw.	Straftat	a) Ort und sonst wichtig. Dauer bzw. Höchstmaß der zu vollstreckenden Strafe, Maßregel der Sicherung u. Besserung oder sonstigen Freiheitsbegränzung b) Unzureichende Untersuchungsfestl.	Straf- oder Verwahrungszzeit		Aufnahmemitteilung
				Beginn Tag und Tageszeit	Ende Tag und Tageszeit	
ORA. d. VGH. Berlin 2 J. 1016/43	12.5.43	landesverrät. Feindbegünstigung	Todesstrafe	Uhr	Uhr	2 J. 1016/43 an ORA. beim Volks-Ger. Hof in Berlin
				Min.	Min.	
				Uhr	Uhr	
				Min.	Min.	

Vollz. A 10 Mitteilung der Aufnahme an die Behörde, die um Aufnahme ersucht hat. Arbeitsverwaltung Pflögen

Verwaltung — Inspektor — Schriftf.

Birger Rösland war einer von vier norwegischen Widerstandskämpfern, die im September 1943 im Zuchthaus Halle/Saale aufgrund eines Todesurteils des Volksgerichtshofes (VGH) enthauptet worden sind. (Quelle: BArch, VGH-Z/Rösland)

Strafvollzugsanstalt I Halle

Halle, den 12. April 1953

Aufstellung über die in der Strafvollzugsanstalt einsitzenden Strafgefangenen die von einem S M T verurteilt sind, unterteilt nach Strafdelikt und Strafdauer.

Art des Verbrechens:	Insgesamt:	davon unterteilt nach Strafzeit				b. 10 Jahre'
		lebensl.	25 Jahre	v. 15 b. 25 J.	v. 10 J. b. 15 J.	
1	2	3	4	5	6	7
1. Spionage	60 ✓			7	23	30
2. Kriegsverbrecher ( Verbr. g.d.M.)	50 ✓			11	17	22
3. Terroristen	7 ✓			2		5
4. Diversanten	2 ✓			1		1
5. Schädlingarbeit Sabotage	9 ✓				2	7
6. Aufruf z. Aufstand u. Teiln. an antisowj. Org. u. Gruppen	13 ✓			4	1	8
7. Antisowj. Agitation Flugblattverteilung	54 ✓				1	53
8. Verheimlichung oder Mitwisserschaft	31 ✓				4	27
9. Illegal. Waffenbes.	32 ✓				12	20
10. Sonstige Verbr.	130 ✓			9	26	95
	388 ✓	-	-	34	86	268

Leiter der Strafvollzugsanstalt I Halle

*Mouper*  
( Brossfeld )  
WP-Inspekteur.

Auch nach Übergabe eines Teils der Haftanstalt an die Deutsche Volkspolizei sind im „Roten Ochsen“ weiter Freiheitsstrafen nach Verurteilung durch Sowjetische Militärtribunale vollstreckt worden.  
(Quelle: BArch, DO 1 32.0, 39721)

Einzelchicksale:

Bericht über Peter K.

*Am 1. Oktober 1940 verurteilte das Sondergericht in Halle den Abdeckereihilfen Peter K. zu vier Jahren Zuchthaus, weil er ausländische Radiosender abgehört und das dabei Erfahrene an Bekannte weitererzählt hatte. Der 1901 in Polen geborene Arbeiter lebte seit 1913 in Deutschland, war verheiratet und Vater eines Kindes.*

*Seit August 1940 verbrachte der aus politischen Gründen angeklagte K. die Untersuchungshaft im Zuchthaus Am Kirchtor. Auch den Beginn seiner „Strafzeit“ erlebte er hier, ohne dass ihm die Jahre des Krieges als Strafe angerechnet worden waren. Der Strafbeginn war, da K. „die Tat während des Krieges begangen“ hatte, erst mit Kriegsende angesetzt. Nach einem Zwischenaufenthalt im sogenannten „Polenvollzug“ in Bochum kehrte er Weihnachten 1942 in das Zuchthaus nach Halle zurück. Stellungnahmen zu von ihm selbst und seiner Ehefrau verfassten Gnadengesuchen endeten stets mit einer Ablehnung. Der Vorstand des Zuchthauses Halle bescheinigte dem Verurteilten zwar „äußerlich“ eine „ordnungsgemäße Führung“, er verberge aber seine „innere Einstellung“ (3. 2. 1943). Nachdem auch das Sondergericht befand, dass K. „trotz seines langen Aufenthalts im Reich der typische, verschlossene, hinterhältige und dem Deutschtum abgeneigte Pole geblieben“ sei (5. 2. 1943), lehnte der Zuchthausvorstand am 18. 11. 1943 einen Gnadenerweis mit dem Hinweis ab, K. habe „auf verbotenen Wege einen Brief aus der Anstalt befördern wollen“ und sei erst im Juni deswegen mit zwei Wochen Arrest bestraft worden. K., die überwiegende Haftzeit in Arbeitskommandos des Zuchthauses eingesetzt, wurde am 30. 6. 1944, dem offiziellen Ende seiner Haft, an die Gestapo Halle „abgeliefert“. Im Polizeigefängnis Dreyhauptstraße verliert sich seine Spur.*

Bericht von Lothar Rochau

*... Am Morgen des 23. Juni 1983 gegen halb sechs. Es klopfte laut und eindringlich. Die Mitarbeiter der Staatssicherheit samt dem zuständigen Richter standen vor der Tür mit einem Hausdurchsuchungsbefehl. „Wir fordern Sie auf, zur Klärung eines Sachverhaltes mitzukommen.“ „Nehmen Sie nur das Notwendigste mit.“ ... Ich kam in die Stasi-U-Haftanstalt in Halle, am Kirchtor 20 („Roter Ochse“). Der*

*Vernehmer, der einen souveränen und gebildeten Eindruck machte, hatte zu meiner Verwunderung einen ausgeprägten Berliner Dialekt. Wie ich später erfuhr, wurde die gesamte Untersuchung und Anklageerhebung von Berlin aus geleitet (HA XX/4) ...*

*Die ersten 3 Wochen wurde ich im Hinblick auf eine Anklage nach § 219 - ungesetzliche Verbindungsaufnahme - und § 214 - Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit - vernommen. Die ungesetzliche Verbindungsaufnahme sollte darin bestehen, daß ich die „Junge Kirche - Zeitschrift Europäischer Christen“ bezog. Als man hier nicht weiterkam, wurde auf § 106 - staatsfeindliche Hetze - erweitert. Dafür mußten herhalten, daß ich eine Schrift „Solidarität der Unteren“ diskutiert und weitergegeben hatte und daß ich den ersten Teil einer „Denkschrift zum Frieden“ verfaßt hatte.*

*Am Ende eines jeden Vernehmungstages habe ich mit dem Vernehmer um jedes Wort des Vernehmungsprotokolls gerungen.*

aus: Vom „Roten Ochsen“ geprägt (2) - Berichte politisch Inhaftierter aus den 80er Jahren, Reihe „Betroffene erinnern sich“, Heft 4; Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1997

Lothar Rochau wurde zu drei Jahren Haft verurteilt und am 1. 12. 1983 entgegen seinem Willen in die Bundesrepublik entlassen.

Bildungsangebote:

A. Führung mit Erläuterungen zur politischen Strafjustiz 1933-1989

(Dauer: 60-90 min)

- Historischer Exkurs ins 19. Jahrhundert
- Gefängnis und Ort der Schutzhaft.  
Der „Rote Ochse“ 1933-1935
- Der „Rote Ochse“ als Zuchthaus der NS-Justiz, 1935-1945 (Insassen, Haftbedingungen und Arbeitskommandos)
- Hinrichtungsstätte und Haftchicksale
- Todestransport und alliierte Besetzung
- Sitz des Sowjetischen Militärtribunals
- Durchgangsort für Speziallager
- MfS-Untersuchungshaft und politisch motivierter Strafvollzug:
  - Haft- und Arbeitsbedingungen
  - Haftgründe, -chicksale und Häftlingsfreikauf
- Frauen in politischer Haft und U-Haft
- MfS Verhör- und Zersetzungsmethodik

B. Seminare (ggf. mit Videovorführung) zu folgenden Themen  
(Zeit nach Absprache)

1. Das Reichskriegsgericht und die Hinrichtungsstätte im „Roten Ochsen“
2. Inhaftierung von Ausländern im „Roten Ochsen“
3. Opfergruppen während der NS-Herrschaft
4. Studentischer Widerstand in Halle und die sowjetische Gerichtsbarkeit (1950)
5. Haftchicksale im „Roten Ochsen“: Ära Ulbricht
6. Der Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 unter besonderer Berücksichtigung der Ereignisse in Halle
7. Haftchicksale im „Roten Ochsen“: Ära Hoenecker

C. Projekttag

Unter nationalsozialistischer Herrschaft (1933-1945)

1. Spurensuche - Zeitzeugen erinnern sich ... Widerstand gegen das politische Unrechtssystem im Hitlerstaat
2. Aktenzugang - Politische Justizfälle konkret
3. Wehrmachtsjustiz - „Wehrdienstverweigerer“ und „Landesverräter“
4. Politische Prozesse im Spiegel der Medien - Regionale Berichterstattung zu „Heimtücke“, „Rundfunkverbrechen“ und „Verbotennem Umgang mit Kriegsgefangenen“

Das Sowjetische Militärtribunal im „Roten Ochsen“ (1945-1955)

1. Spurensuche - Zeitzeugen erinnern sich ... Studentischer Widerstand in Halle
2. Sowjetische Militärtribunale im „Roten Ochsen“ - Stalinistische Justiz gegen „Feinde der Sowjetmacht“

Die Zeit des Ministeriums für Staatssicherheit (1950-1989)

1. Spurensuche - Zeitzeugen erinnern sich ... Politische Haftchicksale im „Roten Ochsen“
2. Traditionen im MfS - „Tschevistischer Klassenkampf“ oder „Der Feind steht innen“
3. Politische Prozesse im Spiegel der Medien - Regionale Berichterstattung zu „Spionage“, „Ausreise“ und „Verbindungsaufnahme“

4. Familientrennung - Freikauf, Isolation und Kinderheime auf dem Prüfstand der „tschevistischen Moral“

D. Vermittlung und Moderation von Gesprächsrunden mit Zeitzeugen  
(Dauer: 60-90 min)

E. Allgemeine Bildungsangebote

1. Betreuung von Jahres- und Projektarbeiten
2. Hilfe bei der Sichtung und Bereitstellung von Literatur der Präsenzbibliothek in der Gedenkstätte (Katalogrecherche: ca. 8 000 Titel) sowie von Videos
3. Bereitstellung von Dokumentationen (Musterkarten) und Videobeiträgen über bereits erfolgte Bildungsveranstaltungen in der Gedenkstätte (Vorträge und Tagungen).

Literatur:

Fricke, K.: Die Justizvollzugsanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale 1933-1945.

Eine Dokumentation, Reihe „Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt“, Heft 3; Ministerium d. Innern (Hg.), Magdeburg 1997

Sperk, A.: Die MfS-Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale von 1950-1989. Eine Dokumentation, Reihe „Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt“, Heft 4; Ministerium d. Innern (Hg.), Magdeburg 1998

Viebig, M.: Das Zuchthaus Halle/Saale als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942-1945), Reihe „Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt“, Heft 5; Ministerium d. Innern (Hg.), Magdeburg 1998

Vom Roten Ochsen geprägt - Lebensumstände politischer Häftlinge 1944 bis 1956 (Redaktion: Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V., Landesgruppe Sachsen-Anhalt), Reihe „Betroffene erinnern sich“, Heft 1; Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1996

Vom Roten Ochsen geprägt (2) - Berichte politisch Inhaftierter in den achtziger Jahren, Reihe „Betroffene erinnern sich“, Heft 4; Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1997

## Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945-1989



Hausanschrift:  
Umfassungsstraße 76  
39124 Magdeburg

Postanschrift:  
Postfach 180249  
39029 Magdeburg

Ansprechpartnerin: Annegret Stephan

Tel.: 03 91 - 2 44 55 90  
Fax: 03 91 - 2 44 55 99

Öffnungszeiten:

Mo-Mi, Fr	9 - 16 Uhr
Do	9 - 18 Uhr
jeder 1. Sa des Monats	10 - 12 Uhr

Gruppenführungen nur mit vorheriger Anmeldung.

Der Besuch der Gedenkstätte ist kostenlos.

Verkehrsverbindung:

mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Haltestelle Hauptbahnhof: Straßenbahnen Nr. 8 (Richtung Neustädter See) und Nr. 1 (Richtung Kannenstieg) bis Nicolaiplatz - gegenüber: Moritzstraße, Moritzplatz, roter Backsteinbau. Fußweg von der Haltestelle: 5 min.

mit PKW: von Norden oder von der Autobahn A 2 (Abfahrt Stadtzentrum) und von Süden kommend: Magdeburger Ring, Abfahrt Neustadt/Mittagstraße, nach rechts fahren, um an der 1. Ampel Mittagstraße links in die Umfassungsstraße einzubiegen, nach ca. 200 m roter Backsteinbau auf der linken Seite.

Kostenlose Parkmöglichkeiten ausreichend vorhanden, Busparkplatz vor dem Gebäude.

Geschichte:

Im Jahre 1876 wurde der im Norden Magdeburgs liegende rote Backsteinkomplex als Königlich Preußisches Amtsgericht und Stadtgefängnis erbaut. Nach der Herauslösung der Gerichtsbarkeit im Jahre 1940 wurde der gesamte Bau als Haftanstalt genutzt. Im Gegensatz zu vielen Gefängnissen, die nach 1945 der sowjetischen Militärmacht unterstellt wurden, blieb die „Haftanstalt Magdeburg-Neustadt“ unter deutscher Polizeiverwaltung. 1957/58 übernahm das MfS den Gebäudekomplex als Untersuchungshaftanstalt mit den Abteilungen IX „Untersuchung und Vernehmung“ und XIV „Untersuchungshaftanstalt, Sicherung, Verwaltung und Versorgung“. Im Laufe der folgenden Jahre wurde das Areal erheblich erweitert, die technischen Sicherheitsvorkehrungen sowie die Isolierung der Gefangenen in den 27 Zellen untereinander und von der Außenwelt perfektioniert.

Während der gesamten Existenz der DDR waren das MfS und die SED personell und institutionell sehr eng verflochten und übten ständig Einfluss aufeinander aus. Sich selbst als „Schild und Schwert der Partei“ definierend, schöpfte das MfS immer aus der SED mit „eiserner Parteidisziplin und tschekistischer Disziplin Kraft und politisch-ideologische Festigkeit“, wie es in einer Selbstdarstellung hieß. Seine zentrale Aufgabe, die Herrschaft der SED zu sichern, erfüllte das MfS unter bewusster Missachtung gesetzlicher Bestimmungen und erhielt dazu von dem Politbüro der SED einen uneingeschränkten Handlungsspielraum. Es war der Wille des Politbüros, dass das MfS mit einer Macht ausgestattet wurde, die keiner gesetzlich verankerten Kontrolle unterlag. „Das Ministerium für Staatssicherheit“, so die Richtlinie 1/58 des MfS, „ist beauftragt, alle Versuche, den Sieg des Sozialismus aufzuhalten oder zu verhindern - mit welchen Mitteln und Methoden es auch sei, vorbeugend und im Keime zu ersticken.“ Das bedeutete Diskriminierung, Verfolgung und Verhaftung Tausender, die der Politik der SED kritisch oder ablehnend gegenüberstanden. Aber auch zur Durchsetzung der Enteignungen und Kollektivierung, zur Verschleierung fragwürdiger politischer Ziele oder zur Disziplinierung der gesamten Bevölkerung wurden viele Menschen schwersten Repressalien unterworfen.

Wenn auch bei den zahlreichen Amnestien zwischen den „politischen“ und „kriminellen“ Straftätern unterschieden wurde, existierten in

der offiziellen Propaganda keine politischen Gefangenen in der DDR, was bereits die Rundverfügung Nr. 125/51 vom 5. 9. 1951 aus dem Ministerium der Justiz der DDR, unterschrieben vom damaligen Justizminister Fechner, definiert: „Die faschistischen Gewalthaber in Deutschland haben zehntausende aufrechter Antifaschisten in die Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager geworfen. Es genügte, eine andere politische Überzeugung zu haben, den Faschismus abzulehnen, Mitglied oder Funktionär in der Arbeiterbewegung gewesen zu sein, um verfolgt, misshandelt und der Freiheit beraubt zu werden. Für diese Opfer des Faschismus gebrauchen wir die Bezeichnung 'Politische Häftlinge'. Heute wird niemand seiner Gesinnung wegen inhaftiert. Wer unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung angreift, wer den Aufbau unserer Friedenswirtschaft stört, begeht eine strafbare Handlung und wird seiner verbrecherischen Taten wegen bestraft. Die Strafgefangenen dieser Art sind deshalb auch keine „politischen“ Gefangenen, sondern KRIMINELLE Verbrecher. Die Bezeichnung dieser Strafgefangenen als politische Häftlinge wird daher hiermit untersagt. Wenn im Einzelfalle eine nähere Kennzeichnung der Strafgefangenen erforderlich ist, sind konkrete Bezeichnungen zu wählen, wie beispielsweise Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung, nach Befehl Nr. 201 usw.“

Im Herbst 1989 erzwangen der Mut und der Zorn vieler Menschen in einer friedlichen Revolution politische Veränderungen. Die Zeit des Schweigens war vorbei, und die erschreckende Wahrheit über das hinter Mauern verborgene vielfältige Unrecht bekam endlich eine Stimme.

„Stasi in Magdeburg“ hieß eine vom Bürgerkomitee und Memorial Magdeburg initiierte Ausstellung im Herbst 1990. Sechs Wochen wurden in den Zellen dieser ehemaligen Untersuchungshaftanstalt 23 000 Besuchern erste Erkenntnisse über das allumfassende Netz des MfS und die unmenschliche Behandlung politischer Gefangener vermittelt. Es waren die Initiatoren und Besucher der Ausstellung, die forderten: „Dieser Ort muß Gedenkstätte werden“. Im Dezember 1990 wurde durch Beschluss der Stadtverordneten dieses zukunftsweisende Vorhaben Realität. Heute wird die Gedenkstätte vom Land Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Stadt Magdeburg getragen. Sie ist dem Ministerium des Innern unterstellt.

Über 700 ehemalige politische Häftlinge und Verfolgte haben seither die Gedenkstätte aufgesucht und berichtet, wie sie im Namen einer Ideologie diskriminiert, in ihrer Menschenwürde beleidigt, ihres Besitztums und ihrer Freiheit beraubt und in ihren persönlichen Rechten geschädigt wurden. Sie schilderten die bedrückenden Haftbedingungen, die perfiden Vernehmertaktiken und sprachen von ihrer Ohnmacht und Angst. Die Zeit in MfS-Gefängnissen führten bei sehr vielen zu schwerwiegenden Schäden. Die Wunden von einst sind längst nicht verheilt. Es bedarf der politischen Verantwortung und des sensiblen und wachen Umgangs der Gesellschaft mit den Opfern der Gewaltherrschaft, um die Auswirkungen dessen zu lindern, was 45 lange Jahre verletzte, verbog und zerstörte. Das Aufzeichnen der mitunter erschreckenden Lebensberichte ehemaliger politischer Häftlinge und Verfolgter und praktische Beratungshilfe sind feste Bestandteile im Aufgabenbereich der Gedenkstätte. Wir wollen die Erinnerung an die Opfer dieser Diktatur wach halten und dem Vergessen entgegenwirken. Wir wollen ein Mahnzeichen für die Bewahrung der Menschenrechte setzen und dem Bewusstsein Raum geben, für die Demokratie hohe Verantwortung zu tragen.



Im Zellentrakt 1968

Einzelchicksale:

## Ein Häftlingsbericht

1961, Herr R. W., damals 50 Jahre alt

... Die Zelle war Schlafräum, Toilette, Eßraum zugleich. Waschen nach der Benutzung der Toilette war nicht möglich. Nur früh gab es Wasser zum Waschen. Die Zelle war ausgefüllt mit der Holzpritsche, worauf man schlief. Liegen war nur während der Nacht gestattet. Es durfte nur aufrecht gesessen werden, Abstützen war verboten. Von der Tür zur Pritsche ca. 2 m. Mit 1½ Schritt hatte man die Zelle durchwandert. Und dies zu zweien. Ich war lebend begraben. „Freistunde“ war bei der Stasi vor dem Mittagessen. Aber meistens dauerten die Vernehmungen bis 12 Uhr, wenn alles vorbei war. Ein Buch zu lesen war eine Vergünstigung! Diese erhielt ich selten, um sie bald wieder entzogen zu bekommen; einen angeblichen Grund fanden sie stets: Ich sei durch und durch verlogen, solle die Wahrheit sagen, hätte zur Nachbarzelle Klopfzeichen gegeben oder Verbote auf der Zelle mißachtet. Dann wollte ich die Bibel haben. Sie erhielt ich nicht. Auch das „Kapital“ von Marx wurde abgelehnt. Die Verpflegung: früh 2 Schnitten Brot, dünn mit Marmelade, das Mittagessen im wesentlichen aus Wasser, abends 2 Schnitten Brot, dünn, mit Margarine billigster Qualität. Man konnte dabei leben, war aber bei der Verpflegung den folgenden brutalen Vernehmungen auf die Dauer nicht gewachsen. Weil ich Schreibverbot hatte, durfte ich Weihnachten nicht nach Hause schreiben. Erst sollte ich Namen von meinen Bekannten nennen, die der DDR ablehnend gegenüberstanden. Mein ganzer Bekanntenkreis stand positiv zur DDR!! Aber Wahrheit war nur, was der Stasi paßte; unbequeme Wahrheiten waren „Lügen“! Auf das Schreibverbot antwortete ich mit einem Hungerstreik. Dauer bis zur Genehmigung, meinen Angehörigen zu schreiben. Hierzu gehört eine eiserne Energie. Leicht ist das nicht. Drei Tage aß ich nichts. Dann durfte ich eine halbe Seite schreiben. Es kam keine Antwort. Ich sagte, daß eine Antwort kommen müßte. Die Stasi: „Wollen Sie uns etwa unterstellen, daß wir Ihren Brief unterschlagen haben? Wenn die Post den Brief verbummelt hat, dann ist das nicht unsere Sache.“ Daneben die üblichen Beschimpfungen: „Sie Drecksau, Ihre Mutter sollte sich totschämen, solch ein Mistvieh wie Sie überhaupt zur Welt gebracht zu haben!“ Ich kündigte einen zweiten Hungerstreik in 14 Tagen an - solange, bis ich Post von meiner Familie erhalten würde. Jeden Morgen bei Beginn der Vernehmung waren

meine ersten Worte: Noch 13 Tage, noch 12 Tage usw. Die Antwort war stets eine wüste und verletzende Anbrüllerei. Nach wenigen Tagen kam nun endlich, es war Mitte Januar, ein Brief von meiner Ehefrau: „Soeben ist Dein Weihnachtsbrief angekommen ...“ Es war seit meiner Verhaftung im September 1961 das erste Lebenszeichen von mir, das meine Familie erhielt. Der Winter 1961/62 war trostlos. Die Vernehmungen gingen im allgemeinen bis 18 Uhr. Anbrüllen war die Regel, daneben gab's vom Vernehmer recht schmerzhaft Kopfnüsse. Oft kamen noch ein oder zwei Offiziere zu Kreuzverhören mit unglaublichen Beschimpfungen. Ruhe hatte ich erst, wenn ich gesagt hatte, was die Stasi wünschte. Und dann die trostlose Zelle. Zeitungen gab es nicht, und ein Rechtsbeistand war ebenfalls nicht gestattet. Im Februar/März waren die besonders harten Vernehmungen. Ein Hauptmann zeichnete sich durch große Brutalität aus. Ich war so heruntergekommen, daß ich mit der flachen Hand unter die Rippen fahren konnte. Der Hauptmann schlug mich zusammen und trat mich mit den Füßen. Wehren konnte ich mich nicht mehr, ich war zu schwach. Mein Vernehmer - ein Oberleutnant - stand lächelnd dabei! Der Grund, wie im allgemeinen bei den dauernden Anbrüllereien: Meine Aussagen paßten der Stasi nicht. Wahrheit war sowieso Nebensache. Hauptsache, es paßte in ihr Konzept. In dieser Lage bat ich wiederholt, mir doch endlich den Prozeß zu machen. Sie könnten mich zum Tode verurteilen. Die Antwort des Hauptmannes: „Sie zum Tode zu verurteilen, geht viel zu schnell. Bloß die Rübe runter und dann ist es vorbei. Davon haben Sie nichts! Sie kriegen eine anständige Zuchthausstrafe! Dann geht das langsamer und Sie haben mehr davon. Wenn Sie dann den Arsch zukneifen, kräht kein Hahn danach.“ Wiederholt kamen immer wieder die Worte: „Erst mal Namen nennen, erst mal auspacken. Erst dann der Prozeß.“



Freigangzelle

715

Abteilung XIX

BUN  
 060133

Magdeburg, den 04. 09. 72  
Ze/Bi

03. Mai 1994  
Der Bundesbeauftragte für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Außenstelle Magdeburg  
Wilhelm-Häppler-Ring 3  
Magdeburg-Südenburg  
Hilf.-Nr. 328/76 Bd.1

Maßnahmeplan

zur weiteren Überprüfung und Bearbeitung des operativen  
Ausgangsmaterials "Brücke"

In Absprache mit dem amtierenden Leiter der Dienst Einheit,  
Genossen Hptm. BREDL, (vom 26. 06. 72) sind hinsichtlich  
der weiteren operativen Bearbeitung des operativen Ausgangs-  
materials "Brücke" grundsätzlich folgende Maßnahmen durch-  
zuführen bzw. zu realisieren:

1. Erarbeitung eines 3. Zwischenberichtes zum operativen  
Ausgangsmaterials mit Analyse über realisierte Maßnahmen,  
Lücken in der bisherigen Bearbeitung und solcher Fragen,  
die noch der Klärung bedürfen.
2. In Koordinierung mit der Transportpolizei ist zu erwirken,  
daß zum vorläufig eingeleiteten Ermittlungsverfahren die  
gleichen Aufgaben gelöst werden, wie sie unter Punkt 1  
gestellt wurden.
3. Das Kommissariat I der Transportpolizei hat die KA "Bomben-  
leger" nochmals durchzuarbeiten, die Ergebnisse zusammen-  
zufassen und Hinweise über die weitere Bearbeitung heraus-  
zuarbeiten.
4. Neu in die Ermittlungsarbeit aufzunehmen ist die Überprü-  
fung des Postamtes Magdeburg, Jordanstraße. Der 1. Tat-  
brief wurde von diesem Postamt abgestempelt.  
Über die KD Magdeburg ist zu organisieren, daß Handschrift-  
proben und Schriftproben von Schreibmaschinen aus diesem  
Bereich genommen werden.
5. In Zusammenarbeit mit dem Genossen Fehlhut von der Abtei-  
lung - K - des TP. Magdeburg sind weitere Überprüfungen  
im Bahnpostamt Magdeburg durchzuführen mit dem Ziel, den  
Weg des Poststempels (2. Tatbrief) weiter zu verfolgen.

Dabei sind folgende Fakten zu beachten, wie:

- Deutung des Buchstabens
- Ermittlung des infragekommenden Personenkreises
- Durchführung einer Befragung aller dort tätigen Personen,
- vor der Befragung sind die P-Akten auszuwerten.

Das eigentliche Ziel eines jeden OV war es, ihn als Untersuchungsvorgang bzw. Ermittlungsverfahren abzuschließen. Umfassend und flächendeckend waren dafür die Aktivitäten des MfS.  
(Quelle: Sammlungsbestand der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg)

03. Mai 1994

6. Durch Einsatz geeigneter inoffizieller Kräfte sind weitere Informationen, besonders zu den Personenbewegungen, zu den HO-Gaststätten "Magdeburger Bierstuben" und "Bratwurst-glöckl" zu erarbeiten.
7. Die Angaben des [REDACTED] (konspiratives Foto der Abteilung VIII während der Beobachtung am [REDACTED]) sind nochmals auf Ehrlichkeit zu überprüfen.
8. Mit Unterstützung des Genossen HORN der Abteilung XVIII ist Verbindung zum Leiter des VEB MAW aufzunehmen und mit dessen Unterstützung eine Befragung der dort tätigen [REDACTED] durchzuführen.
9. Aus den bisher vorliegenden Hinweisen (Tatbriefe, Tatstimmen, Gutachten usw.) sind alle operativ interessanten Fakten zur Täterpersönlichkeit herauszuarbeiten. Hierbei sind Personen zur Motivstellung zu beachten.
10. In Koordinierung mit der Abteilung - K - des TPA Magdeburg sind nochmals nähere Überprüfungen zu den Personen
- [REDACTED]
  - [REDACTED]
  - [REDACTED]
- durchzuführen.
- Die in der Befragung der Person auftretenden Widersprüche sind zu klären.
11. Zur Person [REDACTED] aus dem [REDACTED] Magdeburg sind nochmals konspirativ Stimmenproben zu beschaffen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß bereits in 2 Fällen vom P. konspirativ Stimmenproben entnommen wurden. Eine nochmalige Stimmenprobe verlangt eine konkrete Vorbereitung. Diese Stimmenprobe ist nochmals der Abteilung 32 zur Begutachtung vorzulegen.
12. Eingehende Überprüfungen sind seitens des Dezernates I der Transportpolizei zum [REDACTED] vom Bahnhof Magdeburg-Rothensee durchzuführen. [REDACTED]

03. Mai 1994

13. Alle während der bisherigen Überprüfung und Bearbeitung des operativen Ausgangsmaterials "Brücke" angefallenen Personen sind nochmals in den Informationsspeichern des MfS zu überprüfen.

Zengerling  
Oberleutnant

02. Mai 1994

Der Bundesbeauftragte für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Außenstelle Magdeburg  
Wilhelm-Höfner-Ring 3  
Magdeburg-Südumburg

Magdeburg, den 09./10. 05. 73

Beginn 14.30 Uhr  
Ende 07.00 Uhr

4 Expl./ 1. Ausfertigung

Th

79

BStU

02. Mai 1994

Der Bundesbeauftragte für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Außenstelle Magdeburg  
Wilhelm-Höfner-Ring 3

Magdeburg, 11. 5. 1973

Beginn: 10.30 Uhr/13.30 Uhr  
Ende: 13.00 Uhr/12.5.73/02.30: Uhr

87

02. Mai 1994

Der Bundesbeauftragte für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Außenstelle Magdeburg  
Wilhelm-Höfner-Ring 3  
Magdeburg-Südumburg

Magdeburg, 13. 5. 1973

Beginn: 8.30 Uhr/13.30 Uhr  
Ende: 12.30 Uhr/9:45 Uhr

97

3. Mai 1994

Der Bundesbeauftragte für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Außenstelle Magdeburg  
Wilhelm-Höfner-Ring 3  
Magdeburg-Südumburg

Magdeburg, den 22. 03. 1974

Beginn: 08.00 Uhr/13.30 Uhr/18.00  
Ende: 12.45 Uhr/16.30 Uhr/24.00  
fortgesetzt am: 23. 03. 1974

Beginn: 00.00 Uhr  
Ende: 03.30 Uhr

3 Expl./ 1. Ausf.  
Be

599

BStU  
000125

Vernehmungsprotokoll

des Beschuldigten D. [REDACTED] T. [REDACTED]  
geb. am: [REDACTED]  
wohn.: Magdeburg, [REDACTED]

Frage: Sagen Sie nochmals darüber aus, zu  
welchen gesellschaftlichen und politischen Höhepunkten im Leben  
der DDR von Ihnen Anrufe getätigt wurden!

Antwort: Ich sagte in der Vernehmung vom  
11. 05. 1973 aus, anlässlich des Besuches von ANGELA DAVIS in  
Magdeburg einen solchen Anruf getätigt zu haben. Diesen Teil mei-

Stundenlange Verhöre und Schlafentzug brachen schnell die Widerstandskraft des Untersuchungshäftlings. (Quelle: Sammlungsbestand der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg)

Bildungsangebote:

## A. Führung

(Dauer: 45 min)

Mit Erläuterungen zur Untersuchungshaft des MfS

- Arbeitsweise des MfS vor und bei Verhaftungen
- Gründe der Inhaftierung
- Haftbedingungen im Wandel der Zeit
- Vernehmungen und Vernehmertaktiken
- psychische Zersetzungsmethoden / „Operative Psychologie“
- Geständnisproduktion
- Ungleichgewicht zwischen Anklage und Verteidigung

B. Seminare (ggf. mit Videovorführung) zu folgenden Themen  
(Zeit nach Absprache)1. Dimensionen politischer Haft und Haftbedingungen 1945-1989  
(Auf der Grundlage von Forschungsergebnissen des Hannah-Arendt-Instituts Dresden und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen)2. Gesundheitliche Haftfolgen  
Psychische Haftschäden nach Zersetzungsmethoden des MfS

3. Verdeckte Enteignungen in der DDR am Beispiel der „Aktion Rose“ an der Ostseeküste im Jahr 1952

4. Der Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 unter besonderer Beachtung der Ereignisse in Magdeburg

5. Vorstellung von Justizunrecht am Beispiel

- eines vollstrecktes Todesurteils eines Magdeburgers anlässlich des 17. Juni 1953
- ein Urteil wegen „Staatsgefährdender Hetze“ anlässlich der Zwangskollektivierung 1960
- ein Urteil in den 70er Jahren für eine Tat, die nie begangen wurde
- ein Urteil wegen „Versuchter Republikflucht und Terror“
- wegen eines Fluchtversuches an der Grenzübergangsstelle Marienborn

6. Steuerung der Justiz in der DDR

7. Die Rolle der Opfer nach der Diktatur

- Spannungsfeld zwischen persönlicher Erinnerung und gesellschaftlicher Verdrängung

- Reden oder schweigen?

- Vom Umgang zwischen Opfern und Tätern

## C. Projekttag/-wochen

Aus dem gesamten Bildungsangebot können sich Lehrkräfte und Schüler ihr Projekt zusammenstellen. Die Organisation und fachliche Begleitung während des Projektes ist abgesichert.

D. Vermittlung und Moderation von Gesprächsrunden mit Zeitzeugen  
(Zeit: 1-2 Stunden)

Zeitzeugen berichten und beantworten Fragen

## E. Vermittlung und ggf. Moderation von Gesprächsrunden mit Experten

## F. Diskussionsangebote

- Vergangenheitsklärung als Grundlage für die Zukunft
- Das vielfältige Leben im real existierenden Sozialismus
- Was bedeuten Mut und Zivilcourage - und brauchen wir sie nur in Diktaturen?

## G. Einweisung und Hilfe bei Recherchen zu speziellen Themen

- Sichtung und Auswahl von Akten
- Hilfe im Umgang mit den Akten

## H. Verleih von Ausstellungen

- 17. Juni 1953 in Magdeburg
- Mut und Zivilcourage in Deutschland 1933-1989

## I. allgemeine Bildungsangebote

- Ausleihe von Büchern aus der themenbezogenen Bibliothek der Gedenkstätte
- Ausleihen von Videos zur Thematik
- Literaturempfehlungen zu speziellen Themen

Literatur:

Möbius, M.: „Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden.“ Die MfS-Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt von 1957 bis 1970; Reihe „Gedenkstätten- und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt“, Ministerium d. Innern (Hg.), Magdeburg 1999

## Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn



### Hausanschrift:

An der BAB 2  
39365 Marienborn

### Postanschrift:

Regierungspräsidium Magdeburg  
Dezernat 37  
Olvenstedter Straße 1-2  
39108 Magdeburg

Ansprechpartner: Dr. Joachim Scherrieble

Tel.: 03 94 06 - 9 20 90

Fax: 03 94 06 - 9 20 99

E-Mail: [gedenkstaette@marienborn.de](mailto:gedenkstaette@marienborn.de)  
([gdt@rpm.mi.lsa-gw.lsa-net.de](mailto:gdt@rpm.mi.lsa-gw.lsa-net.de))

Internet: <http://www.marienborn.de>

### Öffnungszeiten:

Di-So 10 - 17 Uhr

Der Besuch der Gedenkstätte ist kostenlos.

### Verkehrsverbindung:

Mit dem Auto: aus Richtung Berlin/Magdeburg verlassen Sie die A 2 über die Autobahnabfahrt Marienborn/Helmstedt-Ost (Hinweis „Gedenkstätte“) fahren links Richtung Helmstedt und sofort nach 80 m links der Ausschilderung bis zur Gedenkstätte folgend.

Aus Richtung Hannover verlassen Sie die A 2 an der Ausfahrt ESSO-Tankstelle (Hinweis „Gedenkstätte“) Marienborn.

Aus Richtung Helmstedt fahren Sie auf der B 1 in Richtung Morsleben, fahren ca. 1 km nach der Autobahn zur A 2 rechts und folgen der Ausschilderung bis zur Gedenkstätte. Parkmöglichkeiten sind ausreichend vorhanden.

Mit der Bahn: bis Bahnhof Marienborn, von dort Busverbindung, Fußweg (ca. 4 km) oder Gruppentaxi, bis Helmstedt (Abholung möglich nach Rücksprache).

### Geschichte:

Die DDR-Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn wurde im Verlauf ihres Bestehens zu einer wahren Festung ungeheuren Ausmaßes ausgebaut. Sie war die größte und bedeutendste GÜSt an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Über sie wurde außerdem der gesamte Verkehr der westlichen Alliierten von und nach Berlin abgewickelt. So wurden in den Jahren 1985-1989 über 4,9 Mio. Lkw, 140 000 Busse, 10,5 Mio. Pkw und Motorräder und 34,6 Mio. Reisende abgefertigt. Durch die Errichtung einer Gedenkstätte auf einem Teilbereich der ehemaligen GÜSt sollen dem Besucher wichtige Aspekte der deutschen und europäischen Geschichte, insbesondere die Teilung Deutschlands nach 1945, die Zeit des Kalten Krieges mit ihrer Teilung der Welt in zwei sich feindlich gegenüberstehende Machtblöcke sowie das totalitäre DDR-Regime mit seiner Verweigerung der Reisefreiheit und dem „Grenzregime“ am konkreten Ort veranschaulicht werden.

Ziel ist es, die Gesamtabläufe der ehemaligen GÜSt in den jeweiligen Funktionseinheiten als Bestandteil des „Grenzregimes“ und des Unterdrückungssystems im historischen Kontext darzustellen.

#### Die 1. Grenzübergangsstelle (1945-1949)

Die „Alliierte Kontrollstelle“ Helmstedt/Marienborn nahm mit dem Rückzug der britischen und dem Nachrücken der sowjetischen Besatzer in die jeweils zugewiesenen Zonen zum 1. Juli 1945 den Betrieb auf. Im Zusammenhang mit der Berlinblockade schloss die Sowjetische Militäradministration in Deutschland die GÜSt Marienborn für den Reiseverkehr und für die Alliierten (24. 06. 1948-12. 05. 1949).

#### Die 2. Grenzübergangsstelle (1950-1974)

Nach Gründung der beiden deutschen Staaten im Mai und Oktober 1949 übernahm die Volkspolizei der DDR 1950 die Verantwortung über den „Kontrollpassierpunkt“ Marienborn. Im Mai 1952 erfolgte aufgrund einer Regierungsverordnung die völlige Abriegelung der Grenze sowie die Verschärfung des Grenzregimes durch Einrichtung eines 5 km breiten Sperrgebiets, eines 500 m breiten Schutzstreifens und eines 10 m breiten Kontrollstreifens sowie den Ausbau der Kontrollstelle. Dieser Ausbau wurde nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 weiter forciert. Während der 60er Jahre begannen auf Druck des MfS die Planungen für einen Neubau der GÜSt.

### Die 3. Grenzübergangsstelle (1974-1990)

Sie wurde auf Beschluss des Ministerrats der DDR in den Jahren 1972 bis 1974 auf einer Fläche von 35 ha in ca. 1,5 km Entfernung von der innerdeutschen Grenze erbaut. Nach ihrer Fertigstellung waren hier fast 1 000 Bedienstete (Passkontrolleinheit, Zoll, Grenztruppen, Zivilbeschäftigte) eingesetzt. Ein nahezu perfektes Überwachungssystem verhinderte fast jeden Fluchtversuch.

Mit der Öffnung der Grenze am 9. November 1989 wurde die GÜSt Marienborn für DDR-Bürger uneingeschränkt passierbar.

Mit Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Kontrollen auf der GÜSt Marienborn am 30. Juni 1990 um 24 Uhr eingestellt.

### Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Im Oktober 1990 erstellte das neugegründete Landesamt für Denkmalpflege ein denkmalpflegerisches Gutachten für die GÜSt. 1992 beschloss das Land Sachsen-Anhalt den Aufbau der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Am 13. August 1996 eröffnete Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner die sich in Trägerschaft des Landes befindliche Gedenkstätte.

Der Öffentlichkeit präsentiert sich eine Anlage, in der der Wandel von einer GÜSt mit ihren ehemaligen Funktionseinheiten zu einer Gedenkstätte nachvollzogen werden kann. Seit der Eröffnung besuchten über 200 000 Personen aus vielen Ländern die Einrichtung.

Die wissenschaftliche Konzeption gliedert sich in zwei Teile: Jeweils eine Funktionseinheit der

ehemaligen DDR-Grenzübergangsstelle wird mit Unterstützung des Bundes originalgetreu und denkmalgerecht wiederaufgebaut. Bereits jetzt können sich die Besucherinnen und Besucher das Gelände anhand eines Besucherleitsystems selbständig erschließen oder die ehemaligen Funktionseinheiten „PKW-Einreise“, „Kontrollbox Ausreise“ und „Kommandoturm“ im Rahmen einer Führung besichtigen.

Im Dokumentations- und Informationszentrum zeigt eine Dauerausstellung die Geschichte der Grenzübergangsstelle Marienborn im Kontext der Teilung Deutschlands. Sie spannt einen Bogen von der Vorgeschichte der Teilung über Zwangsaussiedlungen bis zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Sie beleuchtet den Alltag der dort lebenden Bevölkerung, die Grenze und ihre Bewacher und das Thema Flucht. Die Ausstellungsthemen werden über originale Objekte, Dokumente, Klang- und Filminstallationen und über einführende und vertiefende Texte vermittelt.

In Sonderausstellungen (während der Zeit von 1997 bis 1999 sieben z. T. selbst produzierte Expositionen) werden darüber hinaus Einzelaspekte vertieft bzw. künstlerische Annäherungen an die Thematik vorgestellt.

In einem länderübergreifend erarbeiteten Konzept ist die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn mit dem Grenzdenkmal Hötensleben und dem Zonengrenzmuseum Helmstedt verbunden. Dazu wurde am 6. November 1997 im Magdeburger Landtag der Verein „Grenzen/os - Wege zum Nachbarn“ gegründet, der die genannten Stätten einbezieht sowie die Universitätstage Helmstedt umfasst. Das Projekt „Grenzen/os“ ist registriertes und anerkanntes, dezentrales Projekt der Weltausstellung „EXPO 2000“.



### Einzelchicksale:

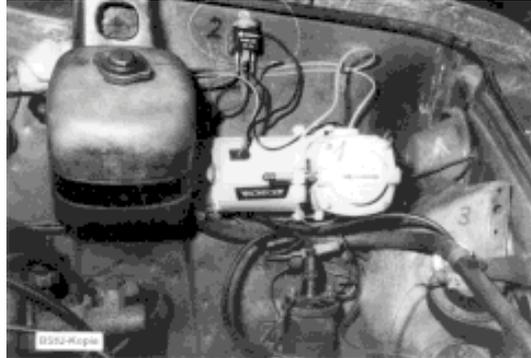
Für viele DDR-Bürger, die das Land durch Flucht versteckt in einem Fahrzeug verlassen wollten, war die Kontrollbox im Ausreisebereich der GÜSt-Marienborn (Autobahn) Endstation. Die Mitarbeiter des MfS dokumentierten das Ende der Fluchtversuche - vermutlich zu Lehrzwecken.

#### Zum Beispiel Manuela Eickenroth

Im Jahre 1980 ist sie gerade 21 Jahre alt. In einem Versteck, das sich in einem Kleinwagen befindet, wird sie am 11. April 1980 gegen 21.30 Uhr zusammen mit einem weiteren Flüchtling in der „Kontrollbox-Ausreise“ der Grenzübergangsstelle Marienborn entdeckt.

Anschließend wurden die Flüchtlinge und der Fluchthelfer verhaftet, verhört und in die MfS-Untersuchungshaftanstalt Moritzplatz nach Magdeburg verbracht. Nach sechs Monaten Haft in den MfS-Untersuchungsgefängnissen Magdeburg und Rostock wurde Manuela Eickenroth im September 1980 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Im April 1981, fast genau ein Jahr nach ihrer Festnahme in Marienborn, wurde Manuela Eickenroth im Rahmen der „Besonderen Bemühungen“ der Bundesrepublik Deutschland für 90 000 DM freigekauft.



Das Bild zeigt einen speziell für die Flucht eingebauten niveauregulierenden Stoßdämpfer. Mit Hilfe dieses Systems wurde das Heck des PKW um vier Zentimeter gehoben, damit die Grenzposten nicht anhand des Gewichtes feststellen konnten, dass sich zwei Personen im Kofferraum befanden.



*„Dann stieg ich aus. Grelle Scheinwerfer waren auf den Kofferraum gerichtet, blendeten uns, so daß wir die Gestalten der Offiziere des Staatssicherheitsdienstes nicht erkennen konnten.“*

# URKUNDE

Manuela Eickenroth

geboren am 15. 01. 1959 in Berlin

wohnhaft in Berlin, Storkower Straße 40

wird gemäß § 10 des Gesetzes vom 20. Februar 1967 über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I S. 3) aus der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik entlassen. Die Entlassung erstreckt sich auf folgende kraft elterlichen Erziehungsrechts vertretene Kinder:

-  
geboren am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_

-  
geboren am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_

-  
geboren am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_

Die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik wird gemäß § 15 Abs. 3 des Staatsbürgerschaftsgesetzes mit der Aushändigung dieser Urkunde wirksam.

Berlin

den 03. 04. 1981

Ausgehändigt am 07. 04. 1981



*[Handwritten signature]*

Bildungsangebote:

Vorschlag für den Ablauf eines Studientages (mit Angabe der voraussichtlichen Zeitdauer der einzelnen Elemente)

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn hat sich in den letzten drei Jahren zu einem „offenen Lernort“ - insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene - entwickelt. Neben der Vermittlung von kognitivem Wissen um historische Abläufe und Zusammenhänge stehen eigene Reflexionen über historische und aktuelle Situationen sowie emotionale, kommunikative und assoziative Elemente der Wirklichkeitswahrnehmung im Vordergrund. Aus der Grenzübergangsstelle Marienborn, die mit einem erheblichen materiellen und geistigen Aufwand zu einem Bollwerk des Grenzregimes, einem Ort der Trennung ausgebaut wurde, hat sich die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, ein „offener Lernort“ und ein Zentrum der Begegnung, entwickelt.

Gedenkstättenbesuche, Studien- oder Projekt-tage können individuell mit der Gedenkstätte zusammengestellt werden. Die wichtigsten Module sind:

- a) Begrüßung, Einführung und (ggf.) Aufteilung der Gruppen (ca. 10 min)
- b) Einsatz des Videos „Die Grenzübergangsstelle Marienborn - Nadelöhr zwischen den Welten“ zur Einführung in die Gesamtthematik (ca. 35 min)
- c) Einsatz des Videos „Auf der Wacht für die DDR“ (41 min) zur Vorbereitung und Einführung eines Gedenkstättenbesuches
- d) Führung über das Gedenkstätten-gelände (ca. 90 min)
- e) Getrennte Zeitzeugenberichte (um einen „Perspektivenwechsel“ zu ermöglichen) mit jeweiligen Gesprächspartnern
  - z. B. ehem. verantwortlich Beschäftigter auf der GÜSt (ca. 45 min)
  - ca. 10 min Pause
  - z. B. ehemals Flüchtender bzw. Fluchthel-fer (ca. 45 min)
- f) Besichtigung der Dauerausstellung. Diese umfasst auf 300 m<sup>2</sup> sieben Bereiche: „Kriegs-ende“, „Die chronologische Entwicklung der Grenze vor dem historischen Hintergrund der Teilung Deutschlands“, „Die Grenze und ihre Bewacher“, „Flucht und Ausreise“, „Koh-le-Tagebau Harbke“, „Die GÜSt Bahnhof“, „Die friedliche Revolution und die Öffnung der Grenze“ (ca. 60 min)
- g) Besichtigung der jeweils aktuellen Sonder-ausstellung (ca. 30 min)
- h) Selbständiges Arbeiten mit Quellen (ca. 45 min)
- i) Diskussion zu ausgewählten Themen bzw. Abschlussdiskussion in den Seminarräu-men der Gedenkstätte (ca. 60 min)
- j) Besuch des Grenzdenkmals Hötensleben. Das Grenzdenkmal Hötensleben bietet die Möglichkeit, das ehemalige Grenzsyste-m im Originalzustand zu besichtigen. Auf einer Fläche von 6½ ha und einer Länge von 350 m werden Sichtblendmauer, Signal-zaun, Sicht- und Schussfeld mit Lichttrasse, Kolonnenweg und Kfz-Hindernis, Grenz-mauer und die Führungsstelle mit Kfz-Stel-lung erhalten. (Hin- und Rückfahrt je 30 min und Führung 60 min).
- k) Teilnahme an einer Grenzen/os-Tour. Die Tour verbindet in einem gemeinsam er-arbeiteten Konzept die in dem Projekt „Gren-zen/os - Wege zum Nachbarn“ zusam-mengeschlossenen Einrichtungen, Grenz-denkmal Hötensleben, Zonengrenzmuseum Helmstedt, Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, und bietet in komprimierter Form die Auseinandersetzung mit der Teilung Deutschlands aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Das Zonengrenzmuseum Helmstedt zeigt, wie Menschen mit Stachel-draht, Minen und Selbstschussanlagen von-einander getrennt wurden. Am Grenzdenk-mal Hötensleben ist die ehemalige inner-deutsche Grenzbefestigung nachvollziehbar und in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn werden u. a. die Elemente des Kontrollsystems der ehemaligen DDR für den Transit, Ein- und Ausreise und den Militärverkehr und das Zusammenwirken von Passkontrolleinheit, Zoll, Grenztruppen und Zivilbeschäftigten vor dem historischen Hintergrund deutlich. Die Grenzen/os-Tou-ren werden von geschulten Führerinnen be-gleitet. (ca. 3½ Stunden)  
Für die Grenzen/os-Tour entstehen geson-derde Kosten:  
reguläre Rundfahrt 10,- DM pro Person,  
Sonderfahrten pauschal 350,- DM,  
für Schulklassen 330,- DM.

## Vorschläge für mehrtägige Veranstaltungen

- a) wissenschaftliche Veranstaltungen (Symposien, Kolloquien)  
Die Dauer der einzelnen Elemente ist ab-hängig von der Thematik und den jeweili-

gen Referenten. Die bereits aufgeführten Module können ebenfalls eingebaut werden.

- b) Jugendbegegnungen z. B. „Nice to meet you“, „Wachenacht auf dem Todesstreifen“ u. ä.

Bei dieser Art von Veranstaltungen ist eine Zeitangabe pauschal im Vorfeld nicht möglich. Die Veranstaltungen werden mit den jeweiligen Kooperationspartnern individuell entwickelt. Sie enthalten neben den Modulen erlebnispädagogisch ausgerichtete jugendgerechte Aspekte und Begegnungselemente aus den Bereichen der kirchlichen, sportlichen und kulturellen Jugendarbeit.

#### Weitere Angebote

Podiumsveranstaltungen, Seminare mit Polizei, Bundeswehr, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Schulen und Lehrkräften auf dem Gedenkstättenengelände werden mit z. Zt. ca. 80 Kooperationspartnern konzipiert.

Weitere Angebote werden in der jeweiligen Jahresplanung veröffentlicht und ständig konkretisiert. - Diese sind zu erfragen bei der Gedenkstätte.

#### Verleih von Ausstellungen

- „Mut und Zivilcourage in Deutschland 1933-1989“

- „Von Deutschland nach Deutschland. Flucht und Ausreise aus SBZ und DDR 1945-1989“
- „Im Zeichen der Wende. Der 9. November 1989“

#### Unterbringungsmöglichkeiten

Auf dem Gelände der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn existieren keine Unterbringungsmöglichkeiten. Übernachtungen können in der näheren Umgebung (Alleringersleben, Harbke, Beendorf, Helmstedt) gebucht werden. Die Gedenkstätte steht für weitere Unterkünfte zur Verfügung.

#### Projektbericht:

„Wo einst ein ganzes Volk gekreuzigt wurde“ - unter diesem Motto fand in der Nacht von Freitag auf Samstag, 26.-27. März 1999, in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn die Begegnung „Nacht auf dem Todesstreifen“ mit über 150 Jugendlichen aus den alten und neuen Bundesländern statt.

Entwickelt wurde dieses Projekt in Zusammenarbeit mit den katholischen Kirchengemeinden St. Clemens in Süchteln und Fischeln aus dem Raum Viersen (Nordrhein-Westfalen) und dem Kirchenbezirk Stendal, unterstützt auch von evangelischen Gemeinden. Es sollte die Tei-



Wachenacht 1999, Einlassaktion



Zeitzeugenbericht mit Frau Dr. Manuela Eickenroth

lung Deutschlands sowie das Zusammenwachsen der beiden Teile nach der Wende für (christliche) Jugendliche erfahrbar werden.

Das Programm dieser Begegnung beinhaltete Führungen durch die Gedenkstätte, Vorführen einer Filmdokumentation mit anschließender Aussprache mit Thomas Auerbach, Abteilungsleiter beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin, und einen Zeitzeugenbericht von Frau Dr. Manuela Eickenroth. Anschließend gestalteten Jugendliche aus Viersen einen Kreuzweg über markante Punkte der ehemaligen Grenzübergangsstelle.

Daran anknüpfend fand um Mitternacht ein ökumenischer Gottesdienst statt mit Pfarrer Mathias Storck, einem ehemaligen DDR-Disidenten, der in der DDR bespitzelt, inhaftiert und schließlich im Rahmen der „Besonderen Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland“ freigekauft worden war.

Der Programmablauf lies den Teilnehmerinnen und Teilnehmern genügend Freiraum für Begegnungen, Gespräche, Zeiten der Stille, eigene Erkundungen und Erfahrungen. Die ganze Nacht über boten sich auf dem Gelände Aktionen, Gebet und Diskussion an.



#### Literatur:

Scherrieble, J.: Marienborn/Helmstedt - Synonym der Teilung Deutschlands. In: Börde, Bode, Lappwald; Oschersleben 1998, S. 3-13

Scherrieble, J.: Rückblick auf die Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn und deren Entstehung, In: Schöne, B. und Polzin, P.: Haus der Einheit; Fachhochschule Hannover/ Nienburg, Fachbereich Architektur, S 1997, S. 6 -13

Forschungsgemeinschaft für Philatelie und Postgeschichte „Deutsche Einheit“ e. V. (Hrsg.): Die Post in einem deutsch-deutschen Grenzbereich - dargestellt an der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn-Helmstedt; Eigenverlag, Magdeburg 1999



Einsatz der Flutlichtmasten gegen 5 Uhr morgens

## Grenzdenkmal Hötensleben



### Anschrift:

Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.  
Wallstraße 3  
39393 Hötensleben

Ansprechpartner für Gruppenführungen:  
Gemeindeverwaltung Hötensleben

Tel.: 03 94 05 - 961 - 0  
Fax: 03 94 05 - 961 - 21

### Öffnungszeiten:

Das Denkmal ist frei zugänglich und kann daher jederzeit kostenlos besichtigt werden.

### Verkehrsverbindung:

Das Gelände befindet sich am Ortsrand in Richtung Schöningen. Die Anfahrt ist innerhalb der Gemeinde ausgeschildert.

Anfahrt: Hötensleben liegt östlich der B 245 (Halberstadt-Haldensleben) südlich der A 2 und ist von der Anschlussstelle Eilsleben über die B 245 bis Barneberg zu erreichen. In Barneberg rechts in Richtung Hötensleben abbiegen. Aus Süden von Halberstadt B 245 ebenfalls bis Barneberg (links abbiegen), von Osten über Oschersleben in Richtung Schöningen.

### Geschichte:

Die Region um Hötensleben an der heutigen Landesgrenze zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen lag seit Jahrhunderten im Spannungsfeld verschiedener Territorien und Herrschaften. Sie ist ein Spiegelbild deutscher Zerrissenheit zwischen unterschiedlichen Landesherren und Konfessionen (Beschießung des Schöninger Schlosses im Schmalkaldischen Krieg).

Eine Reihe von Burgen (Hötensleben, Schöningen, Weferlingen, Oebisfelde, Neuhaus) zeugen noch heute davon. Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Erzbischöfen von Magdeburg und den Welfenherzögen in Wolfenbüttel sind Geschichte. Danach pflegte man einen zivilisierteren Umgang miteinander.

Die über Generationen gewachsenen Verbindungen über die Grenze zwischen Preußen und Braunschweig hinweg wurden dann aber ab 1945 gewaltsam zerrissen. Die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen brachte im Gefolge der späteren politischen Entwicklung für die Region um Hötensleben einschneidende Veränderungen, wie sie in der Vergangenheit ohne Beispiel waren.

Der „Eiserne Vorhang“ senkte sich unmittelbar am westlichen Ortsrand von Hötensleben nieder und zerstörte auf brutale Weise die Entwicklung nicht nur dieser Gemeinde, sondern aller Ortschaften diesseits und jenseits der Demarkationslinie zwischen der Lübecker Bucht und dem Vogtland.

Was im Jahre 1946 mit einem Bretterzaun vor der Brücke über den Grenzbach Aue begann, entwickelte sich in den Jahren und Jahrzehnten danach zu einem nahezu perfekten Sperrsystem, mit dem Ziel, diese Anlagen unüberwindbar zu machen.

Von den einstigen Sperranlagen durch Deutschland konnten nur geringe Reste erhalten werden. Nach Einschätzung des Landes konservators von Sachsen-Anhalt gehört das Grenzdenkmal Hötensleben zu den am besten erhaltenen Anlagen und ist nach seiner Auffassung von nationaler Bedeutung.

Die Anlage umfasst nahezu komplett und im Originalzustand alle Elemente des einstigen „pionierteknischen Ausbaus vor Ortschaften“ (Bezeichnung der DDR-Grenztruppen). Dazu gehören: Sichtblindmauer, zwei Spurensicherungstreifen, Grenz- und Signalzaun, Sicht- und Schussfeld, Kolonnenweg, Stahlhocker,

Grenzmauer, Kfz-Sperrgraben und zwei der Beobachtungstürme.

Die Anlagen stehen seit dem Frühjahr 1990 unter Denkmalschutz und werden seitdem denkmalgerecht instandgesetzt.

Die baulichen Anlagen sind lediglich der sichtbare Teil der in den Jahren von 1945-1989 praktizierten Herrschaftssicherung der zweiten deutschen Diktatur in diesem Jahrhundert.

Zu den nicht sichtbaren Bestandteilen gehören zwei Zwangsaussiedlungen aus dem 1952 errichteten Sperrgebiet im Mai/Juni 1952 und Herbst 1961 sowie die weiteren Beschränkungen der dem Grenzregime unterworfenen Bevölkerung im Sperrgebiet, welches bis November 1989 bestand. Diese Komplexe sowie Einzelheiten des Dienstes der Grenztruppen werden in den Führungen angesprochen.

Der Grenzdenkmalverein Hötensleben lässt sich bei seiner Arbeit von der vom Bundespräsidenten Roman Herzog bei seinem Besuch der Anlage im Juli 1998 getroffenen Feststellung leiten, dass das Denkmal einen wichtigen Beitrag dazu leistet, dem Vergessen und Verklären entgegenzuwirken.

#### Bildungsangebote:

##### Bäume überwinden Grenzen

Unter diesem Motto wurden auf Initiative des Grenzdenkmalvereins seit 1995 insgesamt 62 Pappeln und bisher 31 Eichen gepflanzt. Die Bäume markieren seitdem die Linien der beiden abgetragenen Mauern südlich des Denkmalgeländes. Zu den bekanntesten Teilnehmern der Aktion gehören Roman Herzog, Trude Unruh, Lothar de Maiziere, Joachim Gauck und Hans Dietrich Genscher. Die Bäume werden vom Verein durch Spenden beschafft und sollen durch ihr Wachstum die Überwindung der Teilung Deutschlands symbolisieren.

Die Aktion steht unter der Schirmherrschaft der Landtagspräsidenten von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen.

##### Das Gedenken am 13. August

Zum Jahrestag des Mauerbaus in Berlin führt der Verein seit mehreren Jahren auf dem Gelände eine Gedenkveranstaltung durch. Im Zuge des Mauerbaus wurden auch die Sperranlagen an der innerdeutschen Grenze verstärkt. Dabei wird sowohl allgemein als auch speziell der Opfer der Teilung Deutschlands gedacht.

Die Veranstaltung teilt sich in zwei Bereiche auf: Auf dem Grenzdenkmal erfolgt die Erinnerung an die Opfer ohne konkreten Bezug auf eine Person.

Auf dem Friedhof von Hötensleben wird die Ehrung dann am Grabe von Friedel Ehr fortgesetzt. Sie starb im Sommer 1948 in Sichtweite der damaligen Demarkationslinie eines gewaltsamen Todes. Auf diesem Friedhof befinden sich noch weitere Gräber unbekannter Grenztoter.

Auch auf dem Gelände des Grenzdenkmals ist dem Verein im Zuge seiner Forschungen ein Standort bekannt geworden, am dem mindestens zwei gewaltsam zu Tode gekommene Menschen verscharrt worden sind.

#### Ort internationaler Begegnungen

Seit 1998 ist das Grenzdenkmal Hötensleben während des Sommers das Ziel von jungen Menschen aus aller Welt. Sie treffen sich hier zu gemeinsamer Arbeit während mehrwöchiger Jugendcamps des Vereins „Internationale Begegnungen in Gemeinschaftsdiensten“, Stuttgart. Sie leisten damit ihren Beitrag zur Erhaltung des Grenzdenkmals und tragen durch ihren Aufenthalt dazu bei, das gegenseitige Verständnis zwischen den Beteiligten zu vergrößern und Vorbehalte abzubauen.

#### „Grenzen/los - Wege zum Nachbarn“

Das Grenzdenkmal Hötensleben ist Teil des Projektes „Grenzen/los - Wege zum Nachbarn“. Dazu gehören auch das Zonengrenz-Museum Helmstedt, die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und die Helmstedter Universitätstage. Am 07.11.1997 erfolgte die Registrierung als dezentrales EXPO 2000 Projekt.

Projektträger ist der „Verein Grenzen/los - Wege zum Nachbarn“, der auch Besichtigungsfahrten zu den genannten Einrichtungen organisiert. Informationen erhalten Sie beim:

Grenzen/los - Wege zum Nachbarn e. V.  
c/o Stadt Helmstedt

Markt 1  
38350 Helmstedt

Tel.: 0 53 51 - 17-173

Fax: 0 53 51 - 17-59.

Zu empfehlen ist ein Abstecher zu den ehemaligen Burganlagen in Hötensleben (Graben und Wallanlagen mit teilweise originaler Bausubstanz in unmittelbarer Nähe des Denkmalgeländes) und in Schöningen (Schloss in der jetzigen Stadtmitte, ehemalige Befestigungs-

anlagen und Reste der Stadtmauer) als historische Zeugnisse unfriedlicher Zeiten.

Führungen durch Schöningen können Sie unter 0 53 52 - 22 14 (Tel./Fax), 0 53 52 - 512 - 146 (Tel.) und 0 53 52 - 512 - 199 (Fax) vereinbaren.

Unterbringungsmöglichkeiten:

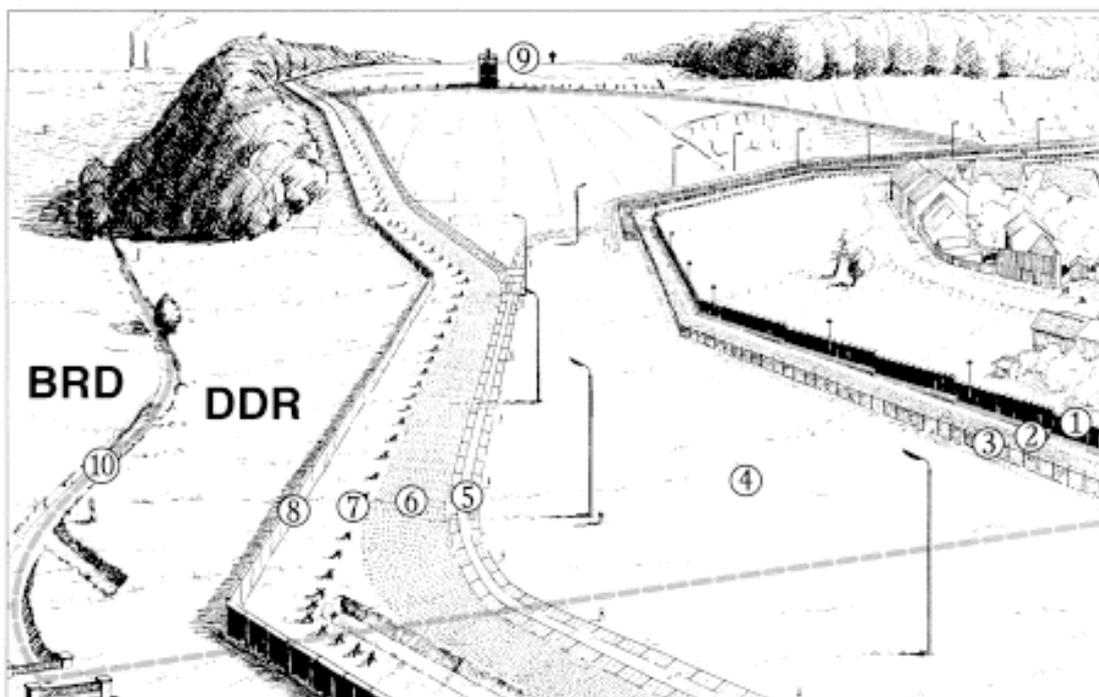
Die Gemeindeverwaltung ist Ihnen gern bei der Vermittlung von örtlichen Gaststätten behilflich.

In Hötensleben besteht keine Übernachtungsmöglichkeit. Deshalb werden die Jugendherberge in Schöningen (5 km - am Waldrand), Telefon: 0 53 52 - 38 98, Fax: 0 53 52 - 37 52, und die Touristenstation in Warsleben (6 km), Telefon: 03 94 04 - 469 und 5 02 58, empfohlen.

#### Literatur:

Über das Grenzdenkmal wurden vom Grenzdenkmalverein Faltblätter in deutscher, englischer und französischer Sprache herausgegeben, die beim Verein und der Gemeinde erhältlich sind.

Zur Geschichte des Grenzabschnitts um Hötensleben in der Zeit ab 1945 ist derzeit eine Veröffentlichung in Arbeit, die ebenfalls vom Grenzdenkmalverein erstellt wird.



Grenzbereich Hötensleben Nordwest im Zustand 1989 (graue Strichlinie: Bereich des heutigen Grenzdenkmals).

In der Legende werden die bei den Grenztruppen gebräuchlichen Bezeichnungen benutzt. Der Kolonnenweg war die „vordere Linie des Einsatzes“. Auf der westlichen Seite gab es keine Grenzsicherungsanlagen.

- |   |                                     |
|---|-------------------------------------|
| 1 Sichtblindmauer (Stahlbeton, Höhe 3m, Lkw-fest)                               | 5 Kolonnenweg aus Lochbetonplatten  |
| 2 Spurensicherungsstreifen (geeggt)   | 6 Spurensicherungsstreifen (geeggt) |
| 3 Grenz- und Signalzaun, Streckmetall (2,4 m hoch mit 24 Kontaktstacheldrähten) | 7 Stahlhocker (gegen Kfz)           |
| 4 Sicht- und Schußfeld (deckungslos)  | 8 Grenzmauer (Höhe 3,4 m)           |
|   | 9 Führungsstelle                    |
|   | 10 Grenzfluß Aue                    |

Minen haben im unmittelbaren Ortsbereich vermutlich nicht gelegen. Da es völlige Gewißheit aber nicht gibt, wird gebeten, die Wege nicht zu verlassen. Das gilt insbesondere für das Naturschutzgebiet nördlich des Ortes. Dort wurden die Minen 1975 gesprengt.

## Dokumentationszentrum am Moritzplatz des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.



Hausanschrift:  
Umfassungsstraße 76  
39124 Magdeburg

Postanschrift:  
Postfach 180130  
39028 Magdeburg

Ansprechpartnerin: Ute Gramm

Tel.: 03 91 - 2 53 23 16  
Fax: 03 91 - 2 53 23 16

Öffnungszeiten:  
Mo-Fr 8 - 16 Uhr  
Do 8 - 17 Uhr  
jeder 1. Sa des Monats 10 - 12 Uhr

Gruppenführung mit vorheriger Anmeldung

Der Besuch des Dokumentationszentrums ist kostenlos.

Verkehrsverbindung:

Erreichbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln ab Haltestelle Hauptbahnhof Straßenbahn Linie 8 (Richtung Neustädter See) und Linie 1 (Richtung Lerchenwuhne) bis Nicolaiplatz - gegenüber Moritzstr., Moritzplatz, roter Backsteinbau: Fußweg von der Haltestelle: 5 min.

Mit dem PKW von Norden oder Autobahn A 2 (Abfahrt Stadtzentrum) und von Süden kommend: Magdeburger Ring, Abfahrt Neustadt/ Mittagstraße, nach rechts fahren, 1. Ampel links in die Umfassungsstraße einbiegen, nach ca. 200 m roter Backsteinbau auf der linken Seite

kostenlose Parkmöglichkeiten vorhanden, Busparkplatz vor dem Gebäude

### Geschichte:

Die Teilnehmer des Runden Tisches von Magdeburg trafen sich 1989, um als Bürger der Stadt Magdeburg die Verantwortung für die weitere Entwicklung und das friedliche Miteinander der Menschen in der Stadt zu übernehmen. Sie forderten die Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situationen der Stadt. Obwohl der Runde Tisch keine parlamentarische Funktion ausüben konnte, wollte er sich mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise an die Öffentlichkeit wenden. Das Bürgerkomitee wurde auf der Sitzung des Runden Tisches am 5. Dezember 1989, an dem Vertreter des Rates der Stadt teilnahmen, einberufen. Grund war der dringende Verdacht der Aktenvernichtung durch das MfS.

Der amtierende Oberbürgermeister Ulrich autorisierte im Auftrag des Runden Tisches Mitglieder der neugegründeten Initiativen und Parteien. Ihre Aufgabe war es, diesem Verdacht nachzugehen und Auskünfte und Informationen von der Staatsanwaltschaft, den Gerichten, dem Staatlichen Notariat, den Sicherheitsorganen sowie den Organen der staatlichen und gesellschaftlichen Kontrolle in der Stadt Magdeburg zu verlangen. Beim Vorliegen eines Verdachts strafbarer Handlungen oder der beabsichtigten Vernichtung von archivwürdigen Dokumenten war der Staatsanwalt der Stadt Magdeburg hinzuzuziehen. Im Bürgerkomitee waren Vertreter folgender Initiativen und Gruppen vertreten: Neues Forum, Sozialdemokratische Partei (SDP), Demokratischer Aufbruch, Demokratie jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Katholische Koordinierungsgruppe und Beratergruppe Dom.

Am 12. Dezember 1989 nahm das Bürgerkomitee im Rathaus seine Arbeit auf. Die Mitglieder waren täglich von 8 bis 20 Uhr erreichbar. Die vorrangige Arbeit bestand darin, Hinweise festzuhalten, ihnen nachzugehen bzw. sie ggf. zuständigen Gremien bzw. Untersuchungskommissionen weiter zu reichen.

Die wichtigste Aktion des Bürgerkomitees war seit dem 7. Dezember 1989 die Überprüfung und Kontrolle der Kreis- und Bezirksämter des ehemaligen MfS, die Sicherung archivwürdigen Materials gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft durch Versiegelung und Abtransport.

Die Anfragen an das Bürgerkomitee waren breit gefächert. Abgesehen von Meldungen neuer Geheimwohnungen und Objekte, wurde nach der weiteren Verwendung der Gästehäuser der SED und anderer Immobilien und Ausstattungsgegenstände gefragt.

Die Arbeit erfolgte durch Aufteilung der Komiteemitglieder in drei Gruppen. Die erste Gruppe kontrollierte das MfS-Objekt Barleber See - am Schiffshebewerk, die zweite Gruppe die MfS-Kreisdienststelle Walther-Rathenau-Straße und Untersuchungshaftanstalt Moritzplatz, die dritte Gruppe die MfS-Bezirksverwaltung Kroatenweg.

Am 7. Dezember 1989 um 17 Uhr fand die erste Sitzung aller Bürgerkomiteemitglieder in der Bischöflichen Propstei statt. Es wurden die ersten 24 Stunden der Arbeit ausgewertet. Bei dieser Beratung war der Regierungsbeauftragte Dr. Stranz anwesend, der den Ministerratsbeschluss vom gleichen Tag vorlegte. Dieser legte fest, dass die MfS-Unterlagen den Bürgerkomitees nur eingeschränkt vorgelegt werden dürfen. Außerdem wurde die Vernichtung eines Teils der Dokumente angewiesen. Nach Verhandlungen erfolgte jedoch am 8. Dezember 1989 die Räumung des Inventars der vom Neuen Forum besetzten MfS-Kreisdienststelle Klötze unter Aufsicht von zwei Bürgerkomiteemitgliedern. Nach drei Tagen kam die Kontrollgruppe in der Bezirksverwaltung zu der Erkenntnis: Es ist nichts zu bewegen! Eine Bezirksdienststelle von ca. 1 qkm ist nicht zu überwachen, wenn etwa acht Räume von 800 versiegelt sind. Die Verhandlungen drehten sich seit Stunden im Kreise. Dr. Stranz wurde dann das Ultimatum gestellt, das Objekt innerhalb von 24 Stunden zu schließen. Er sollte Modrow informieren. Bis 19 Uhr wollte das Bürgerkomitee auf eine Antwort warten, sonst würde sich das Bürgerkomitee auflösen. Dann sollten die Bürger vor dem Objekt Kroatenweg, die stündlich vom Bürgerkomitee über den Stand der Verhandlungen informiert wurden, selbst entscheiden, was mit dem Objekt ge-



Reißwolf

schehen soll. Fünf Minuten vor 19 Uhr klingelte das Telefon, Dr. Stranz teilte mit, Modrow hätte der Schließung der Bezirksverwaltung zugestimmt. Das Bürgerkomitee sollte hinzukommen, um die Übergabeverhandlungen durchzuführen. Die Staatssicherheit wollte einen Auflösungsestab von über 200 Mitarbeiter einsetzen, in der ersten Runde wurde das auf 120 Personen heruntergehandelt. Das war der Beginn.

Die nächsten Schritte bestanden darin, die Erkenntnis zu erlangen, was das MfS in den Objekten tat. Wer hat die Akten versiegelt? Was gibt es noch für Möglichkeiten, diese zu sichern? Wie ist die Personalstruktur? Was behalten die Akten?

Die ersten Mitglieder des Bürgerkomitees waren bereits bis zum 31. Dezember 1989 wieder ausgeschieden, es kamen neue hinzu, aber mehr als zwanzig wurden es nie.

Am 19. Dezember 1989 wurde eine Arbeitsgruppe „Akten“ gebildet. Es ging darum, einen tiefen Einblick zu bekommen, wie sind die Akten aufgebaut, was steht drin? Um darauf aufbauend den Entscheidungsvorschlag zu erarbeiten, wie gehen wir mit dem Schriftgut um. Außerdem übernahmen Mitglieder der Kommission die Kontrolle bei der Umlagerung des Schriftgutes aus den Arbeitsräumen in die neu gebildeten Archivbereiche. Die Arbeitsgruppe „Akten“ hat in dieser Zusammensetzung bis zum Februar gearbeitet. In sieben Vorschlägen wurde der Beschluss zum Umgang mit dem Schriftgut des ehemaligen MfS erarbeitet und in der Volksstimme veröffentlicht. Die wesentlichste Aussage dieser vierseitigen Vereinbarung war: es wird kein Blatt Papier vernichtet, bis eine neu gewählte Regierung eine Regelung zum Umgang mit den Unterlagen beschließt.

Die generellen Freistellungen durch die Arbeitgeber für die Bürgerkomiteemitglieder liefen in der Regel im Sommer 1990 nach Beendigung der Umlagerung des Archivs aus. Das Bürgerkomitee hatte zeitweise zwei Mitarbeiter im staatlichen Bezirksarbeitsstab, eine Stelle für das Bürgerbüro (ehrenamtl.) im Rathaus und noch zwei Stellen, die die Bezirksverwaltungsbehörde für Arbeiten im Archiv zur Verfügung stellte. Im Juni 1990 wurde das Bürgerkomitee Magdeburg als Verein gegründet, um nach Auslaufen der staatlichen Vollmachten einen formellen Status zu besitzen. Die Beurkundung folgte im August 1990. Gemeinsam mit dem Verein „Memorial“ wurde in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt am Moritzplatz eine zeitweilige Ausstellung „STASI in Magdeburg“ gestaltet. 1992 begann der Aufbau des Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees.



Wasserdichter Behälter zur Aufbewahrung von mikroverfilmten Akten (sog. „Krebs“ )

### Einzelchicksale:

#### Beispiel des Herrn Sch. aus Magdeburg

Herr Sch. wurde seit 1979 durch die Staatssicherheit beobachtet. Das MfS stellte bei der Fahndung des DDR-inneren Postverkehrs durch die Abt. M (Postkontrolle) der Bezirksverwaltung von Magdeburg fest, dass eine mit Maschine geschriebene anonyme Postkarte mit „verleumderischem“ Inhalt gegen die Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung gerichtet war. So kontrollierten sie gezielt die Post von Herrn Sch. auch die an die Verwandtschaft in der Bundesrepublik. In mehreren Briefen legte Herr Sch. seine Meinung dar, die aus der Sicht der Staatssicherheit staatsfeindliche Äußerungen enthielten, z. B. in einem Brief an seinen Onkel vom 30. 09. 1978, in welchem er die Versorgungslage in der DDR kritisierte und schrieb: „wenn die Russen nicht wären, wäre der Laden schon geplatzt.“ Auch nutzte er Zeitungsausschnitte, die er kommentierte, jedoch nicht im Sinne der Staatssicherheit. So wurde 1981 ein Eröffnungsbericht zum operativen Vorgang „Täuscher“ angelegt. Zum Nachweis und zur Beweisführung der feindlichen Tätigkeiten waren offizielle und inoffizielle zuverlässige Kräfte zum Einsatz zu bringen, so legte dies die Staatssicherheit fest. Diese hatten die Aufgabe, eine Persönlichkeitseinschätzung zu erstellen, eine Schreibmaschinenschriftprobe sowie aktuelle Handschriftenproben anzufertigen, den Arbeitsplatz zu durchsuchen, das Auftreten im Arbeitsbereich des Betriebes und während Dienstreisen zu kontrollieren.

Herr Sch. hatte 1982 einen Fernsprechanschluss beantragt. Dieser Antrag war handschriftlich erfolgt. So war es für die Staatssicherheit kein Problem, eine Original-Handschriftenprobe zu erhalten. Um weitere Beweise zu sichern, wollte die Staatssicherheit die

Wohnung von Herrn Sch. durchsuchen. Man verabredete mit dem Direktor der Polytechnischen Oberschule (POS) eine Tarnkontrolle durchzuführen. Die Tochter von Herrn Sch. besuchte die 7. Klasse der POS. Die Klasse war mit 31 Schülern besetzt. Die Möglichkeiten der Taschenkontrolle ergaben sich in der großen Hofpause. Es wurde darauf geachtet, dass der Stundenplan eingehalten werden sollte. In dieser Pause entwendete die Staatssicherheit den Schlüssel, weil für die Wohnungskontrolle zwei Nachschlüssel benötigt wurden.

Vom Wohnungsschlüssel wurde ein Abdruck gefertigt und zum späteren Zeitpunkt zwei Nachschlüssel gefräst. Ziel der Wohnungsdurchsuchung war es, Beweismittel zu suchen und auch zu dokumentieren, hand- und maschinengeschriebene Schriftstücke, Zeitungsausschnitte, betriebsinterne Unterlagen, Adressen anderer Personen sicherzustellen. Damit diese Wohnungsdurchsuchung geheim ablaufen konnte, wurde durch die Staatssicherheit sichergestellt, dass Herr Sch. am Arbeitsplatz den ganzen Tag beobachtet und die Ehefrau am Arbeitsplatz unter Kontrolle gehalten wurde. Im Wohnhaus selbst gab man die Erklärung ab, dass kriminalpolizeiliche Maßnahmen erforderlich waren. Die Wohnung im ersten Geschoss nutzte die Staatssicherheit zur Absicherung mit Funk. Alle weiteren Familien wurden betrieblich eingebunden, so dass das Haus leer war. Da während der eigentlichen Durchsuchung im Haus eine Rentnerin anwesend war, wurde diese durch den Einsatz eines Mitarbeiters der Staatssicherheit abgelenkt. Die Staatssicherheit entnahm aus der Wohnung eine Schriftprobe der Schreibmaschine, vorhandenes Briefpapier und Briefumschläge, Zeitungsausschnitte (ausgeschnitten) über die „Lage in Polen“ sowie auch Fotos und Adressen. Die Adressen und Ausschnitte aus der Zeitung wurden fotografiert. Nach eingehender Beobachtung von Herrn Sch. stellte die Staatssicherheit jedoch fest, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Beweise für eine Inhaftierung nicht ausreichten. Die Staatssicherheit beschloss eine Einstellung des Operativen Vorganges „Täuscher“. Damit war jedoch für Herrn Sch. die Angelegenheit noch nicht erledigt, denn es wurde vorgesehen, eine Anwerbung zur inoffiziellen Mitarbeit für das MfS auf der „Basis der Wiedergutmachung“ vorzunehmen. Herr Sch. mied jedoch den Kontakt zur Staatssicherheit und verhielt sich den Mitarbeitern gegenüber in weiteren Gesprächen ablehnend.

## CHIFFRIERTES FERNSCHREIBEN

7

Fs-Nr.: \_\_\_\_\_ Datum: 09.10.1989 Dringlichkeit: \_\_\_\_\_

Absender: Bezirksleitung der SED Magdeburg, Abteilung Parteiorgane

GVS/VVS-Nr.: \_\_\_\_\_ Ex. Bl. Aufgabezeit: \_\_\_\_\_

ohne Vertraulichkeitsgrad: " \_\_\_\_\_ Sende-/Empfangszeit: \_\_\_\_\_

Vertraulichkeitsgrad gilt bis: \_\_\_\_\_ Bearbeitet durch: \_\_\_\_\_

Empfänger: Zentralkomitee der SED Berlin, Abteilung Parteiorgane  
Sektor Parteinformation

Werte Genossen!

Wie gestern schon berichtet, fand heute im Magdeburger Dom ein Gottesdienst statt. Es wurde mit ca. 5.000 Teilnehmern gerechnet. Teilgenommen haben ca. 4.100 Personen. Den ganzen Tag über waren leitende Genossen des Staatsapparats im Gespräch mit dem Bischof und weiteren Vertretern der evangelischen Kirche. In den Gesprächen versicherten sie, daß sie für Ruhe, Ordnung und Besonnenheit sorgen wollen. An diese Abmachung haben sie sich gehalten.

Pfarrerin [REDACTED] rief in ihrer Predigt zu Ruhe und Besonnenheit auf. [REDACTED]

[REDACTED]. In ihrer Predigt hob sie den Willen hervor, mit Vertretern des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen weiter im Gespräch zu bleiben.

Während des Gottesdienstes war eine Liste ausgelegt, die ebenfalls die Bitte enthält, mit Vertretern der Staatsmacht weiter zu sprechen.

Der Gottesdienst wurde in Ruhe beendet und die Teilnehmer verließen den Dom, ohne daß es zu irgendwelchen Zwischenfällen kam.

Mit sozialistischem Gruß

1. Kirnich  
2. Sekretär

09.10.

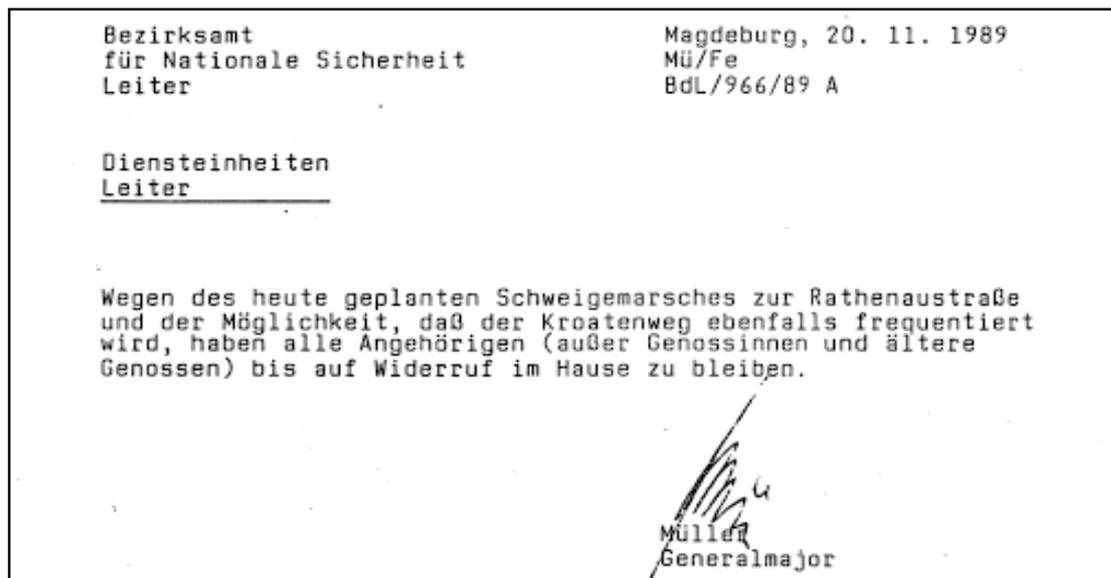
80

55

2210

2222

  
Unterschrift



Quelle: Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.: Was im Herbst begann ... - Die Auflösung der Staatssicherheit im ehemaligen Bezirk Magdeburg. Eine Materialsammlung, Magdeburg 1993, S. 41

#### Bildungsangebote:

A. Führung durch die ständige Ausstellung  
„Machtmissbrauch durch SED und MfS“  
(Dauer: 45 min)

Mit Erläuterungen in den Ausstellungsräumen

- Staatsgrenze DDR Bundesrepublik und Abteilung Inneres
- Vernehmerraum der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS
- Arbeitsweise und Struktur des MfS, Mitarbeiter, Besoldung, inoffizielle Mitarbeiter, Verantwortung der SED
- die Bezirksverwaltung des MfS, am Beispiel der Bezirksverwaltung Magdeburg, Auflösung des MfS
- Mittel und Methoden der Überwachung, wie Telefonkontrolle, Postkontrolle, konspirative Wohnungsdurchsuchung, Geruchspuren, Arbeitsweise der Abteilung Beobachtung und Ermittlung
- Bildungssystem der DDR, jugendliche inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit, Motivation zur Zusammenarbeit, Disziplinierung im Jugendwerkhof
- auszugsweise die Strukturen und Zusammenhänge SED und MfS
- Demonstrationen und Veränderungen im Herbst 1989, Arbeit des Bürgerkomitees

B. Videoangebote zur Vertiefung der Informationen der ständigen Ausstellung  
(Dauer: individuell nach Filmangebot)

Dem interessierten Besucher ist hiermit eine Möglichkeit gegeben, die zuvor in der Ausstellung gewonnenen Erkenntnisse zu vertiefen. Es steht Videomaterial zu den Themen DDR-Alltag, Staatssicherheit, DDR-Jugend, Opferproblematik usw. zur Verfügung.

C. Seminare (ggf. mit Videovorführung)  
(Dauer: nach Absprache)

Dieses Angebot richtet sich an Gruppen, die an einer intensiven Auseinandersetzung mit spezifischen Themen interessiert sind.

Das Seminar besteht aus: einer schwerpunktorientierten Führung und einer anschließenden Diskussion mit dem Fachreferenten zur Vertiefung einzelner Fragen. Die Seminarteilnehmer haben die Möglichkeit, Informationsmaterialien (Film, Video, Literatur, ausgewählte Archivadokumente) im Rahmen der Veranstaltung zu nutzen.



Ständige Ausstellung



#### D. Projekttag/-wochen

(Dauer: nach Absprache)

Die Gestaltung der Projekttag bzw. -wochen kann individuell abgesprochen werden. D. h. die Themen sowie auch der Ablauf werden so gestaltet, wie die Zielstellungen der Gruppe ist. Auch die Themenstellung ist somit wählbar. Während des Ablaufes des Projektes ist eine Betreuung, fachliche Anleitung sowie die organisatorische Absicherung gewährleistet.

Folgende Themen werden angeboten:

- Beobachtung der Jugend durch die Staatssicherheit, wie Bearbeitung von Punks und Skins, Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens „negativ-dekadenter“ Jugendlicher, Werbung zur inoffiziellen Mitarbeit für die Staatssicherheit.
- Post- und Telefonkontrolle am Beispiel des Prozesses gegen Generalmajor Müller und den Abteilungsleitern der Abteilung Post- und Telefonkontrolle (M und 26) der Bezirksverwaltung von Magdeburg  
Zur Verfügung stehen die gesetzlichen Grundlagen, die Aussagen während des Prozesses, die Zusammenarbeit mit den operativen Dienststellen der Bezirksverwaltung von Magdeburg bei der Post- und Telefonkontrolle der Bevölkerung von Magdeburg.
- Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze im Gebiet Sachsen-Anhalt 1952 und 1962

Einführung in das Projekt: Blitzartig und buchstäblich über Nacht liefen die Aktionen ab. 1952 und 1961 sowie in mehreren Einzelaktionen dazwischen (bis Ende der achtziger Jahre) wurden Menschen aus dem grenznahen Gebiet ausgesiedelt. Frauen, Kinder, Greise und Kriegsbeschädigte wurden durch die Aktionen erfasst. Sie wurden enteignet und viele Jahre in verschiedenster

Form diskriminiert. Aufgezeigt werden die gesetzlichen Bestimmungen und Einzelschicksale von Betroffenen.

- Zeitzeugenbefragung mittels der vorhandenen Videotechnik: Die Teilnehmer dieses Projektes haben die Möglichkeit, Zeitzeugen zu befragen. Das sind in der Regel Menschen, deren Leben durch das MfS beeinträchtigt wurde. Durch die aktive Rolle bei der Befragung erhalten die Schüler die Möglichkeit, lebendig einen Teil der deutschen Geschichte zu erfahren. Die Aufzeichnungen der Interviews können mit Videotechnik oder in Form einer Niederschrift als Broschüre herausgegeben werden.

#### E. Verleih von Sonderausstellungen

Die vorhandenen Sonderausstellungen des Dokumentationszentrums stehen interessierten Schulen kostenlos zur Verfügung. Die Themen können durch entsprechende Fachvorträge ergänzt werden.

Folgende Ausstellungen stehen zur Verfügung:

##### *EAST SIDE GALLERY*

Fotos und Texte aus dem Herbst 1989

East Side Gallery ist ein Stück „Berliner Mauer“. Im Frühjahr 1990 haben Künstler den einstmaligen bedrohlichen Betonteilen durch Farbe Leben verliehen. Ein Teil der Bilder wird, mit Texten aus dem Herbst 1989 unterlegt, in dieser Ausstellung gezeigt.

##### *HINTERLASSENE SPUREN I*

Diese Fotoausstellung zeigt Spuren, die die Zeit vor 1945 bis nach 1989 an Gebäuden und Industrieanlagen in Magdeburg hinterlassen hat.



*HINTERLASSENE SPUREN II*

Fotoausstellung über die ehemals von den sowjetischen Streitkräften genutzten Gebäude in Magdeburg-Herrenkrug. Menschen, die jahrzehntelang abgeschottet neben uns gelebt haben.

*DIE ZWANGSAUSGESIEDELTEN*

Die Ausstellung informiert über die Vorbereitung und Durchführung der Aktionen 1952 und 1961. Darüber hinaus möchte sie auf Verletzungen der Menschenwürde aufmerksam machen und der Hoffnung der Betroffenen auf Wiedergutmachung Sprache verleihen.

*STEINE IM FLUSS*

Zivilcourage in Magdeburg vor 1989

Die Ausstellung erinnert an Menschen, die vor 1989 in Magdeburg der offiziell verordneten Meinung ihre eigenen Überzeugungen entgegengesetzten.

*HERBST '89*

Ein Damm bricht!

Gezeigt wird die Aufbruchstimmung im Herbst '89. Wer und wie waren wir geworden? Laute Rufer, nimmermüde Wanderer auf den Demos und teilweise auch Plakatkünstler? Auf einmal gehörten wir zu den Akteuren der Geschichte, vorbei war die Zeit der Fernsehsessel-Politik.

*IM UNTERGRUND*

Collagen von W. Janisch, Berlin

In mehr als 100 Ausstellungen wurden diese Collagen gezeigt, sie führten zu heftigen Diskussionen und teilweise auch zur Verfolgung durch die Staatssicherheit.

*ZUM SCHWEIGEN VERURTEILT*

Die Ausstellung informiert über Speziallager des NKWD in der sowjetischen Besatzungszone anhand von Einzelschicksalen.

*DIE KINDER VON TSCHERNOBYL*

Kinderzeichnungen und Fotos vom Reaktorunfall

Diese Zeichnungen regen eindringlich zum Nachdenken über Fragen im Zusammenhang mit der Atomenergie an.

*HILFERUFE VON DRÜBEN*

Die Arbeit eines humanitären Vereins

Die Zielstellung der Arbeit war, politisch verfolgte der ehemaligen DDR zu helfen, Inhaftierten durch Veröffentlichung ihrer Schicksale Mut zu geben und eine Beendigung der Haft herbeizuführen.

*DEPORTIERT - INTERNIERT - VERWAIST*

Das Elend der Frauen, Kinder und Greise in den Arbeitslagern der Sowjetunion von 1945 bis 1958 anhand von Einzelschicksalen

*DIE BEHÖRDE*

Die Arbeitsweise der Behörde des Bundesbeauftragten (Gauck-Behörde)

Auf zahlreichen Schautafeln wird die Arbeitsweise in ihrer ganzen Bandbreite dokumentiert: von Recherchen in den Archiven und Erschließung von MfS-Unterlagen bis hin zu Akteneinsichten, Überprüfungen und dem Bereich Bildung und Forschung.

*DIE GRENZÖFFNUNG UND IHRE FOLGEN*

Fotoausstellung von B. Akinro - eine Gegenüberstellung von Grenze, Wohngebäuden, Gutshäusern, ehemaligen Schlössern und diversen Details in den neuen Bundesländern nach der Grenzöffnung und Jahre später.

*ALLES IM GRIFF*

Die geplanten Internierungs- und Isolierungslager der Staatssicherheit in der DDR

In x+ 24 Stunden sollten geeignete Objekte mit Stacheldraht und Wachtürmen umgeben sein. Ca. 86 000 DDR-Bürger, die wegen ihrer „feindlich-negativen“ Grundhaltung ins Visier der Stasi geraten waren, sind namentlich erfasst worden und sollten im Spannungsfall verhaftet werden.

*GEGEN VERGESSEN - VERSCHWEIGEN - VERDRÄNGEN*

Zeichnungen von Wilhelm Sprick, Schwerin  
Zu sehen sind Arbeiten eines Künstlers aus Mecklenburg-Vorpommern, der zwischen 1945 und 1950 selbst Opfer politischer Willkür wurde und unter anderem die Haftanstalten Torgau und Sachsenhausen erlebte.

Literatur:

Vogel, J.: Magdeburg Kroatenweg. Chronik des Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi; Steinweg Verlag / Impuls Verlag, Braunschweig / Magdeburg 1991

Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.: Was im Herbst begann ... - Die Auflösung der Staatssicherheit im ehemaligen Bezirk Magdeburg. Eine Materialsammlung; Magdeburg 1993

## Informations- und Dokumentationszentrum (IDZ) des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) in der Außenstelle Halle



Blick auf das Gelände der ehemaligen Bezirksverwaltung Halle

Anschrift:

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Außenstelle Halle  
Gimritzer Damm 4  
06122 Halle

Ansprechpartner: Hans-Joachim Plötze

Tel.: 03 45 - 29 99 - 6 (Vermittlung)  
03 45 - 29 99 - 7 21 (Anmeldung von Besuchergruppen)

Fax: 03 45 - 29 99 - 7 80

Internet: <http://www.bstu.de>

Öffnungszeiten der Ausstellung „Entschlüsselte Macht“:

Mo, Mi-Fr 9.30 - 16.00 Uhr  
Di 9.30 - 18.00 Uhr

sowie nach Vereinbarung

Verkehrsverbindung:

Straßenbahn: in Richtung Heide, Haltestelle Gimritzer Damm

Bus: bis Haltestelle Gimritzer Damm

PKW: Richtung Halle-Neustadt

### Geschichte:

Mit der Gebietsreform im Jahr 1952 wurden die 5 Länder in der DDR in 14 Bezirke aufgeteilt. Jeder Bezirk erhielt eine eigene Bezirksverwaltung (BV) der Staatssicherheit. Der erste Sitz der BV in Halle war im Verwaltungsgebäude Robert-Franz-Ring 16. Erster Leiter war Oberst Rudolf Vödisch, der 1955 durch Oberst Emil Wagner abgelöst wurde. Die meisten Diensteinheiten (DE) waren nach dem „Linienprinzip“ organisiert, das heißt, Abteilungen und Referate der BV hatten in den Hauptabteilungen, Abteilungen u.a. Diensteinheiten des Ministeriums in Berlin eine Entsprechung.

So gab es z. B. die Linie M (Postkontrolle) und die Linie XVIII (Sicherung Volkswirtschaft). Die fachliche Anleitung erfolgte durch die Zentrale in Berlin, dienstlich waren sie dem Leiter der BV unterstellt. Die traditionelle geheimpolizeiliche Struktur wurde im Laufe der Jahre um andere Diensteinheiten ergänzt, die von der SED-Führung als Reaktion auf politische Veränderungen eingerichtet wurden. So entstand 1970 die Linie VI, zuständig für die Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs und Tourismus. Der Verwaltungsbau am Robert Franz Ring reichte nicht mehr aus und die BV bezog 1972 ein neu errichtetes großes Areal in Halle-Neustadt am Gimritzer Damm. Seitdem war Heinz Schmidt Leiter der BV, der bei seiner Ablösung Dezember 1989 den Dienstgrad eines Generalmajor erreichte.

Auf die 1975 auch von der DDR unterzeichnete KSZE-Schlussakte beriefen sich viele ausreisewillige DDR-Bürger. Im gleichen Jahr richtete das MfS die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) ein, die sich dem „Linienprinzip“ folgend in den Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) fortsetzte. Diese Linie hatte die Federführung bei der „Bearbeitung“ von Antragstellern auf Ausreise und deren „Zurückdrängung“ mit anderen Diensteinheiten und staatlichen



Robert-Franz-Ring 16



Gebäude des BStU

Einrichtungen (z. B. Ministerium des Innern) zu koordinieren. 1989 hatte das MfS im Bezirk Halle 3 076 hauptamtliche Mitarbeiter in der BV, den 23 Kreisdienststellen (KD) und den 3 Objektdienststellen (OD). Als Reaktion auf die friedliche Revolution im Herbst 1989 versuchte die Staatssicherheit, sich in ein Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umzuwandeln. Das Versiegeln eines Teils der Aktenbestände der BV am 5. Dezember 1989 durch engagierte Bürger und die Beschlüsse des „Runden Tisches“ machten diesen Bestrebungen ein schnelles Ende. Bürgerkomitee, Regierungsbeauftragte und Militärstaatsanwälte übernahmen die Sicherung und Verwaltung der Akten bis zur Schaffung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Bei der Übernahme befanden sich 8 166 laufende Meter Schriftgut in der Bezirksverwaltung. Außerdem wurden 109 Videos, 19 471 Tonträger, 17 717 Fotopositive, 3 339 Diapositive, 10 912 Negativfilme, 46 Filmspulen, 329 Disketten, 7 Magnetbänder, 6 293 Rollfilme und 84 880 Mikrofiches gesichert. Von den schriftlichen Überlieferungen waren ca. 362 laufende Meter vorvernichtet und über ein Drittel des gesamten Materials war nicht erschlossen. Am 20. 12. 1991 wurde das Stasi-Unterlagengesetz (StUG) verabschiedet, es bildet die rechtliche Grundlage des Zuganges der Bürger zu ihren Akten. Verwaltungstechnisch werden die Vorgaben dieses Gesetzes von der Behörde des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen umgesetzt. Im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages zur politischen Bildung wurde 1995 das Informations- und Dokumentationszentrum in Halle eröffnet. Die Dauerausstellung sollte ursprünglich den Titel „Aufbruch im Herbst“ haben. Das Wort „Aufbruch“ sollte für seine zwei Bedeutungen stehen, einmal das Zerschneiden

alter Strukturen, zum anderem aber auch als Startpunkt für eine neue Entwicklung. Bei der Arbeit mit den Akten sind den Mitarbeitern jedoch so viele Schlüssel von konspirativen Wohnungsdurchsuchungen in die Hände gefallen, dass man den Titel kurzfristig in „Entschlüsselte Macht“ geändert hat. „Entschlüsselte Macht“ steht hier auch für seine Doppelbedeutung. Einerseits verfügt der ehemalige Geheimdienst nicht mehr über die gefundenen Schlüssel, andererseits sind die Strukturen des MfS entschlüsselt worden, eben diese Strukturen, die das MfS zum Herrschaftsinstrument einer Partei und zur allgegenwärtigen Bedrohung für den einzelnen Bürger machten. Im IDZ werden heute diese Strukturen öffentlich gemacht und Beispiele für das „Zersetzen“ von Menschen dokumentiert.



Geruchsproben

#### Einzelchicksale:

Erlebnisbericht einer jungen Frau, deren „Vorgang“ (OV „Treffpunkt“) im IDZ dokumentiert ist:

*Nach Einsicht in meine „Akten“ kam ich nicht umhin, mir Fragen nach Beginn und Anfängen zustellen. Fragen, wie man als Jugendlicher ohne Ahnung und ungewollt in die Fänge eines unfassbaren Apparates, in die Maschinerie von Kontrolle, Manipulation und Überwachung gerät. Wie man, ohne es zu wissen, leicht zum „Operativen Vorgang“, zum „Staatsfeind“ werden konnte und zu „terroristischen Kreisen“ zugeordnet, wenn andere es so wollten. Dabei empfand ich mich anfangs eigentlich als harmlos oder politisch nicht interessant ... Aber das sollte sich bald ändern. Beim Lesen meiner vielen Seiten blieb später oft ein fassungsloses Kopfschütteln.*

*Sicher ist der Beginn des Beginns, oder meines späteren Besinnens in meiner eigenen*

Persönlichkeitsstruktur zu sehen und in meiner Erziehung. Ich, welche schon als Kind einen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn - besonders meine Mitmenschen betreffend - in sich trug, meist auf der Seite der Opfer, der Randgruppen. Ich, lebend, staunend, suchend nach Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Menschlichkeit ..., schon in der Schule sichtlich aufsässig, etwas dickköpfig und wenig kompromissbereit, wenn es um Ungerechtigkeit in meinen Augen ging. Trotzdem oder deswegen, mein Berufswunsch stand fest. Ich wollte Lehrerin werden. Ich las schon mit Beginn der 8. Klasse russische Pädagogen, auch Makarenko und andere. Auch kam ich durch Mitschüler zu A. S. Neill, also zur sogenannten „antiautoritären Erziehung“.

Den vielen Freundschaften hatte ich den Zugang zu Literatur, Musik und Kunst zu verdanken. Wir lasen Gedichte, spielten und sangen Lieder, auch von R. Kunze und W. Biermann, eigentlich wie von selbst. Wir trafen uns zu Hause bei Freunden, bildeten lose Kreise. Es war interessant und beinahe abenteuerlich. Erfuhren wir doch so viele Dinge, die vor uns bislang verborgen gehalten worden. Wir diskutierten, philosophierten und, das blieb ja nicht aus, wir begannen die politische Realität zu vergleichen. Wie in den Gedichten und Liedern schien ein Einsatz für mehr Demokratie irgendwie unseren Idealen und Empfindungen zu entsprechen.

Doch genau hier, schon einfach als nicht recht übersehbare Gruppierung, gerieten wir in das argwöhnische Visier der Staatsmacht. Aber wie wird man dann schon innerhalb kürzester Zeit und damit zum Staatsfeind? Wie wird man so schnell Staatsgegner und eine Person, „die zu liquidieren“ sei, wie die Stasi das Zerstören der Persönlichkeit und ihres eigenen Wirkungsfeldes bezeichnete? Solche Menschen werden doch nicht geboren oder schaffen sich aus sich selbst heraus. Sie sind sicherlich auch nicht das Produkt „böser“ Einflüsse. Es war wohl eher der Staat selbst, der diese Gräber ausgehoben hatte, es war anfänglich ja keine bewusste Gegnerschaft oder etwa eine „Untergrundbewegung“. Anfangs überwogen vielleicht Neugierde, Wissensdrang Freundschaft, Gerechtigkeit, Lebensliebe und Übermut. Bewusste Opposition und Zersetzungswille waren hier viel zu weit entfernt. Sie wurden aber geboren in Reaktion und als Reaktion auf das Verhalten des Staates selbst. Die Reakti-

on auf allumfassende Lüge, Verleumdung und Zerstörung eines Staates, der sich anmaßte, sein Gewaltmonopol allumfassend auszuspielen, um in seinem Sinne zu „erziehen“!

Wohnungsdurchsuchungen, auch Schläge, die Zerstörung von Beziehungen, Liebe, Traum und Beruf waren plötzlich der „wahre Staat“ geworden: Und so war es denn eigentlich der Staat selbst gewesen, welcher uns zu unseren späteren Reaktionen, zum bewussten staatsfeindlichen Handeln, zur Freundschaft und zur Solidarität in Gruppen zusammenschmiedete.



Silvia Kruschynski

Eigentlich sind diese so bezeichneten Staatsfeinde nur legitime Kinder eines absolut herrschenden und dadurch funktionierenden Systems. Wer Menschen entwürdigt, psychisch und beruflich zerstören will, wer Wohnungen „verwanzt“ und präpariert, wer verleumdet und manipuliert, nur um die eigene fragwürdige Macht zu erhalten, musste mit plötzlich bewusst gewordener Gegenreaktion rechnen. Das war der wirkliche Teufelskreis einer selbstherrlich gewordenen Macht.

Eine nie so recht aufgeklärte, angeblich von „uns“ inszenierte Flugblattaktion von 1978 („**Schluß mit der Mauer - Erich wir werden sauer**“) wurde zum Anlass genommen. Der Operative Vorgang (OV) „Treffpunkt“ war eingeleitet. Beschattungen rund um die Uhr, Abhöraktionen, Befragungen des Umfeldes in unvorstellbarem Aufwand folgten. Teilweise Wusste ich von den Aktionen, sollte damit verunsichert werden, teilweise wurde gezielt im Verborgenen zersetzt und manipuliert. Letzteres fand ich später in den Akten bestätigt.

Da waren meine vielen vergeblichen Bewerbungsversuche zum Beruf und auch mei-

ne Wohnungssuche längst unter Regie der Staatsmacht. Sie wollte das Spiel bestimmen und die Schachfiguren setzen. Alle Absagen waren im Vorab geplant, den entscheidenden Gremien „anempfohlen“. Sogar eventuelle Studienzusagen, sollte ich mich vielleicht doch als gefügig und kooperativ erweisen. Alles war vorher bereits im Detail akribisch aufgelistet.

Die Wohnungsvergabe. Nichts blieb mir oder einem Zufall wirklich überlassen. Alles war abgeklärt und präpariert. Einmal aber, so vermerkte die Stasi sichtlich frustriert, musste man die vorab „verwandte“ Wohnung wieder „säubern“, Nachbarn mit den üblichen Legenden stundenlang aus der Wohnung bringen - weil ich, wider Stasi-Erwarten die angebotene Wohnung nicht nehmen wollte. Es kostete den zahlreich in der Wohnung tätigen Genossen Spezialisten von der „Firma“ viel Arbeit, die nächste anzubietende Wohnung mit gleichen Aufwand zu präparieren. In diese zog ich dann endlich, ihre Gebete anhörend, auch ein.

„Zielstellung des operativen Spieles:

Zielstellung ist, die Tatverdächtigen zu solchen Reaktionen zu veranlassen, daß sie auf Grundlage der ihnen zugespielten Informationen Handlungen auslösen, ... gewisse Verunsicherungen der Gruppenmitglieder durch gegenseitige Verdächtigungen ... zu organisieren ... Das operative Zuspielen nachgenannter Informationen und die damit verbundenen zu erhoffenden Aktivitäten ... werden durch Einsatz von IM ... sowie direkter Beobachtung der Sch. Um ihre Anlaufpunkte ... festgestellt, unter Kontrolle gehalten und dokumentiert ... Folgender Text wird Sch. direkt zugespielt: - alles verraten! Wer hat uns da verbraten?? - ... Dieser Text berücksichtigt das bisher bekannte übliche sprachliche Umgangsvokabular der Tatverdächtigen und die sloganartige Anlage der von ihnen verfaßten hetzerischen Texte ... Der Abbruch der Beobachtung erfolgt in Abhängigkeit von den mit diesen operativen Spiel beabsichtigten Reaktionen ... Das Spielmaterial wird mit Oxion markiert, um zu einem späteren Zeitpunkt die Personen zu identifizieren, die mit dem Material Berührung hatten ...“

Viele Dinge, die in dieser Zeit passierten, haben sich an anderer Stelle mit anderen Menschen irgendwie wiederholt. Verhöre, Beleidigungen und auch tragikomische Ereignisse. Pleiten bei dem Präparieren des Dachbodens,

ständige technische Pannen, unerwartet erscheinende Nachbarn, bellende und zu beruhigende Hunde - alles wurde akribisch in den Berichten der Genossen geschildert. Aber auch Wut, Angst und Verzweiflung - alle Gefühle von damals kamen beim Lesen wieder in mir hoch.

„Die Sch. gehört zum Kern einer feindlich-negativen Gruppierung. Der Einsatz der Maßnahme B [„Wanze“ - Anm. d. Red.] in Kombination mit dem Einsatz von IM ist Bestandteil der Vorgangsbearbeitung, die mit dem Ziel der Nachweisführung staatsfeindlicher Handlungen gemäß § 106 und 107 StGB verfolgt wird ... Diese Gruppierung organisiert Zusammenkünfte, in denen antisozialistische Materialien diskutiert und verbreitet werden. Die Wohnung der Sch. ist u. a. ein Ort, wo derartige Zusammenkünfte stattfinden. Bei dem Personenkreis handelt es sich vorwiegend um Studenten, kulturell tätige Personen und kirchlich gebundene Personenkreise, die eine feindlich-negative Einstellung besitzen, der PID [Politisch-ideologische Diversion - Anm. d. Red.] unterliegen und als Verbreiter aktiv in Erscheinung treten ...“ usw.

Abschließend erwähnenswert vielleicht auch noch, dass meine Mutter, deren Familie während des 2. Weltkrieges in ihrem Haus einen orthodoxen Juden versteckte und ihn letztendlich vor der Deportation bewahrte, später für ihre Tochter und deren Freunde die Liedertexte von Biermann, Gedichte und Texte von R. Kunze sowie weitere Lektüre und Kopien unter den Kohlen im Keller des Hauses versteckte, die Texte vor einem Auffinden und der Vernichtung bewahrte. Und das würde ja wohl nicht nur Herr Biermann zu würdigen gewusst haben.

Gez. Silvia Kruschynski, geb. Schumann



Konspirative Technik (Fototaschen)

Bildungsangebote:

## 1. Führung mit folgenden Schwerpunkten:

- Geschichte und Struktur des MfS
- Arbeitsweise der Staatssicherheit
- Regional bezogene Fallbeispiele aus Operakten
- Differenzierte Beispiele von Akten inoffizieller und hauptamtlicher Mitarbeiter
- Einsicht in bearbeitete Beispielakten
- Konspirative Technik
- Planung von Isolierungslagern
- Politische Haft beim MfS
- 17. Juni 1953 im Bezirk Halle
- Struktur der Staatssicherheit
- Flächendeckende Überwachung durch das MfS
- „Politisch-Operatives Zusammenwirken“ (POZW) von gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen bei der „Bearbeitung“ von Betroffenen
- Postkontrolle
- Kurzer Abriss der „Wendeereignisse“ im Bezirk Halle
- Arbeit des BStU und Möglichkeiten für Bürger, Akteneinsicht zu nehmen

Bei einem Besuch des IDZ sollte die Schülergruppe nicht größer sein als 15 Personen. Es ist zweckmäßig, besondere Wünsche, Thematiken und Schwerpunkte vorher mit unseren Mitarbeitern abzusprechen.

## 2. Videovorführungen mit Kopien von Originallehrfilmen des MfS zur geheimdienstlichen Tätigkeit

## 3. Vorträge zu verschiedenen Aspekten der flächendeckenden Überwachung und DDR-Geschichte, wie z. B.:

- Der 17. Juni 1953
- Die Arbeit von Zelleninformatoren in der Untersuchungshaft des MfS
- Justiz und Staatssicherheit

- Die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes
- Weitere Themen auf Anfrage und entsprechender Vorbereitungszeit

## 4. Einsicht und Erwerb (Schutzgebühr) von Veröffentlichungen des BStU

## 5. Projekttag mit Schülern. Die Themen sind nach Absprache auszuwählen und vorzubereiten.

Gerade bei Projektgruppenarbeit ist zu beachten, dass die Planung nicht zu kurzfristig erfolgt, da unsere Mitarbeiter die Themen entsprechend recherchieren und aufbereiten müssen.

Die Projektarbeit kann z. B. unter Auswertung authentischer Quellen durchgeführt werden. Hierzu können Kopien aus Originalakten einbezogen werden. Es empfiehlt sich, einen regional bezogenen Schwerpunkt zu wählen und das Aktenmaterial, entsprechend den zu vermittelndem Wissen, didaktisch aufzubereiten.

Die Quellenanalysen sind besonders für das Thema 13 des Geschichtsunterrichts der Sekundarschule und des Kurses 4 am Gymnasium geeignet.

Vor jedem Einsatz von MfS-Akten ist durch entsprechende Fragestellung oder Erläuterung des Lehrers die Besonderheit von Geheimdienstakten zu klären. Hier sind die Punkte der konspirativen Informationsgewinnung und der exekutiven Gewalt des MfS zu verdeutlichen.

Dokumente:

## Wahlen in der DDR:

Die SED erreichte bei den Wahlen für ihre Einheitsliste eine Zustimmung von über 99 %. Wer nicht zur Wahl ging, musste mit persönlichen Konsequenzen rechnen, die bis zur Entlassung z. B. als Lehrer führten. Eine letzte Möglichkeit bestand darin, die Wahlkabine aufzusuchen und die Kandidaten zu streichen. Es ergibt sich anhand des Dokumentes die Frage, in wie weit diese Möglichkeit durch den Geheimdienst unterwandert wurde. Welche Rolle spielt hier der subjektive Faktor, die Angst, eine Wahlkabine aufzusuchen, zumal fast alle DDR-Bürger vermuteten, dass die Kabinenwähler namentlich erfasst werden. Die Anzahl der Kabinenwähler war meist identisch mit der Anzahl der ungültigen Stimmen und Streichungen. Es wurde für die Wahlen der Begriff „Zetelfalten“ geprägt.

(siehe nächste Seite)



Einschätzung

0000  
129087

Folgende Bürger aus dem Wohngebiet 110 besitzten die Wahlkabine und nahmen Veränderungen an den Wallecken am 14.06.81 vor.

1) [REDACTED]  
geb. [REDACTED]. 53  
[REDACTED]straße [REDACTED]

2) [REDACTED]  
geb. [REDACTED]. 50  
[REDACTED]str. [REDACTED]

Auszug aus dem Bericht eines IMS (Inoffizieller Mitarbeiter für Sicherheit) des MfS (BStU, Ast. Halle, Abt XX, IMS „Linke“, VIII 1800/63/61, Teil II, Bd. VI, Bl. 87)

Aufgaben eines Inoffiziellen Mitarbeiters bei der Beobachtung einer Studentin:

Die operative Aufgabe des IMS besteht in der Herstellung vertraulicher Beziehungen zu der Studentin [REDACTED], die am [REDACTED] 1980 an der [REDACTED] in der Fachrichtung [REDACTED] ein Studium aufgenommen hat.

Das Ziel des Einsatzes des IM besteht in der Erarbeitung von operativ bedeutsamen Informationen zu folgenden Komplexen:

- Politisch-ideologische Grundhaltung der [REDACTED] zu den gesellschaftspolitischen Verhältnissen in der DDR, insbesondere zur Kulturpolitik der SED.
  - . Identifiziert sich die [REDACTED] mit den Auffassungen feindlicher Kräfte im Bereich Kunst und Kultur, wie Heyn, Havemann, Biermann u. a.?
  - . Entwickelt die [REDACTED] selbst gedankliche Vorstellungen über gesellschaftspolitische Veränderungen in der DDR?

- In welchem Verhältnis steht die [REDACTED] zu ihrem Ehemann?

- . Welcher Einfluß wird von den Eltern in weltanschaulichen Fragen ausgeübt?
- . Werden mögliche negative Auffassungen der [REDACTED] durch ihre Eltern geteilt oder toleriert?

- Bei den regelmäßigen Kontakten muß sich der IM für persönliche Probleme der [REDACTED] interessieren und bei eventuell auftretenden Schwierigkeiten Hilfe und Unterstützung anbieten und gewähren.
- Durch ein kameradschaftliches Auftreten und Verhalten des IM sind bei der [REDACTED] persönliche Zuneigungen zum IM zu erzeugen.
- Bei Vorhandensein persönlicher Zuneigungen sind diese durch den IM bis hin zur Herstellung intimer Beziehungen auszubauen.

Auszüge aus dem Maßnahmeplan des IMS „Klaus Bach“ (BStU Ast. Halle, AIM 3471/89, Teil I, Bl. 140ff.)

Im Herbst 1989 richtete sich der Unmut der Bevölkerung besonders gegen das MfS. Das Quellenmaterial liefert Belege zu den Gründen (Bespitzelung bis in privateste Sphären, Rücksichtslosigkeit und Menschenverachtung). Eine weitere Problemstellung kann der Vergleich des Anspruchs der SED an eine „sozialistische Menschengemeinschaft“ mit der Realität sein.

Forderung von Studenten nach einem zivilen Ersatzdienst:

**Maßnahmen gegen ehemalige Sonderpädagogik-Studenten der MLU  
(Ergänzung der Inf. vom 22.3.1982)**

Wie in der Information vom 22.3.1982 berichtet wurde, verfaßten 7 Sonderpädagogik-Studenten der MLU entsprechend des Aufrufs der Evangelischen Landeskirche der Kirchenprovinz Sachsen einen Brief in Befürwortung des "Sozialen Friedensdienstes". Der Brief wurde von den Studenten unterschrieben und dem Konsistorium Magdeburg zugesandt.

Bei den Personen handelte es sich um

Durch spezifische und offensive Maßnahmen wurde eine Zurückdrängung des negativen Einflusses erreicht. Der angefallene Personenkreis trat durch keine weiteren negativen Aktivitäten in Erscheinung.

Auf Grund der politischen Bedeutsamkeit des Vorkommnisses und der vorbeugenden Verhinderung, Unterbindung und Zurückdrängung feindlich-negativer Erscheinungen, insbesondere im pädagogischen Bereich sowie zur Erreichung einer hohen politischen Wirksamkeit, wurden durch das Ministerium für Volksbildung in Abstimmung mit der Abt. Volksbildung beim ZK der SED, über vorgeschlagene Maßnahmen der MLU hinaus die

- Zurücknahme der Delegierung zum Zusatzstudium,
- Entlassung aus dem Schuldienst aufgrund pädagogischer Nichteignung

Aus einem Bericht der BV Halle vom 11.05.82 (BStU, Ast Halle, Abt. XX, SA 126, Bl. 126f.)  
(Sozialer Friedensdienst (SOFD) - Wehersatzdienst, z. B. in Krankenhäusern und Behinderteneinrichtungen)

Die benannten Studenten der Sonderpädagogik waren schon Lehrer und schlossen ein Zusatzstudium ab. Der Personalmangel in Behinderteneinrichtungen war einer der Gründe für ihre Unterschriftensammlung. Die Problemstellung für die Schüler könnte in der Frage bestehen, warum die staatlichen Institutionen so hart reagierten. (Die Forderung nach dem sozialen Friedensdienst lief der ständigen Militarisierung der DDR Gesellschaft entgegen.)

Literatur:

Berg, W. / Cyranka, D. / Schlademann, U.:  
„Keine Überraschung zulassen!“ - Berichte und Praktiken der Staatssicherheit in Halle bis Ende November 1989; Eigenverlag, Halle (S.) 1991

Berg, W. / Cyranka, D.: „Zur Aktenlage - MfS-Papiere und Öffentlichkeit“; Eigenverlag, Halle 1992

Löhn, H.-P.: „Unsere Nerven lagen allmählich blank.“ - MfS und SED im Bezirk Halle; Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin 1996

## Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt



**Anschrift:**

Schleiufer 12  
39104 Magdeburg

Tel.: 03 91 - 56 53 40

Fax: 03 91 - 5 65 34 13

**E-Mail:**

[lpblsa.sekretariat@stk.sachsen-anhalt.de](mailto:lpblsa.sekretariat@stk.sachsen-anhalt.de)

Internet: <http://www.lpb.sachsen-anhalt.de>

Die Landeszentrale für politische Bildung, die 1991 auf Beschluss der Landesregierung errichtet wurde, hat die Aufgabe, die politische Bildung in Sachsen-Anhalt auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen. Ziel ihrer Bildungsarbeit ist es, den demokratischen Grundkonsens in unserer Gesellschaft und das Zusammengehörigkeitsgefühl im vereinten Deutschland zu stärken, über zeitgeschichtliche Vorgänge und deren historische Voraussetzungen zu unterrichten und die geistig-politische Auseinandersetzung mit antidemokratischen Bestrebungen und Formen des politischen Extremismus zu führen.

Die Landeszentrale fördert die politische Bildung durch Veranstaltungen (Seminare, Lesungen, Bildungsreisen etc.) sowohl in Eigenregie als auch in Kooperation mit staatlichen und freien Trägern der politischen Bildungsarbeit. Maßgebend für eine finanzielle Unterstützung politischer Bildungsarbeit anderer Träger sind die Förderrichtlinien, denen die Landeszentrale unterliegt. Die Veranstaltungen richten sich in der Regel an spezielle Zielgruppen, einige stehen aber auch allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen.

Hinzu kommt ein umfangreiches Literaturangebot zur politischen Bildung, das an Interessenten kostenlos abgegeben wird. Veranstaltungskalender und Publikationsverzeichnis können im Büro angefordert werden.

## Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, Magdeburg



Anschrift:  
Geißlerstr. 1  
39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91 - 56 87 60.  
Fax: 03 91 - 5 68 76 15,  
E-Mail: [mdbmail@fes.de](mailto:mdbmail@fes.de)  
Internet: <http://www.fes.de>

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist eine private, gemeinnützige, kulturelle Institution, die den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet ist. Sie ist die älteste politische Stiftung Deutschlands (gegründet 1925). Mit ihrer weltweiten Tätigkeit fördert sie die internationale Verständigung und die Partnerschaft zu den Entwicklungsländern.

### Bildungsangebote:

Das Landesbüro Sachsen-Anhalt der Friedrich-Ebert-Stiftung vermittelt mit seiner politischen Bildungsarbeit Grundlagenwissen über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge für alle Bürgerinnen und Bürger. Dabei fördert es den Dialog zwischen Politik, Verwaltung, Initiativen und Verbänden, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Wir wollen auf diese Weise einen Beitrag zur öffentlichen Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit und damit zur politischen Kultur in Sachsen-Anhalt leisten.

„Einmischung in die eigenen Angelegenheiten“ ist dabei unser Motto. Die Angebote unseres Veranstaltungskalenders haben vor allem ein Ziel: Bürgerinnen und Bürger zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermutigen und zu befähigen. In Sachsen-Anhalt veranstalten wir

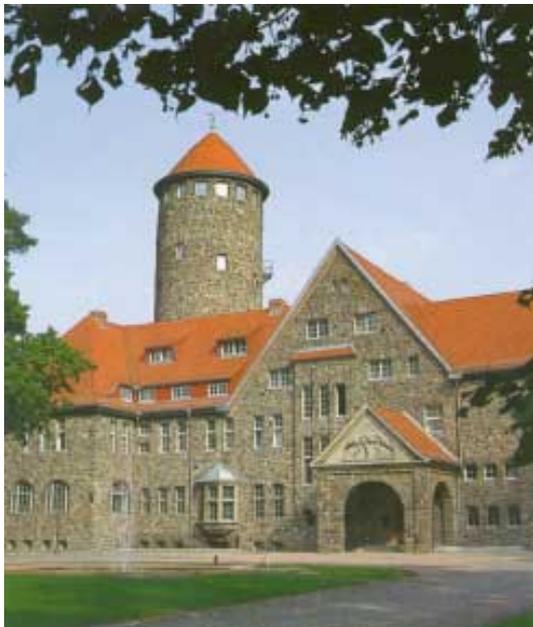
Konferenzen und Tagungen, Seminare, Gesprächskreise und Diskussionsforen zu den folgenden Themen:

- Jugend- und Sozialpolitik
- Kommunalpolitik
- Interessenvertretung und Kommunikation
- Wirtschaft, besonders: Regionale Wirtschaftspolitik
- Medienkompetenz
- Aufarbeitung unserer Geschichte
- Rechtsextremismus
- Schule - Bildung - Wissenschaft
- Umweltpolitik
- Kultur.

In unserem Halbjahresprogramm (auf Anforderung im Büro kostenfrei erhältlich) finden sich regelmäßig Veranstaltungen, zu denen Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler ab 16 Jahren und herzlich eingeladen sind. Ein Teil unserer Veranstaltungen sind vom Kultusministerium als Fortbildungsveranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer anerkannt.

Wenn Sie uns Ihr Interesse an bestimmten Veranstaltungen signalisieren, erhalten Sie vier Wochen vor dem Veranstaltungstermin Ihre Einladung mit detaillierten Informationen zum Programm, zum Tagungsort und zu einem eventuellen Teilnehmerbetrag. Sie können sich dann verbindlich anmelden. Alle Veranstaltungen sind grundsätzlich öffentlich. Fahrtkosten können wir leider nicht übernehmen.

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Bildungszentrum Schloss Wendgräben



Anschrift:  
Wendgräbener Chaussee 1  
39279 Wendgräben

Tel.: 03 92 45 - 952-203  
Fax: 03 92 45 - 952-206

E-Mail: [zentrale-wendgraeben@pbwg.kas.de](mailto:zentrale-wendgraeben@pbwg.kas.de)

Seit über 35 Jahren tritt die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. forschend, lehrend und werbend für eine moderne, an den Grundsätzen der Menschlichkeit orientierte Gesellschaft ein. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozial verantwortete Marktwirtschaft sind für unser Gemeinwesen unverzichtbar. Bürgerinnen und Bürgern die Grundwerte und die Funktionsweise der auf ihnen basierenden Institutionen zu vermitteln gehört daher zu den zentralen Aufgaben der Stiftung.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. steht in der Tradition der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen. In besonderer Weise fühlt sie sich dem Vermächtnis Konrad Adenauers verbunden. Vor über 40 Jahren wurde auf seine Initiative hin die politische Bildungsarbeit in Schloss Eichholz ins Leben gerufen. Im Juni 1997 nahm das Bildungszentrum Schloss Wendgräben die politische Bildungsarbeit auf

### Bildungsangebote:

Mit einem überregionalen Veranstaltungsangebot suchen wir das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern zu nationalen, europäischen und internationalen Fragen, Unsere Schwerpunkte liegen auf der Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur sowie des Vereinigungsprozesses. Auch im zehnten Jahr nach der Herstellung der deutschen Einheit wollen wir dazu beitragen, Menschen aus den alten und neuen Bundesländern zusammenzubringen und mit ihnen wichtige politische Sachfragen erörtern. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk der jungen Generation. Folgende Themen stehen im Mittelpunkt unserer Dialogforen, Fachtagungen, Seminare, Vortragsveranstaltungen und Gesprächskreise:

- Deutsche Geschichte
- Gesellschaftspolitische Grundsatzfragen
- Europäische und internationale Zusammenarbeit
- Kulturpolitik
- Gesundheitspolitik
- Kommunalpolitik
- Systematische politische Bildung
- Politische Kommunikation
- Seminare für junge Erwachsene
- Seminare für junge Medienmacher

In unserem Jahresprogramm (auf Anforderung kostenfrei erhältlich) finden Sie regelmäßig Veranstaltungen, die sich an Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler ab 16 Jahren richten. Die Teilnahme an den Veranstaltungen des Bereichs Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. ist grundsätzlich jedem Interessenten möglich, unabhängig von seinen parteipolitischen Präferenzen. Unterkunft und Verpflegung im Bildungszentrum Schloss Wendgräben sind frei. Den zu entrichtenden Tagungsbeitrag finden Sie bei den Terminangaben im Programm. Nähere Einzelheiten, auch zu einer eventuellen anteiligen Erstattung von Fahrtkosten, erhalten Sie bei der Zusendung der Programme. Die Fachtagungen für Lehrerinnen und Lehrer werden in der Regel von den zuständigen Behörden der einzelnen Bundesländer als im Interesse der Lehrerfortbildung liegend anerkannt. Anmeldungen erbitten wir schriftlich.

## Weitere Einrichtungen und Ansprechpartner

### Behörden

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Beratung, Information, Bibliothek

Anschrift:

Klewitzstraße 4, 39112 Magdeburg

Tel.: 03 91 - 5 67 50 51

Fax: 03 91 - 5 67 50 60

Internet:

<http://landesbeauftragte.germancom.de>

e-mail: [landesbeauftragte@gmx.de](mailto:landesbeauftragte@gmx.de)

Landesbeauftragte: Edda Ahrberg

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Außenstelle Magdeburg

Beratung, Ausstellungen, Führungen durch das Archiv

Anschrift:

Georg-Kaiser-Straße 4, 39116 Magdeburg

Tel.: 03 91 - 6 05 33

Fax: 03 91 - 6 05 35 00

Bürgertelefon: 03 91 - 6 05 34 38

Öffnungszeiten:

Mo-Do 8 - 17 Uhr Fr 8 - 16 Uhr

Außenstellenleiterin: Walburga Edel

### Vereine

Förderverein für die Mahn- und Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge e. V.

Anschrift:

c/o Angela Gorr, Kreuzberg 1, 38855 Wernigerode

Tel./Fax: 0 39 43 - 60 55 62, 60 68 71

Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (IV VdN) e. V., Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Anschrift:

Philipp-Müller-Straße 57, 06110 Halle/S.

Tel.: 03 45 - 2 02 11 39

Bund der Antifaschisten, Landesvorstand Sachsen-Anhalt

Anschrift:

Große Klausstraße 11, 06108 Halle/S.

Tel.: 03 45 - 2 02 12 79

Zeit-Geschichte(n) e. V. -

Verein für erlebte Geschichte

Anschrift:

Große Ulrichstraße 51, 06108 Halle/S.

Tel.: 03 45 - 2 03 60 40

Fax: 03 45 - 2 03 60 41

e-mail: [zeit-geschichten@t-online.de](mailto:zeit-geschichten@t-online.de)

Vorsitzender: Peter Jeschke

Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V., Kontaktstelle Sachsen-Anhalt

Ansprechpartner: Achim Grill

Ernst-Thälmann-Straße 3, 39393 Barneberg

Tel./Fax: 03 94 02 - 5 03 21

Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.

Landesvorsitzender: Johannes Rink

Heideweg 3, 39126 Magdeburg

Tel.: 03 91 - 2 51 07 16

Geschäftsstelle:

Umfassungsstraße 76, 39124 Magdeburg

Postanschrift: PF 180218, 39029 Magdeburg

Tel./Fax: 03 91 - 2 53 23 15

Sprechzeiten: Do 9.30 - 17.00 Uhr

Gemeinschaft politisch Verfolgter der SBZ / DDR e. V.

Vorsitzender: Wolfgang Fintzel, Straße des

Aufbaus 10, 06295 Lutherstadt Eisleben

Tel.: 0 34 75 - 71 64 10

Sprechzeiten:

Di, Do 9 - 12, 15 - 18 Uhr

sowie nach tel. Vereinbarung

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V., Landesgruppe Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle: Umfassungsstraße 76  
39124 Magdeburg

Tel.: 03 91 - 2 52 25 51

Sprechtage: Donnerstag 14.00 bis 17.00 Uhr

Postanschrift: PF 74, 39028 Magdeburg

e-mail: [vos-md@t-online.de](mailto:vos-md@t-online.de)

Vorsitzender: Joachim Marckstadt

Geschichte der Bürgerbewegung der Stadt Stendal

Erika Drees

Beethovenstraße 13, 39576 Stendal

Ingrid Fröhlich-Groddeck

Wahrburger Straße 2, 39576 Stendal

## Literaturhinweise

### Nationalsozialismus:

- Adler, H. G.: Panorama; Piper, München, Zürich 1988
- Adler, H. G.: Der Wahrheit verpflichtet; Bleicher Verlag, Gerlingen 1998
- Adler, H. G.: Eine Reise; Picus Verlag, Wien 1999
- Drobisch, K. / Wieland, G.: Das System der NS-Konzentrationslager 1933-1939; Akademie Verlag, Berlin 1993
- Friedländer, H.: Der Weg zum NS-Genozid; Von der Euthanasie zur Endlösung; Berlin Verlag, Berlin 1997
- Gies, H.: Geschichtsunterricht unter der Diktatur Hitlers; Böhlau Verlag, Köln 1992
- Herbert, U.: Fremdarbeiter, Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches; J. H. W. Dietz Nachf. Verlag, Berlin, Bonn 1985
- Herbert, U.: Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945; Klartext Verlag, Essen 1991
- Heydecke, J. J. / Leeb, J.: Der Nürnberger Prozeß; Verlag Kiepenhauer & Witsch, Köln 1958
- Hilberg, R.: Täter - Opfer - Zuschauer; Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1992
- Huber, L.: Diese Zitrone hat noch viel Saft; Edition dia, St. Gallen 1990 - zu Lichtenburg/Prettin
- Ivanji, I.: Schattenspringen; Picus Verlag, Wien 1993
- Ivanji, I.: Die andere Seite der Ewigkeit. Zwanzig Geschichten vom Tod; Picus Verlag, Wien 1994
- Jakob, V. / Voort, A. van der: Anne Frank war nicht allein. Lebensgeschichte deutscher Juden in den Niederlanden; J. H. W. Dietz Nachf. Verlag, Berlin, Bonn 1988
- Kaienburg, H.: „Vernichtung durch Arbeit“. - Der Falle Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen; J.H.W. Dietz Nachf. Verlag, Bonn 1990
- Kertész, I.: Roman eines Schicksallosen; Rowohlt Berlin Verlag GmbH, Berlin 1996
- Klönne, A.: Jugend im Dritten Reich; Eugen Diedrichs Verlag, Köln 1982
- Kogon, E.: Der SS-Staat; Kindler Verlag, München 1974
- Langer, F.: Miecuis später Bericht. Eine Jugend zwischen Ghetto und Theresienstadt; Lamuv Verlag, Göttingen 1999
- Langhoff, W.: Die Moorsoldaten; Schweizer Spiegel Verlag Zürich 1, 1935 (Nachauflagen beim Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar ab 1975) - zu Lichtenburg/Prettin
- Lustiger, A.: Zum Kampf auf Leben und Tod! Vom Widerstand der Juden 1933-1945; Kiepenhauer & Witsch Verlag, Köln 1994
- Lustiger, G.: Die Bestandsaufnahme; Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1996
- Le Goupil, P.: Erinnerungen eines Normannen 1939-1945; Tirésias, Paris 1995
- Klee, E. (Hg.): Dokumente zur „Euthanasie“; Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1985
- Klee, E.: „Euthanasie“ im NS-Staat. Die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“; Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1983
- Klee, E.: Was sie taten - Was sie wurden: Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord; Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1986
- Kleine, F.: Lichtenburg, aus: Konzentrationslager, ein Appell an das Gewissen der Welt; Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad 1934
- Mennecke, F.: Innenansichten eines medizinischen Täters im Nationalsozialismus: eine Edition seiner Briefe 1935-1947. Bearbeitet von Peter Chroust; Institut für Sozialforschung Hamburg (Hg.), 1988
- Rürup, R.: Topographie des Terrors; Verlag Willmuth Arenhövel, Berlin 1987
- Saint Marc, H. de: Asche und Glut, Erinnerungen; Edition Atlantis, Friedberg 1998
- Sarkowicz, H. (Hg.): „Als der Krieg zu Ende war ...“. Erinnerungen an den 8. Mai 1945; Insel Verlag, Frankfurt am Main, Leipzig 1995
- Schoenberger, G.: Der gelbe Stern; Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1991
- Weingart, P. / Kroll, J. / Bayertz, K.: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland; Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1988
- Werner, R.: „Olga Benario“; Verlag Neues Leben, Berlin 1961
- Wickert, C.: Frauen gegen die Diktatur - Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland, Reihe „Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand“; Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1995
- Wijze, L. de: Only my life. A survivor's story; St. Martin's Press, New York 1997 (engl.)

### Sowjetisch besetzte Zone / DDR:

- Ahrberg, E.: „Mit gestutzten Flügeln“ - Jugend in der DDR, Reihe „Sachbeiträge“, Heft 2 ; Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1996
- 40 Jahre DDR - Kleiner Archivführer für das Land Sachsen-Anhalt; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1996
- Delius, F. C. / Lapp, P.-J.: Transit Westberlin: Erlebnis im Zwischenraum; Links Verlag, Berlin 1999
- Diedrich, T. / Ehlert, H. / Wenzke, R. (Hg.): Im Dienste der Partei: Handbuch der bewaffneten Organe der DDR; Links Verlag, Berlin 1998
- Feige, M.: Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS, Reihe „Sachbeiträge“, Heft 11, Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1999
- Ein Gespenst ging um - Erlebnisberichte aus dem „Sozialistischen Lager“ 1945 bis 1989 (Redaktion: Bund der Stalinistisch Verfolgten, Kreisverband Magdeburg), Reihe „Betroffene erinnern sich“, Heft 2; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1997
- Erdmann, V.: Die „Zelleninformatoren“ in der Untersuchungshaft der MfS-Bezirksverwaltung Halle/S. 1981-

- 1989, Reihe „Sachbeiträge“, Heft 8; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1998
- Gauk, J.: Die Stasi-Akten; Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg 1991
- Gursky, A.: Erna Dorn „... zum Tode verurteilt ...“ am 22. Juni 1953 in Halle (Saale), Reihe „Sachbeiträge“, Heft 1; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1996
- Gursky, A.: Vorgang „Riga“ - Die „Bearbeitung“ eines evangelischen Studentenpfarrers 1953 in Halle (Saale) durch das Ministerium für Staatssicherheit, Reihe „Sachbeiträge“, Heft 7; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1998
- Gursky, A.: Die Vorgeschichte des Dessauer Schauprozesses, Reihe „Sachbeiträge“, Heft 13; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 2000
- Hartmann, H.: Ein evangelischer Kirchenkreis im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit. Meine Akte Operativer Vorgang „Trend“, Reihe „Betroffene erinnern sich“, Heft 7; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1998
- Henke, K.-D. (Hg.): „Wann bricht schon mal ein Staat zusammen!“ Die Debatte über die Stasi-Akten und die DDR-Geschichte auf dem 39. Historikertag 1992; Deutscher Taschenbuchverlag, München 1993
- Herold, C.: Als katholischer Seelsorger in der DDR, Reihe „Betroffene erinnern sich“, Heft 9; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1998
- Herold, C.: Der Aktionskreis Halle. Geschichte, Strukturen und Aktionen einer katholischen Basisgruppe, Reihe „Sachbeiträge“, Heft 9; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1999
- IM „Raucher“ - Die Zusammenarbeit eines Studentenfarrers mit dem Ministerium für Staatssicherheit, Reihe „Sachbeiträge“, Heft 5; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1997
- Jablonski, M.: „Verhören bis zum Geständnis“ - der Operativ-Vorgang „Optima“, Reihe „Betroffene erinnern sich“, Heft 3; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1997
- Koch, U.: Das Ministerium für Staatssicherheit, die Wehrdienstverweigerer der DDR und die Bausoldaten der Nationalen Volksarmee, Reihe „Sachbeiträge“, Heft 6; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1999
- Koop, V.: Den Gegner vernichten. Die Grenzsicherung der DDR; Bouvier Verlag, Bonn 1996
- Kuhn, C.: „Inoffiziell wurde bekannt ...“ - Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Ökologische Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle. Gutachten zum Operativen Vorgang „Heide“, Reihe „Sachbeiträge“, Heft 3; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1997
- Lapp, P. J.: Gefechtsdienst im Frieden - das Grenzregime; Bernhard + Graefe Verlag, Bonn 1999
- Mählert, U.: Geschichte der DDR 1949-1990; Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 1997
- Müller, K.-D. / Osterloh, J.: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel zeitgenössischer Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, Berichte und Studien Nr. 4; Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden, Dresden 1998
- Müller, K.-D. / Stephan, A. (Hg.): „Die Vergangenheit läßt uns nicht los“. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen (Mit Beiträgen von Karl Wilhelm Fricke, Klaus-Dieter Müller, Falco Werkentin, Friedhelm Boll, Klaus Behnke und Stefan Trobisch, Doris Denis, Michael Bauer, Andreas Maercker, Werner Seifert); Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
- Plötze, H.-J.: Das Chemiedreieck im Bezirk Halle aus der Sicht des MfS, Reihe „Sachbeiträge“, Heft 4; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1997
- Plötze, H.-J. / Ahrberg, E.: „... mal gibt es kein Brot am Nachmittag, mal kein Schnittkäse, mal kein Quark ...“ Die Versorgung der Bevölkerung 1989 im Bezirk Halle mit Waren täglichen Bedarfs, Reihe „Sachbeiträge“, Heft 12; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 2000
- Ritter, J. / Lapp, P.-J.: Die Grenze: Ein deutsches Bauwerk; Links Verlag, Berlin 1997
- Schuldheiß: „Ich diene der Deutschen Demokratischen Republik oder ... beziehungsweise zu vernichten“. Ein Lebensblick zu drei Diensthälbjahren; Culpa Verlag, Dresden 1996
- Shanghai: Der Punk im Schrank. Ein Report über die Einflußnahme des MfS auf die Punkbewegung in Sachsen-Anhalt, Reihe „Betroffene erinnern sich“, Heft 6; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1997
- Stapel, E.: Warme Brüder gegen kalte Krieger. Schwulenbewegung in der DDR im Visier der Staatssicherheit, Reihe „Betroffene erinnern sich“, Heft 10; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1999
- Vergangenheitsklärung nach 1945 in Deutschland - Die Justiz. Tagungsbericht der Veranstaltung am 31.03./01.04.1995 in Magdeburg, (Mit Beiträgen von Hans-Jürgen Grasemann, Rudolf Wassermann, Ernst Klee, Karl Wilhelm Fricke, Ingo Müller, Christoph Schaeffgen, Peter Rieß); Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg / Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-Anhalt / Konrad-Adenauer-Stiftung Wendgräben, Magdeburg 1995
- Widerstand junger Liberaler an der Oberschule Genthin 1947-1949 (Autorinnen: Schülerinnen der 12. Klasse des Bismarck-Gymnasiums Genthin), Reihe „Sachbeiträge“, Heft 11; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1999
- Winzer, P.: Das Bezirksliteraturzentrum Halle oder wie ein Staat glaubte, Kunst in seinem Sinne zu formen und das Gegenteil erreichte, Reihe „Betroffene erinnern sich“, Heft 5; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1997
- Wirkungsstätten stalinistischer Terrors in der SBZ/DDR - Magdeburg. Dokumentation (Redaktion: Bund der Stalinistisch Verfolgten, Kreisverband Magdeburg), Reihe „Betroffene erinnern sich“, Heft 8; Landesbeauftragte ..., Magdeburg 1998

#### Gedenkstättenpädagogik:

- Behrens-Cobet, H. (Hg.): Bilden und Gedenken. Erwachsenenbildung in Gedenkstätten und an Gedenkorten, Reihe Geschichte und Erwachsenenbildung, Bd. 9; Klartext Verlag, Essen 1998
- Ehmann, A. / Kaiser, W. / Lutz, T. / Rathenow, H.-F. / Stein, C. v. / Weber, N. H. (Hg.): Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Erfahrungen und Perspektiven; Leske + Budrich, Opladen 1995
- Neirich, U.: Erinnern heißt wachsam bleiben. Pädagogische Arbeit in und mit NS-Gedenkstätten; Verlag an der Ruhr, Mülheim 2000

## Bildnachweis

- 12 (2), 15, 18, 19, 23, 25, 88, 89 Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
- 27, 30, 31 (2), 32, 33 Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg
- 34 Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge (Foto: Hermann Hein, Halberstadt)
- 35 National Archives Washington, USA (Foto: Amerikanischer Frontberichterstatter, Name unbekannt)
- 36 Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge (Foto: Walter Mahlke, Halberstadt)
- 37 Privat-Archiv Prof. Kenneth Zierler, USA
- 39 (2) National Archives Washington, USA
- 40 Gedenkstätte Lichtenburg/Prettin (Foto: Oliver Benda)
- 43 (2) Gedenkstätte Lichtenburg/Prettin
- 44 (o.), 45 Mahn- und Gedenkstätte Wernigerode (Fotos: D. Oemler, Wernigerode)
- 44 (u., 2) Mahn- und Gedenkstätte Wernigerode
- 46 Museum der Stadt Gardelegen (Foto: Dr. Herbert Becker)
- 47, 48 US Signals Corps, aus: National Archives of USA, Reproduktion: Museum der Stadt Gardelegen
- 49 Gedenkstätte Rehmsdorf
- 51 Gedenkstätte Rehmsdorf (Zeichnung: Lothar Czoßek)
- 52 (o.), 53, 54, 55, 56 Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale)
- 52 (u.) Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale) / Viebig, M.: Das Zuchthaus Halle/Saale als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942-1945), Reihe „Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt“, Heft 5; Ministerium d. Innern (Hg.), Magdeburg 1998
- 13, 61 Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945-1989
- 59 Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945-1989 (Foto: Fredi Fröschki)
- 60 Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945-1989 (BStU, Ast. Magdeburg, MfS, Abt. XIV-33, Bild 038)
- 62, 63 (2) Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945-1989 (BStU, Ast. Magdeburg, Mgb.-A-Nr. 328/76, Bd. I, Bl. 133-135)
- 64 (4) Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945-1989 (BStU, Ast. Magdeburg, Mgb.-A-Nr. 372/76, Bd. I, Bl. 113, 122, 132, Bd. III, Bl. 125)
- 66, 67, 68 (2), 69, 71, 72 (3) Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
- 73 Heinz-Uwe Marquardt, Schöningen
- 75 Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V. (Zeichnung: Achim Walther)
- 76, 77, 78, 79, 80 (2), 81 (2) Dokumentationszentrum am Moritzplatz des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.
- 83 (o.), 84 (2), 85, 86, 87 Informations- und Dokumentationszentrum (IDZ) des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) in der Außenstelle Halle (Fotos: Volker Erdmann)
- 83 (u.) Stadtarchiv Halle
- 90 Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
- 91 Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, Magdeburg
- 92 Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Bildungszentrum Schloss Wendgräben

Redaktioneller Hinweis:

Die in den Abschriften aus Dokumenten vorkommenden orthografischen und grammatischen Fehler wurden beibehalten. Eine Umstellung auf neue Rechtschreibung wurde nicht vorgenommen.

## **Impressum**

Herausgeber: Kultusministerium, Arbeitskreis „Aufarbeitung“

Gestaltung der Umschlagseiten: Thomas Bölcke, Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V

Satz und Layout: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Redaktionsschluss: Juli 2000

Die Broschüre wurde gedruckt auf Acrobat Distiller 4.0 (Online-Version)